Pol.
9.
69

Eb IX 87.

[Verfasser:

Ew. Frdr. v. Herzberg]

Pol.

9/69

Sr. Königl. Majestät von Preussen und Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg

Erklärung

an

Ihre Hohe Mit-Stände des teutschen Reichs

über die

Bayerische Succeßions-Angelegenheit

und über

die Ursachen,

welche Höchstdieselbe nöthigen,

sich der widerrechtlichen Trennung des Herzogthums Bayern zu widersetzen.

Nebst Beylagen und Beweißschriften.

STAATL. BIBL. BAMBG.

Berlin, den 3ten Julii 1778.

Seine Königliche Majestät von Preußen haben seit dem Frieden von Hubertsburg gehoft, daß Sie mit dem Kayserlich-Königl. Hofe in beständigem guten Vernehmen würden leben können. In solcher Absicht haben Höchst-Dieselbe alle ersinnliche Bemühungen angewendet, um mit des Römischen Kaysers Majestät und mit Ihro Majestät der Kayserin-Königin von Ungarn und Böhmen eine genaue Freundschaft zu unterhalten. Desto mehr muß es Sr. Königl. Majestät nahe gehen, dieses glückliche Vernehmen durch die unerwartete Trennung des Herzogthums Bayern, welche der Hof zu Wien nach dem jüngsthin erfolgten Absterben des letzten Churfürsten von Bayern vorgenommen, unterbrochen zu sehen. Seine Königliche Majestät konnten nicht anders dafür halten, als daß diese Trennung mit der Gerechtigkeit, mit den kundbaren Rechten der Bayerschen Lehn- und Allodial-Erben, und, durch ihre Folgen, mit der Sicherheit, Freyheit, und der ganzen Staatsverfassung des Teutschen Reichs auf eine unvereinbarliche Art streite. Höchst-Dieselbe haben daher Ihren Kayserlich-Königlichen Majestäten zum öftern wiederholte freundschaftliche Vorstellungen thun laßen, daß Sie von solchem Vorhaben abstehen möchten. Es sind daraus viele wechselseitige Erklärungen, Untersuchungen und langwierige Unterhandlungen entstanden. Da aber alles vergeblich gewesen, und diese Vorstellungen bey Ihren Majestäten keine andere Würkung, als eine allgemeine Kriegesrüstung hervorgebracht, und die Umstände dahero nunmehro zum äusser-

sten Ausbruch gediehen sind; so können Seine Königliche Majestät von Preußen sich nicht länger entbrechen, den Europäischen Mächten, besonders aber Ihren hohen Mitständen des Teutschen Reichs, die gerechten Bewegungsgründe vorzulegen, welche Höchst-Dieselbe nöthigen, sich der vorhabenden Zerreißung von Bayern zu widersetzen. Zu welchem Ende man eine zuverläßige Erzählung desjenigen, was in dieser wichtigen Sache zeithero vorgegangen, vorhergehen laßen und einige Beweisschriften beyfügen wird.

Nachdem Maximilian Joseph, Churfürst und Herzog in Bayern, den 30. December 1777. ohnvermuthet und ohne Hinterlaßung einiger Leibes-Erben verstorben, und mit ihm der Wilhelminische oder Ludovicianische Mann-Stamm des Hauses Bayern erloschen; so ließen Se. Durchlaucht der Churfürst zu Pfalz, als nächster Agnat, noch an eben dem Tage, durch das bekanntermaßen publicirte Patent, den Besitz von dessen hinterlassenen sämmtlichen Landen ergreifen. Nach der Reichskundigen Beschaffenheit der Bayerschen Erfolge, konnte niemand zweifeln, daß der Herr Churfürst zu Pfalz auch in dem Besitz derselben, mit Ausnahme desjenigen, das etwa die Bayerschen Allodial-Erben zu fordern hätten, bleiben würde. In der Mitte des Monats Januarii des laufenden 1778ten Jahres aber verlautete von allen Seiten, daß Ihro Majestät die Kayserin-Königin einen beträchtlichen Theil von Bayern durch Ihre Kriegesvölker hätten in Besitz nehmen laßen, und daß Sie einen Vergleich darüber mit dem Herrn Churfürsten zu Pfalz getroffen hätten. Der Kayserlich-Königliche Hof-Canzler, Fürst von Kauniz-Rietberg, stellte auch am 20ten Jenner dem am Kayserl. Königl. Hofe stehenden Königl. Preußischen Gesandten, Freyherrn von Riedesel, so wie den übrigen zu Wien befindlichen Gesandten, die in der ersten Anlage enthaltene kurze Note zu, des Innhalts: „Daß Ihro K. „K. Majestät gewiße Ansprüche auf die Bayerische Erbfolge hätten; daß sol„che von dem Rückfall der Böhmischen Lehen, von einer Anwartung auf „die Grafschaft Mindelheim in Schwaben, und von einer von Kayser Si„gismund dem Hause Oesterreich ertheilten würklichen Belehnung auf eini„ge Stücke von Bayern, herrühreten; daß Se. Churfürstl. Durchl. zu Pfalz „solche Ansprüche anerkannt und sich mit Ihro K. K. Majestät darüber „freundschaftlich verglichen hätten; daß zwar Ihro K. K. Majestät anfangs „ein zureichendes Corps Truppen nach Bayern hätten marschiren laßen, weil „Churpfalz von allen Bayerschen Landen ohne Unterschied Besitz genommen „hätte; da aber kurz nachher der Mißverstand gehoben sey, so habe man die

„meisten

„meisten Truppen zurückberufen und nur so viele in Bayern gelaßen, als zur „Besitzergreifung nöthig gewesen."

Seine Königl. Majestät von Preußen nahmen diese gefällige Mittheilung mit Dank an, konnten aber, nach Ihrer von dem Bayerschen Erbfolgsrechte habenden Kenntniß, sich nicht entbrechen, dem K. K. Hofe, durch eine von Dero Gesandten, dem von Riedesel, den 7ten Februar zu Wien übergebene Gegen-Note, die hier in der zwoten Anlage beygefüget ist, einige Zweifel und Bedenklichkeiten darüber zu eröfnen: „Daß die Krone Böhmen ihre Lehen in der Ober-Pfalz einziehen wolle, da selbige doch, zufolge des 4ten Artikels des Westphälischen Friedens, nach Abgang der „Wilhelminischen Linie, mit der Ober-Pfalz an die Rudolphinische Linien zurückfallen müßten; daß ein großes Herzogthum und Churfürstenthum, das „nach dem Tractat von Pavia, der güldenen Bulle und dem Westphälischen Frieden, allen Linien des Hauses Pfalz zugehöre, durch eine ohne „Bewilligung des Reichs ertheilte Anwartschaft auf eine so außerordentliche Art zersplittert werden sollte; und daß der Herr Churfürst zu Pfalz „über einen solchen Gegenstand sich hätten vergleichen, und einen so wichtigen „Antheil des alten Erbeigenthums seines Hauses, zum Nachtheil der Pfälzischen Neben-Linien und der Allodial-Erben, an ein fremdes Haus abtreten können." Man fügte hinzu: „daß, da Ihro Röm. Kayserl. Majestät „die Bezirke von Bayern, die Sie für erledigte Reichs-Lehen hielten, hätten „einziehen laßen; so hoften Seine Königl. Majestät von Preussen, daß die „Absicht nicht seyn werde, darüber anders, als mit Zuziehung der Churfürsten und Fürsten, nach dem 11ten Artikel der Wahl-Capitulation, zu „verfügen, noch auch dieselbe länger mit Ihren Haustruppen besetzt zu halten; S. Königl. Majestät könnten als Reichsfürst bey einem so sonderbaren Vorfall, der auf die Erhaltung des Reichs-Systems einen sehr nachtheiligen Einfluß haben möchte, nicht ganz gleichgültig seyn, und erwarteten „dahero von der Gerechtigkeit und Großmuth Ihrer Kayserlich-Königl. Majestäten, daß Höchst-Dieselben zu einer weitern gütlichen Auskunft die Hände bieten würden, durch welche die Bayersche Erbfolge auf eine der Reichsverfaßung und den Rechten derer, die daran Theil zu nehmen hätten, gemäße Art, abgemacht werden könnte."

Der Fürst von Kaunitz stellte hierauf dem Königlichen Gesandten zu Wien, die in der 3ten Anlage befindliche Note vom 16. Februar zu, in welcher man sich Mühe gegeben, die diesseits gemachten Zweifel und Einwürfe zu heben.

Se. Königl. Majestät konnten aber diese Antwort so wenig zureichend und überzeugend finden, daß Sie Sich vielmehr genöthiget sahen, den 9ten Martii durch den Freyherrn von Riedesel das in der 4ten Anlage beygefügte Memoire zu Wien übergeben zu lassen. Man glaubt darinn, obwohl in der Kürze, den Unbestand der Kayserl. Königl. Ansprüche auf die Bayersche Erbschaft überzeugend dargethan zu haben, und Se. Königl. Majestät ersuchten dahero am Ende Ihro Kayserl. Königl. Majestäten: „die Sachen wieder in den Stand zu setzen, wie sie bey dem Absterben des „Churfürsten von Bayern gewesen, und sich solche Vereinigungsmittel gefal„len zu laßen, durch welche die Bayersche Erbfolge auf eine der Verfas„sung und dem Gleichgewichte des Reichs, dem Westphälischen Frieden „und den Befugnissen der Fürstlichen Häuser Pfalz, Sachsen und „Mecklenburg gemäße Art reguliret werden könnte." Se. Königl. Majestät wurden, diese wiederholte Vorstellungen zu thun, dadurch mit bewogen, daß indessen Hochgedachte Fürstliche Häuser Ihre Verwendung nachgesuchet hatten.

Der Kayserlich-Königliche Hof hat gut gefunden, darauf durch die unter der 5ten Nummer beygefügte Note vom 1sten April zu antworten: „daß „er sich nicht weiter auf die Untersuchung seiner Rechte einlassen, noch auch „den Besitz von Bayern fahren lassen werde; daß einem jeden, der etwas „zu fordern hätte, Recht wiederfahren solle; daß aber Ihro Kayserl. Königl. „Majestät niemals zugeben würden, daß ein Reichsfürst sich zum Rich„ter und Vormunde seiner Mitstände aufwerfe, und Ihre Befugniß be„streite; daß Sie sich gegen jedweden zu vertheidigen und ihn allenfalls „selbst zu bekriegen wissen würden; indessen Sie doch bereit wären, alle „zuläßige Mittel anzunehmen, durch welche die allgemeine Ruhe erhalten „werden könnte."

So hart, so unfreundlich und zugleich ungegründet der Innhalt dieser einer Krieges-Erklärung nicht unähnlichen Note war; so haben doch Se. Königl. Majestät von Preußen, um Ihrer Seits alle mögliche Mäßigung zu beobachten, den 22ten April, laut der 6ten Anlage, eine neue Antwort zu Wien übergeben laßen, in welcher geäußert und gezeiget wurde: „daß Ihro Königl. „Majestät die Ihnen gemachte Vorwürfe nicht verdienten; daß Sie nicht ver„langten, Sich zum Vormunde oder Richter Ihrer Mit-Stände aufzuwer„fen; daß Sie aber auch genugsames Recht hätten, sich gegen die will„kürliche und offenbar ungerechte Zersplitterung der Bayerschen Succeßion

„mit Vorstellungen und andern erlaubten Mitteln zu verwenden; daß „Sie eben so geneigt wären als Ihre Kayserl. Königl. Majestäten, das „gute Vernehmen mit Ihnen, und den Ruhestand zu erhalten, aber billig „von Hochdenselben, **da sie sich in den Besitz der im Streit befangenen „Gegenstände gesetzt, die Eröfnung der Mittel, die dazu führen könn„ten, erwarten müßten.**“

Der Fürst von Kaunitz beantwortete diese Note durch ein Memoire vom 7ten May, [1]) wobey sich eine so genannte Analyse oder Widerlegung der beyden Noten des Königlich-Preußischen Hofes vom 9ten Merz und 22ten April befunden [2]). In diesem Memoire vom 7ten May suchte man zu behaupten: „Daß des Kaysers Maj. in der Bayerischen Sache nichts „widerrechtliches gethan hätten; daß Seine Churfürstl. Durchl. zu Pfalz „ihren Vergleich nicht anföchten; daß der Kayserin-Königin Maj. den An„sprüchen des Churfürsten von Sachsen und der Herzöge von Mecklenburg „nicht widerstritten, und daß, obschon der Herzog zu Zweybrück nicht eher „ein Recht haben könnte Ansprüche zu machen, als nach Erlöschung der „Sulzbachischen Linie, man ihn doch einladen wollte, seine Beschwerden „anzubringen, damit seine Rechte zugleich mit den Ansprüchen der Kayserin„Königin Maj. untersuchet und der darüber entstandene Streit durch einen „rechtlichen Ausspruch entschieden und abgethan werden könnte.“

Ein jeder Unparteyischer wird erkennen, daß diese allgemeine Aeußerungen und das Berufen auf eine rechtliche Entscheidung, der Hauptbeschwerde gegen den Kayserl. Königlichen Hof nicht abhelfen, so lange er den eigenmächtig ergriffenen Besitz des streitigen Gegenstandes behauptet, und so lange nicht auf eine zu Recht beständige Art ausgemacht ist, von welchen unparteyischen Richtern, diese wichtige Streitigkeit zwischen Ihro K. K. Majest. dem Herrn Pfalzgrafen von Zweybrück und dem Herrn Churfürsten zu Sachsen, untersuchet und entschieden werden soll, indem des Römischen Kaysers Maj. in Ihrer eigenen Sache nicht Richter seyn können.

Seine Königl. Majestät haben auch vor einiger Zeit, um den Endzweck einer gütlichen Beylegung der Bayerschen Erbschaftsangelegenheit desto eher zu erreichen, Ihre Hohe Mitstände, durch eine mündliche Aeußerung

1) Dieses Memoire befindet sich in der 7ten Beylage.

2) Diese Analyse befindet sich in der 8ten Beylage nebst einer Widerlegung von Seiten des Königl. Preußischen Hofes, welches beydes man in französischer Sprache hiebeyfügen muß, weil jetzt der Mangel der Zeit eine Uebersetzung nicht erlaubet.

rung Ihrer Reichstagsgesandschaft zu Regensburg ersuchen lassen, mit Ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen, und Ihren Kayserl. Königl. Majestäten über die sonderbare Vorgänge in Bayern dienliche Vorstellungen zu thun, um Höchstdieselbe dahin zu vermögen, daß diese wichtige Sache in solche Mittel und Wege, die mit der Reichsverfassung und mit den Rechten der hohen Interessenten übereinstimmen, eingeleitet werde. Auch dieser an sich so unschuldige als wohlgemeinte Schritt hat eine ungleiche Auslegung erfahren müssen. Die Kayserl. Königl. Gesandschaft zu Regensburg hat den 10ten April eine zugleich in öffentlichem Druck erschienene Aeußerung abgeleget, in der man weder auf den Grund der Sache hineinzugehen und auf die diesseits gemachte Einwürfe etwas zu antworten, noch auch die jenseitige Maaßregeln und Ansprüche zu rechtfertigen gut gefunden, sondern solches auf ein unbestimmtes Gutfinden ausgesetzet; hergegen aber sich desto mehr bemühet hat, Se. Königl. Majestät mit unverdienten und anzüglichen Vorwürfen zu beladen, und zum Statu quæstionis als Hauptsätze aufzustellen: „Daß jeder Reichsstand berechtiget sey, seine „Rechte geltend zu machen; daß nach der Reichs-Grund-Verfaßung kein „ander Mittel dazu wäre, als ein Vergleich zwischen denen intereßirten „Theilen oder der oberrichterliche Ausspruch; daß der K. K. Majest. den „ersten Weg eingeschlagen und sich mit dem Herrn Churfürsten zu Pfalz „verglichen hätten, auch dem Herrn Herzog zu Zweybrück und Herrn Chur„fürsten zu Sachsen in ihren Gerechtsamen nicht entgehen, sondern solche den „Wegen einer rechtlichen Entscheidung oder eines Vergleichs überlassen „wollten; Sie könnten aber einem dritten Reichsstande, und also Sr. Königl. „Majestät von Preussen nicht gestatten, gegen eine Vergleichshand„lung, die seine Rechte nicht betreffen, Widersprüche zu erregen und sie „für ungültig zu erklären, man könne den Königl. Preußischen Richterstuhl „und dessen Machtsprüche nicht erkennen, u. s. w."

Man könnte Königl. Preußischer Seits diese in der Allgemeinheit angebrachte Sätze theils sehr leicht bestreiten, theils auch annehmen und gegen den Wiener Hof umkehren; es würde aber daraus nur ein leerer und weitschweifiger Wortstreit, der zu nichts als zur Verwirrung der Hauptsache dienen könnte, entstehen. In der Folge wird bey der Anwendung sich von selbst zeigen, daß Ihro Kayserl. Königl. Majestät sich mit allen intereßirten Theilen nicht verglichen, daß Sie sich nur mit einem dazu nicht befugten Theile verglichen, daß Sie ihre Rechte auf eine der Reichsverfaßung

gemäße

gemäße Art nicht geltend gemacht, daß Ihre Erklärungen damit und mit der That nicht übereinstimmen, und daß Se. Königl. Majestät von Preußen bey der Bayerischen Succeßions-Sache mehr, als Ihro Majestät die Kayserin-Königin, intereßiret sind.

Man hat bis itzo Anstand genommen, sowohl auf obgedachtes Memoire des Wiener Hofes vom 7ten May und die demselben beygefügte Analyse, als auf die mündliche und gedruckte Aeußerung des Oesterreichischen Gesandten zu Regensburg, umständlich zu antworten, weil man gehoffet hat, daß der ganze Streit auf eine gütliche Art durch die Unterhandlung würde gehoben werden, welche unterdessen auf folgende Weise entstanden.

Es sind die Gerüchte bekannt, welche im Monath Februar von den beyderseitigen Kriegeszurüstungen zu laufen anfingen. Man will nicht untersuchen, von welcher Seite damit der Anfang gemacht worden; so viel ist gewiß, daß der Wiener Hof im Merzmonath den größten Theil seiner Truppen in Böhmen und Mähren versammlet hatte. Se. Königl. Majestät wurden dadurch genöthiget, auch ihre Truppen nach und nach aus den entfernten Provinzen anrücken zu laßen, und Sie begaben Sich zu Anfang des Aprils selbst nach Schlesien. Des Römischen Kaysers Majestät, welche zu gleicher Zeit in Böhmen angelanget waren, erließen den 13. April ein Schreiben an den König, wodurch Höchst-Dieselbe den Entwurf einer Vergleichs-Convention vorschlugen und mittheilten. Es wurde darauf zwischen beyden Monarchen vom 13. bis 21. April ein Briefwechsel geführet, durch welchen Sie endlich übereinkamen, eine Vergleichsunterhandlung anstellen zu laßen, die zu Berlin zwischen dem K. K. Gesandten Grafen von Cobenzl und den Königlich-Preußischen Ministern vom Departement der auswärtigen Angelegenheiten gepflogen werden sollte.

Der Graf von Cobenzl machte in der ersten Conferenz den . April den Antrag zu Schließung eben derjenigen kurzen Convention, welche des Röm. Kaysers Majestät bereits dem Könige zugeschicket hatten, und nach welcher „Se. Königl. Majestät sich anheischig machen sollten, die Gültigkeit der den „3ten Jänner zwischen der Kayserin-Königin Majestät und dem Churfürsten zu Pfalz geschloßenen Convention und den rechtmäßigen Besitz der Distrikte von Bayern, welche Höchst-Dieselbe nach solcher Convention eingenommen, anzuerkennen, und diejenigen Vertauschungen, welche der Kayserin-Königin Maj. mit dem Churfürsten zu Pfalz über ganz Bayern, oder „über einige Theile treffen möchten, ruhig geschehen zu laßen; dagegen der

„Kayserin-Königin Majestät die Gültigkeit der künftigen Vereinigung der „Länder Anspach und Bareuth mit der ersten Linie des Hauses Branden-„burg anerkennen, und diejenigen Vertauschungen, welche Se. Königl. Ma-„jestät von Preussen in Ansehung dieser Länder zu treffen gut finden möch-„ten, geschehen laßen wollten.“

Um diese Vorschläge zu unterstützen, suchte man gewiße allgemeine Grundsätze von angeblicher Billigkeit und Convenienz geltend zu machen: „daß nemlich ein Hof sich an die Stelle des andern setzen und nichts verlan-„gen solle, welches wider sein Interesse und sein Ansehen sey, und das er „nicht für sich selbst in einem ähnlichen Fall fordern würde.“ Die Anwendung von diesen Grundsätzen wurde dahin gemacht: daß, da der König sich jetzo der Vergrößerung des Hauses Oesterreich aus dem Grunde seiner politischen Convenienz widersetze, das Haus Oesterreich aus eben dem Grunde sich der Vergrößerung des Hauses Brandenburg, wenn solches mit der Zeit die Länder Anspach und Bareuth mit der ersten Linie würde vereinigen wollen, widersetzen würde; daß, damit man sich nicht ohne Noth im Wege sey, man vielmehr suchen müsse, diesen Widerstand des beyderseitigen Interesse durch den vorgeschlagenen Traktat zu heben.

Die Königl. Preußischen Ministri gaben dem K. K. Gesandten hierauf zu erkennen: daß Se. Königl. Majestät sich der Trennung von Bayern blos deshalb widersetzten, weil sie dafür hielten, daß selbige eines Theils mit der Gerechtigkeit und andern Theils mit der Sicherheit des teutschen Reichs streite; Sie wären sonst weit entfernt, einer jeden andern gerechten Erwerbung des Hauses Oesterreich zuwider zu seyn; es sey nicht billig eine gegenwärtige und nicht gegründete Erwerbung des Hauses Oesterreich mit einer andern entfernten und unstreitigen Erwerbung zu vergleichen und zu compensiren; Se. Königl. Majestät könnten also einen Vergleich nicht annehmen, durch welchen der Endzweck Ihres Widerspruchs in der Bayerschen Succeßions-Sache gänzlich verfehlet würde, und der die billige Wiedereinsetzung des Hauses Pfalz in Bayern, und die Genugthunng des Churhauses Sachsen in völliger Ungewißheit ließe.

Da indessen der K. K. Hof schlechterdings keine andere mehr bestimmte Vorschläge thun wollte, und auf diesseitige Vorlegung eines Gegenprojekts zu dringen fortfuhr; so übergab das Königl. Preußische Ministerium dem Grafen von Cobenzl den 20. May einen Entwurf einer allgemeinen Auskunft über die Bayersche Erbfolge, welcher kürzlich folgendes enthielte:

„Zu

„Zu Erhaltung der Ruhe wolle man suchen, das Haus Pfalz dahin zu „vermögen, daß es dem Wiener Hofe zweene bestimmte Distrikte von „Bayern an der Donau und am Inn-Fluß, die an Böhmen und Oesterreich „stoßen, abtrete; der Kayserin-Königin Majest. möchten dagegen dem „Herrn Churfürsten zu Pfalz alles übrige, was Sie von Bayern in Besitz „genommen, zurückgeben und für den Theil, den Sie behielten, einiges Ae„quivalent in Schwaben, oder durch die Herzogthümer Limburg und Gel„dern abtreten, um den Churfürsten zu Pfalz in den Stand zu setzen, daß er „den Churfürsten von Sachsen in Ansehung seiner Allodial-Forderungen „durch gewiße Abtretungen und Vertauschungen, worüber man sich zu ver„einigen suchen würde, befriedigen könne; daß, um diese allgemeine Aus„kunft zu erleichtern, Jhro Römisch-Kayserl. Majestät dem Herrn Churfür„sten zu Pfalz die in Bayern erledigte Reichs-Lehen zuwenden, und Jhro „Majestät die Kayserin-Königin sich derjenigen Lehn-Rechte begeben möch„ten, welche Sie als Königin von Böhmen über einige Distrikte der Ober„Pfalz, von Sachsen und von Bareuth habe, auch nach Höchstderoselben „eigenem Erbieten der künftigen Vereinigung der Brandenburgischen Lande „in Franken mit der Churlinie des Hauses Brandenburg und der Vertau„schungen, welche dieses Haus etwa mit seinen Nachbarn treffen könnte, „nicht zuwider seyn.“

Man überläßt es dem Urtheil eines jeden Unparteyischen, ob dieser Entwurf nicht schicklich gewesen wäre, um das Interesse der verschiedenen Parteyen bey der Bayerschen Erbfolge zu vereinigen, und ob man mit Beobachtung einiger Billigkeit und Mäßigung etwas vortheilhafteres für den Wiener Hof hätte erdenken können, als dadurch, daß man ihm, ohnerachtet er mit Recht gar nichts zu fordern hat, einen ruhigen und anerkannten Besitz von zwey großen Bezirken verschaffet, durch welche Böhmen und Oesterreich so vortheilhaft erweitert und durch Ströme begränzt würden, und daß man dagegen kein anderes Aequivalent verlangt, als zweene mit den abzutretenden in keine Vergleichung kommende kleine Bezirke, welche von dem Oesterreichischen Staatskörper ganz abgeschnitten sind, und einige ganz unwichtige Lehne, die nichts einbringen und zu nichts dienen, als mit den Nachbaren öftere Irrungen zu erregen.

Alle diese wichtige Betrachtungen konnten den Wiener Hof nicht bewegen, weder diesen Plan anzunehmen, noch auch andere deutlichere und bestimmtere Vorschläge zu thun. Der Graf von Cobenzl übergab dem Königl.

Preußischen Ministerio in der Conferenz vom 6. Junii das in der 9ten Beylage befindliche Schreiben des Fürsten von Kauniz, in welchem, mit Wiederholung der vorhin angezogenen Grundsätze von Billigkeit und Gleichheit, von neuem angetragen wurde, folgende Präliminarien zu einem Vereinigungs-Plan festzusetzen: „Der Berliner Hof solle von aller Widersetzung „gegen die **Acquisition, welche der Wiener Hof würklich in Bayern** „**besitze**, abstehen; dieser verspräche dagegen, allem Widerspruch gegen die „künftige Vereinigung der Marggrafthümer Anspach und Bareuth mit der „Brandenburgischen Churlinie zu entsagen: die beyden Höfe sollten den „freywilligen Vertauschungen nicht zuwider seyn, welche der eine, oder der „andere mit seinen Nachbaren machen könnte; sie wollten gemeinschaftlich „ihre gute Dienste anwenden, um einen billigen Vergleich zwischen den Churfürsten zu Pfalz und Sachsen über die Allodial-Ansprüche des leztern zu „vermitteln; Ihro Majestät die Kayserin-Königin wollten auch dazu beytragen durch wichtige Vortheile an Chur-Sachsen, worunter die Erlaßung „der Böhmischen Lehnrechte verstanden wurden, und endlich solle das **Chur-„Haus Pfalz durch einen freywilligen Austausch, der nicht anders von „ihm angenommen würde, als unter anständigen Bedingnißen, voll-„kommen zufrieden gestellet werden.**“

Das Königl. Preußische Ministerium übergab darauf dem Grafen von Cobenzl das in der 10ten Beylage befindliche Memoire, darin man zeigte, wie unbestimmt, dunkel und unzureichend die lezten Eröfnungen des Wiener Hofes wären, und eine deutliche Erklärung über folgende vier Punkte verlangte: „Was der Wiener Hof von Bayern zu behalten und wiederzugeben gemeynet sey; was für Aequivalente und Vortheile er den Churfürsten zu Pfalz und Sachsen versichern, und ob er sich gefallen lassen wolle, „die ganze Bayersche Erbfolge in Ansehung der Churfürsten zu Pfalz und „Sachsen und der Herzoge von Zweybrücken und Mecklenburg, mit Sr. „Königl. Majestät von Preußen zu reguliren, da Höchstdieselbe vermöge ihrer Freundschaft und Verbindung mit den meisten dieser Fürsten, als ein „Mitglied des Reichs, und in so vielen anderen Absichten so viel Recht als „Interesse hätten, an der rechtmäßigen Vertheilung dieser Erbfolge Antheil „zu nehmen.“ Der Freyherr von Riedesel übergab eben dasselbe Memoire zu Wien an den Fürsten von Kauniz, und verlangte auf Befehl des Königes eine deutliche und befriedigende Antwort, bey welcher Gelegenheit er noch verschiedene Vorstellungen that, um eine Veränderung des Entschlusses und die Annehmung einer gütlichen Auskunft zu bewirken.

Der

Der Fürst von Kauniz übergab hierauf diesem Gesandten, und ließ auch zu Berlin durch den Grafen von Cobenzl das in der 11ten Anlage befindliche Memoire vom 24. Junii unter dem Namen einer mündlichen Antwort überreichen. Aber anstatt neue Vorschläge oder Erklärungen zu thun, suchte man darin blos den Vergleichs-Entwurf des Berliner Hofes abzuwürdigen und die Vorschläge des Kayserl. Königl. Hofes zu erheben, und man endigte mit der Erklärung: **daß, wenn dieselbe nicht zum Grunde eines Präliminar-Traktats angenommen würden, alle gütliche Auskunft unmöglich und alle weitere Aufklärung überflüßig wäre.**

Se. Königl. Majestät von Preußen haben diese Erklärung nicht anders ansehen können, als eine von Seiten des Wiener Hofes geschehene Abbrechung der Unterhandlung, indem dessen Vorschläge so beschaffen sind, daß man dieselbe nicht annehmen können, ohne Sr. Königl. Majestät Ansehen und Interesse und den klaresten Rechten der natürlichen Erben des Hauses Bayern auf das empfindlichste zu nahe zu treten. Dieses wurde dargethan in einem in der 12ten **Beylage** beygefügtem Memoire, welches von dem Königl. Ministerio am 3ten Julii dem Grafen von Cobenzl zugestellet worden. In demselben hat man, nach geschehener kurzen Vergleichung der von beyden Höfen gethanen Vorschläge, welche richtiger, als die von dem Wiener Hofe angestellte Vergleichung, ausgefallen seyn wird, zuletzt im Namen Sr. Königl. Majestät erkläret, daß Höchstdieselbe nach dem Vorgange des Wiener Hofes sich nicht weiter entbrechen könnten, auch Ihres Orts die Unterhandlung abzubrechen und zu dem äußersten Mittel zu schreiten.

Wenn man diese kurze und getreue Erzählung desjenigen, so zwischen den Höfen von Berlin und Wien seit dem Absterben des Churfürsten von Bayern über dessen Erbfolge vorgegangen ist, mit den von beyden Theilen gewechselten Schriften verbindet, so wird solches allein zureichen, die unpartheyische Welt von der Wahrheit folgender Punkte zu überzeugen:

1) Daß, wenn Se. Königliche Majestät von Preußen, an der Bayerschen Succeßions-Angelegenheit Antheil genommen, solches aus keiner andern Ursache geschehen, als weil Sie überzeuget sind, und andere überzeugen zu können glauben, daß die von der Kayserin-Königin Majestät unter dem Schein eines alten, aber ganz ungegründeten Anspruchs, den man Höchst-Deroselben ohne Zweifel auf einer unrichtigen Seite vorgestellt, geschehene Besitznehmung der Hälfte von Bayern, völlig mit der Gerechtigkeit und den bestgegründeten Rechten der natürlichen Lehn- und Allodial-Erben streitet,

und die ganze Verfassung und Sicherheit des Reichs über den Haufen werfen würde.

2) Daß, ohngeachtet dieser wichtigen Betrachtungen, Se. Königl. Majestät von Preußen dennoch, um den Ruhestand und das gute Vernehmen mit Ihren Kayserlichen Majestäten zu erhalten, ganzer fünf Monath lang alle ersinnliche Mittel der gemäßigtsten Vorstellungen und einer freundschaftlichen Unterhandlung angewendet, um einen gütlichen Vergleich zu erzielen, und das Interesse Ihrer K. K. Majestäten mit den Rechten der natürlichen Erben so viel als möglich zu vereinigen.

3) Daß Se. Königl. Majestät in gleicher Absicht, Ihren K. K. Majestäten solche Vorschläge gethan haben, welche in Ansehung der Natur ihrer Ansprüche viel zu vortheilhaft und dem Interesse und den Rechten des Hauses Pfalz fast zu nachtheilig sind, welches blos in der Absicht und Erwartung geschehen, daß dieses Haus sich entschließen würde, dem Ruhestande und dem gemeinen Besten von Deutschland etwas aufzuopfern, nachdem diese Erbschafts-Angelegenheit einmal durch die gar zu große Nachgiebigkeit seines Haupts eine so nachtheilige Wendung bekommen.

4) Daß, wenn Se. Königliche Majestät geschehen laßen, daß man bey dieser Unterhandlung die Sache von der Vereinigung der Länder Bareuth und Anspach mit der Chur Brandenburg und der Vertauschung derselben mit der Laußitz, mit eingeflochten, solches blos auf den Antrag Ihrer K. K. Majestäten und ohne einige Absichten von Vergrößerung und eigenem Interesse geschehen ist.

5) Daß der Wiener Hof alle ihm von Sr. Königl. Maj. geschehene höchst vortheilhafte Vorschläge verworfen; daß diejenigen, welche dieser Hof von seiner Seite gethan, in nichts als unbestimmten und dunkelen Präliminarien bestehen, so die Beybehaltung der ungerechten Trennung von Bayern allezeit zum Grunde haben, welche, da sie die gar zu gefährliche Convention vom 3ten Jänner bestehen laßen, die Austauschung und also den Verlust von ganz Bayern für das Haus Pfalz nach sich ziehen könnten, und die Befriedigung der Häuser Pfalz und Sachsen dem Gutfinden des Wiener Hofes gänzlich überlaßen, indem Se. Königl. Maj. nach den Ihnen angetragenen Präliminarien den Oesterreichischen Besitzstand schlechterdings anerkennen, und sich von der weiteren Verhandlung mit dem Hause Pfalz gänzlich ausschließen lassen sollen; daß also Se. Königl. Maj. solche Anträge nicht annehmen können, ohne Ihrer Würde, Ihren Verbindungen und Ihrem Interesse gänzlich zu nahe zu treten.

6)

6.) Daß also der Wiener Hof die Unterhandlung zuerst abgebrochen; indem er alle Vorschläge des Königs verworfen, seiner Seits aber solche gethan, welche man unmöglich annehmen können, und zuletzt erkläret, daß eine jede andere Auskunft unmöglich und alle weitere Nachfrage vergeblich sey, folglich diesem Hofe die natürlichen Folgen dieses Bruches lediglich zuzuschreiben sind.

Um von dem ersten der angeführten Artikel desto mehr zu überzeugen, und die nöthigste, obwohl nicht ausführliche Erläuterung darüber zu geben, wollen Se. Königl. Maj. Ihren hohen Mitständen die vornehmsten Grundsätze darlegen, nach welchen Sie Ihres Orts das Recht der Bayerischen Erbfolge, und die darüber anjetzo entstehende Streitigkeit ansehen [3]), wobey Höchst-Dieselben sich doch keine Vorgreifung oder ein Richter-Amt anmaßen, sondern die Sache eines jeden Beurtheilung überlaßen, aber solche einleuchtende Gründe für sich zu haben glauben, daß ein jeder unbefangener und billig denkender denselben hoffentlich beypflichten wird.

Die ganze Angelegenheit der Bayerschen Erbfolge und der darüber entstandene Widerspruch und Streit wird sich auf folgende Puncte und Hauptsätze bringen laßen:

1.) Scheinet es unstreitig zu seyn, daß die Succeßion in das Lehn von Bayern überhaupt, allein, oder doch gröstentheils dem Hause Pfalz zustehe, weil selbiges mit dem von Bayern in gerader Linie von einem gemeinschaftlichen Stamm-Vater Otto I. Pfalzgrafen von Wittelspach, der das Herzogthum Bayern im Jahr 1180. nach der Aechtung Herzogs Heinrich des Löwen als ein Mannlehn vom K. Friederich I. erhalten, kundbarermaßen und nach der zu Ende der Beylagen befindlichen Stammtafel, abstammet; weil beyde Häuser ob sie wohl im J. 1329. durch den Vergleich von

3) Man hat hier nur das Wesentlichste angeführet. Eine nähere Ausführung, wie auch Widerlegung einiger gegenseitigen Gründe findet sich in der hier unter den Beylagen No. 8. befindlichen Beantwortung des zweiten Memoire des Wiener Hofes vom 7. May, welches eine Analyse oder Widerlegung der diesseitigen Note vom 9ten März seyn soll, wie auch in einer unter dem Titel von Betrachtungen über das Recht der Bayerischen Erbfolge allhier herausgegebenen Privat-Schrift, welche man bereits zu Wien so weitläuftig als mit angenommenem Schein von Zuverläßigkeit, aber weder mit neuen, noch mit erheblichen Gründen zu widerlegen sich bemühet hat; dahero man darauf hier bereits im Vorbeygehn geantwortet, und wenn man das Schreiben fortsetzen will, leicht ausführlicher darauf wird antworten können.

von Pavia ihre Erbländer unter sich getheilet, sich doch nicht gänzlich und durch eine Todtheilung getrennet, sondern vielmehr das Condominium oder das gemeinschaftliche Eigenthum ihrer Staaten, zwar nicht jederzeit durch die bey dem Hause Pfalz nicht hergebrachte und an sich nicht wesentliche Mitbelehnung, desto mehr aber durch den gemeinschaftlichen Gebrauch des Namen, Schilds und Helms, und durch die sich wechselseitig versicherte Erbfolge beybehalten; weil sie durch erwehnten Traktat von Pavia, [4] welchen Herzog Ludwig von Bayern, der zugleich Kayser war, mit seinen Vettern, den Pfalzgrafen, geschloßen, und der sogleich von allen Churfürsten bestätiget wurde, sich einander versichert haben: **daß, wenn ein Theil, oder eine Linie, ohne Erben abgehen, oder erlöschen würde, deren Länder und Herrschaften, wie auch die Churwürde, der andern Linie zufallen, und daß kein Theil von seinen Landen etwas verkaufen, vertauschen, oder veräußern solle**, wodurch sie unstreitig **alle Besitzungen** der Häuser Pfalz und Bayern mit einem **beständigen, unzertrennlichen und unveräußerlichen Familien-Fideicommiß**, in der That und Würkung, obwohl nicht mit dem damals weniger bekannten Namen beleget; weil der Traktat von Pavia nicht allein für die damaligen, sondern auch für alle folgenden Zeiten geschloßen, und nachhero in den von beyden Linien öfters, besonders in den Jahren 1524. 1724. 1746. 1766. [5] und 1771. erneuerten Hausverträgen jederzeit bestätiget und erneuert worden, also ein von ihnen selbst so benanntes beständiges **Grundgesetz und pragmatische Sanction der Häuser Pfalz und Bayern** geworden und ist, welche weder von einer Linie ohne Bewilligung aller Agnaten, noch durch die Nichtbeobachtung einiger Glieder des Hauses, noch durch einige von besondern Zeitläuften veranlaßte Veränderungen einiger Punkte, so die Succeßion nicht betreffen, aufgehoben werden könne; weil endlich der Westphälische Frieden in dem Art. 4. §. 9. dem Churhause Pfalz nicht allein den Rückfall der Churwürde und der ganzen Ober-

---

4) Man hat nöthig gefunden, diesen Traktat in den Beylagen Num. 13. ganz vorzulegen, nach der wohl allen Glauben verdienenden Ausgabe des Bayerischen Archivarii Aettenkhover in seiner Geschichte von Bayern, weil dessen bloße Einsicht und Durchlesung die beste Ueberzeugung von den oben angeführten Sätzen giebt.

5) Diesen merkwürdigen Hausvertrag von 1766. welchen der jetzige Churfürst zu Pfalz mit dem verstorbenen Churfürsten von Bayern selbst geschloßen, und der noch nicht durchgehends bekannt ist, hat man um so mehr hier in der 14. Beylage ganz beyfügen wollen, weil der Traktat von Pavia ausdrücklich darin erneuert und auf alle Besitzungen beyder Häuser erstrecket ist, folglich mit der Convention vom 3. Januar 1778. in völligem Widerspruche stehet.

Ober=Pfalz nach Abgang des Bayerschen Mannstammes, welchem solche damals abgetreten werden müssen, versichert, welches nicht anders als aus dem allgemeinen Succeßions=Rechte des Hauses Pfalz auf Bayern folgen konnte, sondern auch der Pfälzischen oder Rudolphinischen Linie, durch die Worte des Art. 4. §. 10. *Totius Lineae Rudolphinae Iura, quatenus huic dispositioni contraria non sunt, salva rataque maneant*, alle ihre Rechte, so dem Westphälischen Frieden nicht zuwider laufen, folglich auch das vorhin schon gegründete Succeßions=Recht auf Bayern, das durch diesen Frieden gewiß nicht ausgeschloßen worden, vorbehalten, und also dem etwanigen Einwurf, daß solches allgemeine Succeßions=Recht hier nicht bestätiget worden, welches der damalige, blos die Abstellung der Unregelmäßigkeiten des vorhergegangenen Krieges betreffende Endzweck des Friedens nicht erforderte, vorgebeuget, folglich nach allen diesen zusammengenommenen Gründen, deren, wenn es nöthig wäre, man noch viel mehrere anführen könnte, der auf dem Blutgange und der gemeinschaftlichen Abstammung von den ersten Erwerbern gegründeten Succeßion des Hauses Pfalz in dem Mannlehn von Bayern, kein erheblicher Grund entgegen stehen kann.

2) Alle diese Gründe, welche dem Hause Pfalz die Succeßion auf ganz Bayern versichern, müssen ihm selbiges auch auf **Niederbayern** bestätigen, welches Land nach seinem Ursprung, nach den Hausverträgen und nach den Privilegien der Landstände jederzeit ein unzertrennliches Theil des ganzen Lehns und Herzogthums von Bayern gewesen. Obzwar die im Jahr 1255. abgetheilte und im J. 1340. ausgegangene Niederbayerische Linie den Vertrag von Pavia nicht mitgeschlossen, weil sie an der Ländertheilung der beyden andern Linien nicht Antheil nehmen konnte, und die Oberbayerische Linie auch im J. 1340. Niederbayern allein geerbet; so hat doch die Pfälzische Linie sowohl im J. 1329. als 1340. aus dem Blutgange und der gemeinschaftlichen Abstammung schon das völlige Succeßions=Recht auf Niederbayern gehabt und solches auch dadurch ausgeübet, daß sie ihr Recht an die Oberbayerische Linie gegen eine Abfindung von 60/m Gulden und 6000 Mark Silbers, abgetreten, sich aber solches Succeßions=Recht auf den Fall, daß die Oberbayerische Linie mit Tode abgienge, ausdrücklich vorbehalten, laut eines zu Ingolstadt im J. 1348. geschlossenen Vergleichs, welcher seiner Wichtigkeit halber in den Beylagen [6]) aus der Urschrift ganz beygefüget

6) s. die 14te Beylage und Beweisschrift.

get und bekannt gemacht wird. Diese Urkunde widerleget mit eins alles, was von einigen angeblichen Privatschriftstellern, von dem an sich ungewissen Grundsatze der Todtheilung, welche ohnedem nicht präsumiret wird, sondern wenn sie Kraft haben sollte, von den Contrahenten ausgedrucket werden sollen, auf Niederbayern mit einem voreiligen Aufheben angewendet werden wollen; sie zeiget, daß Niederbayern nicht **gänzlich**, oder durch eine **Todtheilung** von dem ganzen Pfalz-Bayerischen Lehn getrennet gewesen; wobey die Erfinder dieses Einwurfs nicht bedenken, daß nach demselben auch die Oberbayerische Linie in Niederbayern nicht hätte erben können, und daß der ganze Einwurf dem Reich, zu Einziehung des Lehns, nicht aber dem Hause Oesterreich, zu statten kommen könnte. Da nun der Pfälzischen Linie das Succeßions-Recht auf Niederbayern zur Zeit der Schließung des Traktats von Pavia im J. 1329. und zur Zeit des Erbfalls im J. 1340. zugestanden, worüber beyde Linien auch damals einig gewesen, indem einige Fürsten, die den Traktat von Pavia im J. 1329. geschlossen, auch zur Zeit des von Ingolstadt vom J. 1348. noch gelebet und solchen mit abgeschlossen; so folget daraus unläugbar, daß der Traktat von Pavia nicht allein auf die damalige würkliche Besitzungen, sondern auch auf diejenige, zu welchen die Pfälzische Linie damals ein Erbrecht hatte, und also auf Niederbayern, sich schon zu der Zeit erstrecket. Hierzu kommt, daß die Häuser Pfalz und Bayern, nachher, da letzteres Niederbayern im J. 1340. geerbet, den Vertrag von Pavia erneuert, auf die nachhero gemachte Erwerbungen und im Hausvertrag von 1766. gar **namentlich** und **ausdrücklich** auf Niederbayern erstrecket; welchem letztern Grunde die diesem Hausvertrage beygefügte Clausul, **in so weit man Niederbayern gewähren können**, und der angebliche ältere Anspruch des Hauses Oesterreich nicht entgegen stehen kann, weil letzterer an sich unbefugt, hergegen das noch viel ältere Erbrecht des Hauses Pfalz auf Niederbayern vollkommen gegründet ist.

3) So wie nach den angeführten Gründen die Succeßion in dem Mann-Lehn von Bayern überhaupt dem Hause Pfalz gebühret; so befinden sich dagegen in dessen Umfange viele und ansehnliche **Allodialstücke**, die den Allodial-Erben des Bayer-Wilhelminischen Mann-Stammes zukommen. Solche Allodial-Erbschaft gebühret wohl nach dem allgemeinen und besondern Herkommen, und den Verträgen des Hauses Bayern, einzig und allein der **verwittweten Frau Churfürstin von Sachsen** als einigen Schwester und nächsten leiblichen Erbin des letzten Churfürsten von Bayern, und

an

an deren Stelle Ihrem Herrn Sohn, des Churfürsten von Sachsen Durchl., welchem sie ihre Rechte abgetreten hat. Hochdieselbe werden solche Allodial-Erbschaft mit dem Hause Pfalz als allgemeinen Lehn-Erben abzumachen haben. Wenn solches aber auf eine zureichende und zu Recht beständige Art geschehen soll, so muß die Bayerische Erbschaft in ihrem gesetzmäßigen Stande gelaßen, und nicht, wie durch die Convention vom 3. Januar geschiehet, über die Hälfte gemindert werden, indem dadurch ein großer Theil der in dem ganzen Umfange von Bayern begriffenen Allodial-Stücke verlohren gehen würde.

Das sogenannte **Regredienz- oder Rückgangs-Recht** zu der Bayerischen Allodial-Erbschaft, welches der Kayserin-Königin Maj. wegen Ihrer Abstammung von Maria Anna, einer Tochter H. Wilhelms von Bayern und Gemahlin K. Ferdinand II. herleiten und während der Unterhandlung dem Churhause Sachsen als ein Aequivalent und für Ihre Abreißung von Bayern abtreten anrechnen wollen, scheinet theils dem fast allgemeinen Herkommen des Reichs und der besondern Observanz des Hauses Bayern, welche durch die Beyspiele der in den Jahren 1340. 1425. 1503. und sonst so oft ausgestorbenen männlichen Linien des Hauses Bayern gegen den dagegen gemachten Einwurf gar wohl erwiesen und bestätigt werden kann, theils auch selbst mit den Grundsätzen zu streiten, nach welchen Höchstgedachter Kayserin-Königin Majestät die Häuser Bayern und Sachsen, die von den Töchtern Ihres älteren Herrn Vaterbruders K. Joseph I. herstammen, von der Oesterreichischen Erbfolge ausgeschloßen haben. Man überläßt dieses dem Churhause Sachsen weiter auszuführen, und will nur noch bemerken, daß, wenn Se. Königl. Majestät von Preußen dergleichen Ansprüche geltend machen wollten, Sie solches eben so gut, als der Kayserin-Königin Majestät, wegen Ihrer Abstammung von der Bayerischen Prinzeßin Elisabeth, einer Gemahlin Churfürst Friederich I. von Brandenburg, herleiten könnten, und daß die Häuser Bourbon und Würtemberg, und alle andere, in welche Bayerische Prinzeßinnen verheyrathet gewesen, eine gleiche Forderung anstellen könnten, daraus aber eine solche Verwickelung von Prätensionen entstehen müßte, welche diejenige Rechtsgelehrte und Gerichte, die das Regredienz-Recht gegen die allgemeinere und mehr gegründete Meynung behaupten wollen, nicht leicht würden auseinander setzen können, indem alsdenn die Erwerbungen, die von jeder Verheyrathung einer Bayerischen Prinzeßin zur andern, und bis zu den Erbfällen geschehen, abgesondert werden müsten, welches also die fast nicht mögliche Ausübung des Regredienz-Rechtes beweiset.

4) Da

4) Da nun die Lehns-Succeßion von Bayern dem Hause Pfalz, und die Allodial-Succeßion dem von Sachsen zugehöret; so sollten von Rechts wegen diejenigen, welche auf einige Theile dieser Erbfolge Ansprüche zu haben vermeinen, dieselbe nicht anders geltend machen, als entweder durch rechtliche Wege, und bis zum richterlichen Ausspruche den natürlichen Lehn- und Allodial-Erben den ruhigen Besitz lassen, oder durch einen freywilligen Vergleich mit allen Erben, welche ein gleiches Recht zu dieser Fideicommissarischen Erbschaft haben.

5) Der alte Anspruch, welcher im Namen der Kayserin-Königin Majestät auf Niederbayern gemacht wird, wovon aber bishero noch kein authentischer Beweiß öffentlich zum Vorschein gekommen ist, soll sich darauf gründen, daß, da der Mannsstamm der Herzoge von Niederbayern zu Straubingen im Jahr 1425. durch den Tod des letzten Herzogs Johann erloschen, und die anderen Herzoge von Bayern zu München, Landshut und Ingolstadt sich über dessen Erbschaft gestritten, K. Sigismund Niederbayern für ein dem Reich eröfnetes Lehn erkläret haben soll, weil die Herzoge von Bayern Lehnsverbrechen begangen haben sollten, indem sie öftere Theilungen ohne Bewilligung des Kaysers, als Lehnsherrn, vorgenommen hätten; dem zufolge soll er den 10. März 1426. seinem Schwiegersohn H. Albrecht V. von Oesterreich, dessen Mutter auch eine Schwester des letzten Herzogs von Straubingen war, einen Lehnbrief über sein Recht auf Niederbayern gegeben haben, gleich darauf aber am 21. März, hat er mit eben diesem Herzog eine Theidigung oder Vertrag gemacht, wodurch er festsetzet: „daß, da „Niederbayern dem Reiche angefallen sey, er, der Kayser, dieses Land für „sich und seine männliche Erben behalten und bey seinem Leben durch den H. „Albrecht verwesen lassen wolle; wenn er aber ohne Manns-Erben abgienge, solle es an seine Tochter Elisabeth, H. Albrechts Gemahlin, und ihre „Erben gefallen, und wenn auch sie ohne Erben abschiede, so solle das „Land Niederbayern an H. Albrecht und seine Erben gefallen." So lautet der wesentliche Inhalt dieser beyden ganz außerordentlichen Urkunden, welche der Wiener Hof bisher nur auszugsweise in Privatschriften bekannt gemacht und die man daher nach beglaubten Abschriften hierdurch vorzulegen nöthig gefunden [7]. Man darf beyde Urkunden nur ansehen, um sich zu überzeugen, daß eine die andere aufhebt, daß K. Sigismund nur bald den einen,

---

7) Sie stehen in den Beylagen No. 16. und 17.

einen, bald den andern Vorwand gesucht, um Niederbayern an sein Haus zu ziehen, indem er in dem ersten Lehnbriefe dem H. Albrecht syn oder sein eigenes Recht an das Herzogthum Bayern als ein Weiberlehn, in der Theidigung aber, solches Land erst an sich als ein Mannlehn, gleich nachhero aber an seine Tochter und ihre Erben, und denn wieder an H. Albrecht und seine Erben als ein vermischtes Lehn verleihet. Wie nun gedachte beyde Urkunden sich durch ihren eigenen Widerspruch von selbst aufheben, so sind sie auch an sich nichtig, weil sie auf unrichtigen Grundsätzen gebauet waren, und widerrechtliche Verfügungen enthielten. Der Lehnbrief ertheilte dem Herzog Albrecht das Lehn auf Niederbayern, aus seinem eigenen, oder seiner Mutter Rechte, und machte es also zu einem Weiberlehn, welches in Ansehung des unstreitigen Mannlehns von Niederbayern, das denen noch genugsam vorhandenen männlichen Linien von Bayern zugehörte, unmöglich bestehen konnte. Eben dieses stehet der sogenannten **Theidigung** entgegen, indem nach selbiger K. Sigismund, das auf dem noch vorhandenen Bayerischen Mannstamme bestehende Mannlehn von Niederbayern seiner Tochter und ihren Erben beyderley Geschlechts verleihen, und also zu einem vermischten oder Weiberlehn machen wollte, und dieses aus der ganz grundlosen Voraussetzung, daß die Herzoge von Bayern eigenmächtige Theilungen vorgenommen, und dadurch das Lehen verwürket hätten, da doch kein ächtes Reichsgesetz vorhanden ist, welches den Reichsfürsten verbiethet, die Ihnen durch den ordentlichen Erbgang zugefallenen Länder ohne des Lehnherrn besondere Einwilligung zu theilen, die Fürsten von Bayern auch viele dergleichen Theilungen öffentlich ohne Widerspruch des Kaysers vorgenommen hatten, und durch den vom Kayser und den Churfürsten bestätigten Erbvergleich von Pavia dazu genugsam bemächtiget gewesen. K. Sigismund hat auch im Julio 1426. und also 4 Monath nach dem ertheilten Lehnbriefe, den Erzbischof von Maynz ersuchet, die Churfürsten zu berufen, und über die Ansprüche des Reichs, wie auch der Herzoge von Bayern und Oesterreich an Niederbayern, zu erkennen, welches offenbar zeigt, daß die von ihm angemaßte Einziehung des Lehns von Niederbayern nicht ausgemacht, noch anerkannt gewesen, und daß so wenig der dem H. Albrecht ertheilte Lehnbrief, als die mit ihm getroffene Theidigung zu Stande gekommen, sondern entweder bestritten, oder gar aufgehoben worden seyn müssen, weil es sonst einer neuen Untersuchung und Erkenntniß nicht bedurft hätte. Da aber dieser Churfürstentag und Aus-

spruch nicht für sich gegangen, so hat eben dieser K. Sigismund im J. 1429 zu Preßburg in Ungarn mit Zuziehung einiger anwesenden Fürsten und Edlen ein feyerliches **Fürstenrecht** oder **Schiedsgericht** gehalten, darin er zuförderst den Herzogen von Bayern die vermeynte Verwirkung des Lehns erlassen und hernach festgesetzet, wie sie Niederbayern unter sich theilen sollten. Das angebliche Lehnrecht des H. von Oesterreich kam bey diesem Ausspruch weder in Erwehnung, noch in Betrachtung, und ist also, da es ohnedem ohne Fug ertheilet gewesen, durch eben diesen Spruch um so mehr aufgehoben worden, als es vornehmlich aus dem Grunde des dem Reich verwürkten Lehns ertheilet war, der Kayser aber diese Verwürkung den Herzogen von Bayern erlassen und erlassen mußte, selbige auch ohnedem den zu Niederbayern berechtigten Pfalzgrafen, die an den Theilungen keinen Antheil genommen hatten, nicht zum Nachtheil gereichen können. Wenn K. Sigismund nach der gewöhnlichen Rechts-Formul einem jeden sein Recht vorbehalten, wovon man nunmehro Oesterreichischer Seits ein dem Hause Oesterreich nach dem Abgange des Bayerischen Mannstammes vorbehaltenes Succeßions-Recht auf eine ganz unbegreifliche Art herleiten will; so hat er wenigstens dem H. von Oesterreich dadurch nicht ein mehreres Recht gegeben, oder geben können, als er vorhin gehabt, und also zerfällt der ganze Anspruch mit den nichtigen Gründen des dem H. Albrecht verliehenen Lehns. Hiernächst ist es ganz widersinnig, daß der Kayser durch diesen bloßen Vorbehalt dem Hause Oesterreich **ein ewiges Anwartungs-Recht** auf Niederbayern bis zum Abgange des Bayerischen Mannstammes ertheilet haben sollte, da die Lehn- und Theidigungs-Briefe von 1426. vielmehr eine **würkliche Beleihung** enthalten, die damals, und nicht nach 350. Jahren ihre Würkung hätte haben sollen, und die solche gänzlich verloren, theils wegen ihrer innern vom Kayser selbst anerkannten Nichtigkeit, theils auch weil H. Albrecht damals bey dem Urtheil von 1429. sich beruhiget, und nach einigen glaubwürdigen Nachrichten sich seines anmaßlichen Lehnrechts ausdrücklich begeben haben soll, hiernächst auch das Haus Oesterreich seit 350. Jahren dieses ihm angeblich vorbehaltene Recht niemals gereget, und auch niemals auf ein unstreitiges Mannlehn um so weniger hat regen können, als das Haus Oesterreich indessen selbst zweymal im Mannsstamm, als in den Personen K. Ladislas, H. Albrechts Sohns, und K. Carls VI. ausgestorben, folglich die Oesterreichische weibliche Neben-Linie in dem Bayerischen Mannlehn nicht succediren können.

nen. Sollte der Wiener Hof die ganz unerweißlichen, aber höchst gefährlichen Grundsätze seiner Privat-Schriftsteller annehmen, daß die Freyheitsbriefe des Hauses Oesterreich das weibliche Geschlecht desselben fähig machten, in den Reichsmannlehen zu succediren, und dieselbe also zu Weiberlehen zu machen; so würde solcher Grundsatz eines Theils die gröste Aufmerksamkeit und den baldigen Widerspruch des ganzen Reichs erfordern, andern Theils sehr leicht zu widerlegen seyn, da derselbe blos auf dem so viel bestrittenen Freyheitsbriefe K. Friederichs I. von 1156. beruhet, und dieser Freyheitsbrief, wenn er richtig wäre, das gerade Gegentheil erweiset, da er deutlich besaget, daß, wenn der Herzog von Oesterreich ohne Manns-Erben verstürbe, seine älteste Tochter ihm erben solle, nicht aber, daß die Oesterreichische Prinzeßinnen alle Reichsmannlehen sollten erben können. Es ist also hierdurch genugsam erwiesen, daß der Anspruch der Kayserin-Königin Maj. auf Niederbayern aus der niemals zu Stande gekommenen Lehns-Verschreibung von 1426. nach allen vorkommenden Gründen und Umständen gänzlich wegfällt [8]).

Wollte oder könnte man Niederbayern zu einem Weiberlehn machen, und das Recht des Hauses Oesterreich davon herleiten, daß H. Albrechts V. Mutter eine Prinzeßin von Bayern gewesen, oder daß K. Sigismund in dem Vertrage vom 21. Martii 1426. seiner Tochter Elisabeth, ihrem Gemahl H. Albrecht und ihren Erben das Lehn von Niederbayern auf ewig verschrieben habe; so würde das Churhaus Brandenburg ein unstreitiges Vorzugsrecht vor dem heutigen Erzhause Oesterreich haben, indem der Mannsstamm H. Albrechts mit seinem Sohn Ladislas ausgegangen, und nach der in der letzten Anlage befindlichen Stammtafel das Churhaus Brandenburg in gerader Linie von H. Albrechts von Oesterreich und seiner Gemahlin Elisabeth ältesten Tochter Anna, die an einen Marggrafen von Meissen, und derselben einige Tochter an Churfürst Johann von Brandenburg

8) Man hat hier nur die wesentlichen Gründe angeführt, die man, sobald es nöthig und sie gründlicher bestritten werden, näher beweisen wird, und kann man sich indessen theils auf die Beantwortung der Analyse, theils auf die Betrachtungen über das Recht der Bayerschen Erbfolge berufen. Gegen diese Schrift ist bereits eine eilfertige Widerlegung herausgekommen, die aber mit vielen Worten nichts erhebliches enthält, wovon man das Wesentliche schon hier kürzlich widerleget, und das übrige zu seiner Zeit, wenn der Wiener Hof die Grundsätze der für ihn schreibenden Privatschriftsteller annehmen und behaupten sollte, gehörig beantworten wird.

burg vermählt gewesen; das jetzige Haus Oesterreich aber nur von H. Albrechts zweyten Tochter Elisabeth in weiblicher Linie, im Mannsstamm aber gar nur von einer Nebenlinie herstammet. Daß K. Sigismund unter H. Albrechts Erben, dessen männliche Collateral-Erben des Hauses Oesterreich, mit Ausschließung seiner eigenen Töchter und ihrer männlichen Nachkommen, verstanden haben soll, solches ist und bleibt ganz widersinnig und unglaublich, da er doch seiner eigenen Tochter Elisabeth und deren Erben ohne Unterscheid des Geschlechts das Lehn von Niederbayern zu verschreiben kein Bedenken getragen. Wäre solches seine Meynung gewesen, so hätte sie ausgedrucket werden müssen, wiewohl sie an sich zu Recht nicht bestehen können [9]). Man hat überhaupt diesen genealogischen Grund aus keiner andern Ursache angeführet, als um den Unbestand und die Folgen der von des K. Sigismund Lehnbriefen hergenommenen Oesterreichischen Prätension zu zeigen. Se. Königl. Majestät verlangen sonst nicht dem Hause Pfalz seine Erbfolge in ganz Bayern streitig zu machen, noch auch des sich Ihro vor dem Hause Oesterreich nach dessen eigenen Grundsätzen gebührenden Vorrechts zu bedienen. Sie hoffen vielmehr, daß wenn der Kay-

---

9) Diese aus den Betrachtungen genommene Sätze werden allezeit bestehen bleiben, ohngeachtet desjenigen, so in der Beantwortung derselben dagegen angeführet werden wollen, wovon den Ungrund ein jeder unparteyischer Leser von selbst bemerken wird. Es stehet ja nicht in der an sich ganz widerrechtlichen Theidigung, daß nur die Manns-Erben Elisabethens und Albrechts Niederbayern erben sollen, sondern es solle an ihre, der Herzogin Elisabeth, Erben gefallen; wäre auch, daß Herzog Albrecht vorgenant andere Erben mit einem andern Weib gewünne, die sollen mit unserer vorgenannten lieben Tochter Erben und Erbes Erben, die Sone wenn sein und leben dieweil sollen sy Herren des egenannt Landes sein. So dunkel diese Stelle an sich nach der davon habenden beglaubten Abschrift ist, so zeigt sie doch genugsam, daß darin erstlich die Herzogin Elisabeth, hernach die Erben derselben, und denn die Erben Herzogs Albrecht ohne Unterschied des Geschlechts, die männlichen nur vorzüglich, die weiblichen aber nach denselben dazu berufen worden, und also Niederbayern offenbar zu einem vermischten oder Weiberlehn gemacht werden wollen. Da nun der erste Fall der Theidigung eingetroffen, daß Elisabeth und Albrecht einen Sohn und zwey Töchter hinterlaßen, und daß der Sohn Ladislas ohne Leibeserben abgegangen, so ist doch wohl dem Sinn der Theidigung und der natürlichen Erbordnung gemäßer, daß in diesem einmal zu einem Weiberlehn gemachten Lande, die Erben und Töchter der Herzogin Elisabeth, und nicht der sie gar nicht angehende weit entfernte männliche Collateralstamm H. Albrechts succediren, oder man müste annehmen, daß die Freyheitsbriefe des Hauses Oesterreich bald dem männlichen, bald dem weiblichen Geschlechte dieses Hauses den Vorzug vor allen andern, auch nähern Erben eines jeden Fürstlichen Hauses geben, je nachdem es die Convenienz erfordert, diese Freyheitsbriefe auf die eine oder andere Art auszulegen.

Kayserin-Königin Majestät von dem Ungrunde der Ihnen vorgespiegelten, weder bey dem Straubingischen, noch jetzigen Sterbefall bestandenen, das jetzige Haus Oesterreich gar nicht angehenden, und ohnedem ganz veralteten Prätension, benachrichtiget seyn werden, Höchstdieselbe davon endlich abstehen, dem Beyspiel Sr. Königl. Majestät folgen und dem Hause Pfalz die ihm gebührende Succeßion von ganz Bayern nicht weiter streitig machen, noch sie vermindern werden. Man hat diesen Anspruch auf Niederbayern etwas ausführlicher beleuchten müssen, als die beyden anderen auf die Böhmische Lehne und auf Mindelheim, weil diese letztere von keiner großen Erheblichkeit sind und von derselben Ausfall das Schicksal des Hauses Pfalz nicht abhängt, ob sie wohl in der Wienerischen Circular-Note vom 20. Jan. vorangesetzet sind.

6) Die zweite Prätension, welche der Wiener Hof dahin macht: **daß einige Bezirke der Oberpfalz, die von der Crone Böhmen zu Lehen gehen, derselben durch Abgang des Bayerischen Mannstammes eröfnet und heimgefallen wären**, scheint ihre Kraft zu verlieren, wenn man betrachtet: daß diese Bezirke alte Erbgüter des Hauses Wittelspach sind; sie stehen zum Theil mit Namen in dem Vertrage von Pavia, und sind dadurch mit dem beständigen und unveräusserlichen Familien-Fideicommiß noch vor dem Böhmischen Kauf von 1353. beleget worden. Da sie durch eben diesen Traktat mit der Oberpfalz und dem Churfürstenthum Pfalz vereiniget worden, so haben sie dadurch die Eigenschaft der Unzertrennlichkeit erhalten, welche diesem Churfürstenthum in der güldenen Bulle Art. 25. beygeleget ist. Wenn die Crone Böhmen, dem Traktat von Pavia zuwider, nachher durch gewiße hier nicht zu untersuchende Vergleiche K. Carl IV. einige Rechte auf diese Distrikte erhalten; so sind dieselben doch durch den Vergleich, welchen George Podiebrad K. von Böhmen im J. 1465. mit dem Hause Pfalz gemacht, auf die **Lehnherrschaft** eingeschränckt; die **Substanz** der Lehne aber, oder das Lehn selbst ist bey dem Hause Pfalz geblieben, und die Crone Böhmen ist selbst nach dem Lehnbriefe schuldig, diese Lehne an alle **Lehnserben** der Häuser Pfalz und Bayern, so lange derselben welche vorhanden, zu verleihen, wie denn selbst auch nach den dürren Worten des Incorporationsbriefes Carl IV. von 1355. und des Lehnbriefes Ferdinands II. von 1631. diese Böhmische Lehne Pertinenzstücke von Deutschland und der Ober-Pfalz geblieben, folglich auch den Verbindungen des Westphälischen Friedens unterworfen sind. Da K. Ferdinand II. die Oberpfalz dem Churhause

Pfalz genommen und dem Herzoge von Bayern übertragen und nach dem 4ten Artikel des Westphälischen Friedens, die ganze Oberpfalz nach dem Abgange der Wilhelminischen Linie an die Rudolphinische zurückfallen soll, ohne daß K. Ferdinand III, der König von Böhmen und Haupt-Contrahent dieses Friedens war, das geringste davon ausgenommen, oder vorbehalten, so muß, allen Rechten nach, die Oberpfalz an die Rudolphinische Linie in dem Umfange zurückfallen, wie solchen die Bayerische Linie und die Pfälzische selbst, vorhero besessen, folglich mit den Böhmischen Lehen, die oben erwiesenermaßen, allezeit ein Theil der Oberpfalz und ein Erbeigenthum des Churhauses Pfalz gewesen, und worüber dieses Churhaus auch schon durch die ausdrücklichen Worte des Westphälischen Friedens die **Mitbelehnschaft** erhalten. Jhro Maj. die Kayserin-Königin können also als Nachfolgerin K. Ferdinand III. die von ihm eingegangene Verbindungen nicht aufheben, folglich auch diese Lehen nicht ein- noch dem Churhause Pfalz entziehen.

7) Die dritte Prätension der Kayserin-Königin Maj. ist auf das **Fürstenthum Mindelheim** in Schwaben gerichtet und wird aus einem vom K. Matthias dem Erzhause Oesterreich im J. 1614. ertheilten Anwartsbriefe hergeleitet. Man läßt solche, da der Gegenstand unerheblich ist, dahin gestellet seyn. Da aber die Bayerische Lehn- und Allodialerben behaupten, daß H. Maximilian von Bayern die Herrschaft Mindelheim als ein Allodium gekauft und K. Matthias ihm solche im J. 1618. als ein Erblehn verliehen, so scheinet es, daß wenigstens der Wiener Hof diesen Bayerischen Lehn- oder Allodialerben den Besitz von Mindelheim so lange hätte lassen sollen, bis er sein Vorzugsrecht durch den Weg Rechtens, oder durch einen Vergleich mit allen Interessenten, sonderlich den Allodialerben abgemachet hätte, nicht aber sein Recht eigenmächtig geltend machen.

8) Sobald es erwiesen ist, daß der Kayserin-Königin Maj. kein altes noch ursprüngliches Recht auf einige Theile der Bayerischen Erbfolge haben; so kann man mit Recht behaupten, daß Höchstdieselbe durch die mit dem Hrn. Churfürsten zu Pfalz den 3. Jänner geschlossene Convention kein neues Recht erhalten haben. Dieser Fürst hat darin nichts gethan, als daß er die Ansprüche der Kayserin-Königin Majestät auf Niederbayern, die Böhmischen Lehen und auf Mindelheim als gegründet angenommen, vorausgesetzt und anerkannt. Sobald sie nicht gegründet sind, so kann man rechtlich nicht vermuthen, daß die Meynung der beyden hohen Contrahen-

henten seyn könne, eine auf Irrthum und unrichtige Voraussetzung gegründete Anerkennung von so wichtigen Prätensionen ohne alle andere Rücksicht und zum unwiderbringlichen Nachtheil so vieler Interessenten zu behaupten. Man kann vielmehr erwarten und verlangen, daß sie davon selbst zurückkommen und abgehen werden, so daß die Schuld davon blos denen verbleibet, welche dergleichen irrige Ansprüche ersonnen haben.

9) Daß die Convention vom 3. Jänner nicht durch Ueberzeugung, noch mit ganz freyem Willen, sondern mehr durch Ueberraschung und Drohungen bewürket worden sey, solches läßt sich aus vielen wichtigen Umständen schließen, welches nur die einzige mögliche Art von Beweise in einem Fall von dieser Art ist. Man kann mit Recht zweifeln, daß des Herrn Churfürsten zu Pfalz Durchl. die Lehnbriefe K. Sigismunds, durch deren Anerkennung Sie die Hälfte von Bayern abgetreten haben, in der Urschrift gesehn, oder durch Ihr Bayerisches Ministerium haben untersuchen laßen, wie in einem solchen Fall, wie dieser ist, doch wohl erforderlich gewesen wäre; wenigstens hat das Bayerische Ministerium die Original-Vorzeigung dieser Lehnbriefe bis zum 22. März vergeblich gefordert [10]). Zur Ueberzeugung, daß außerordentliche Mittel bey dieser Anerkennung großen Einfluß gehabt, darf man nur erwegen, daß der Herr Churfürst zu Pfalz gleich nach dem Tode des Churfürsten von Bayern, durch sein Patent von dem ganzen Lande Besitz nehmen laßen, aber bey der Annäherung der Oesterreichischen Truppen solches Patent geändert, und daß der Wiener Hof in seiner Note vom 20. Jänner selbst erkläret: **daß er auf diese Churpfälzische Besitzergreifung einige Truppen nach Bayern habe marschiren laßen, und daß kurz nachhero ein freundschaftliches Abkommen mit Sr. Durchl. zu Pfalz erfolget sey.** Wie man auch dieses anjetzo auslegen mag, so wird doch dadurch die fast allgemeine Sage sehr glaublich, daß der Herr Churfürst zu Pfalz durch die Drohung, ganz Bayern zu verlieren, dahin gebracht sey, diese so nachtheilige Convention zu schließen. Wenn der Zweifel darüber weiter getrieben werden sollte, so könnte man nöthigen Falls Geständniße und andere dergleichen Beweise darüber beybringen. Der Herr Churfürst zu Pfalz scheinet es selbst anzuzeigen, wenn seine Ministri allenthalben erklären, daß er diesen Schritt habe thun müßen, um die Ruhe in Teutschland zu erhalten. Wenn man auch nicht alles dieses voraussetzt; so würde nicht zu

10) Nach der Beylage No. 20.

erklären seyn, wodurch hochgedachter Fürst dahin gebracht worden sey, die Hälfte seines unstreitigen Erbeigenthums auf die bloße Angabe eines nicht gesehenen alten Briefes von 350. Jahren abzutreten; warum er sich anheischig gemacht habe, selbst den Beweiß von den ihm bleibenden Rechten und Gränzen zu führen, und daß er die völlige Anerkennung seines Bayerischen Erbrechts und die Hofnung, zu den Böhmischen Lehen wieder zu gelangen, als eine Gnade, angenommen habe. Man darf die ganze Convention [11]) nur durchlesen um ihr anzusehen, daß sie die Würkung ist von Furcht, von Ueberraschung und von ungleicher Theilung.

10) Wenn aber auch die Convention der Form nach regelmäßig zu Stande gekommen wäre; so würde sie doch in sich selbst ungültig und nichtig seyn. Man hat erwiesen, daß alle Besitzungen der Häuser Pfalz und Bayern durch den Erbgang, durch die gemeinschaftliche Abstammung von den ersten Erwerbern, durch den Traktat von Pavia und durch die so oft erneuerte Hausverträge, mit einem beständigen und unveräusserlichen Familien-Fideicommiß behaftet sind, so daß dieselbe in dem ganzen Umfange, allen Linien des Hauses Pfalz als eine Erbschaft zugehören, die ihnen unzertrennlich überliefert werden muß. Man hat besonders dargethan, daß die Oberpfalz, welche durch die Convention vom 3. Januar gleichfalls eine ansehnliche Abreissung erlitten, durch den Traktat von Pavia zu dem Churfürstenthum Pfalz gehöret, und nach der güldenen Bulle nicht davon getrennet werden können, und daß sie, nach dem 4ten Artikel des Westphälischen Friedens, nach Abgang der Wilhelminischen Linie mit allen ihren Zubehörungen an die Rudolphinische zurückfallen sollen. Man weiß überdem, daß des jetzo regierenden Hr. Churfürsten zu Pfalz Durchl. den Traktat von Pavia und die übrigen Hausverträge in den Jahren 1746. 1766. und 1771. selbst erneuert, und auf alle nachhero geschehene Erwerbungen erstrecket haben, wie auch, daß Sie durch einen besondern im J. 1774. mit dem verstorbenen Churfürsten von Bayern geschlossenen Vergleich [12]) nicht allein für sich, sondern auch für Ihre Agnaten die Civil-compossession und das Constitutum possessorium ausdrücklich ausbedungen haben, und daß Sie also den Agnaten dadurch ein Recht erworben, welches ihnen von niemand genom-

---

11) Man hat sie zu geschwinder Einsicht hier unter der 18. Nummer der Beweißschriften beygefügt.

12) Siehe die Beylagen N. 19.

nommen werden kann. Es folget also daraus, daß Ihro Churfürstl. Durchl. diese Grundgesetze und Verträge Ihres Hauses nicht haben aufheben und ihnen zuwider handeln, noch ein so wichtiges Lehnsherzogthum zertrennen, noch allein darüber, und in einer so wichtigen Sache, etwas abschließen können, ohne Beytritt des Reichs, ohne Einwilligung der Lehn- und Allodialerben, ja gegen den ausdrücklichen Widerspruch Ihrer Durchl. des Herzogs von Zweybrück und des Churfürsten von Sachsen, vielweniger, daß sie zu derselben grösten und unwiederbringlichen Nachtheil, einen so sonderbaren und unnöthigen Vergleich über die ganze Fideicommissarische Erbschaft des ausgestorbenen Hauses Bayern schliessen, und den grösten Theil davon an ein fremdes Haus, das nicht das geringste Recht dazu hat, abtreten können. Da also die Convention vom 3. Januar blos auf der willkührlichen Anerkennung einer alten irrigen und nichtigen Prätension gegründet und durch nicht zu rechtfertigende Mittel bewürket ist; so ist sie eine Verbindung, die nicht bestehen, und der Kayserin-Königin Maj. nicht ein mehrers Recht geben kann, als sie vorhin gehabt. Sie könnte auch nicht Bestand haben, wenn man sie blos auf das Leben des Churfürsten zu Pfalz einschränken wollte; sie verletzet schon jetzo zu sehr die würklichen Rechte der Allodialerben und selbst auch die von den Agnaten, die zwar kein Recht zur Erbfolge vor dem Absterben des Hrn. Churfürsten zu Pfalz, aber doch das Condominium haben, und denen es alsdenn sehr schwer, wo nicht unmöglich, fallen würde, bey dem Succeßionsfall ihr Recht geltend zu machen, indem die Meynung der Kayserin-Königin Maj. wohl nicht seyn wird, Niederbayern an das Haus Pfalz nach dem Tode des jetzigen Churfürsten zurück zu geben.

11) So vortheilhaft auch diese Convention für den Wiener Hof ist, so wird sie doch nicht beobachtet, sondern immer weiter ausgedehnet, indem derselbe laut einer Note des Bayerischen Ministerii [13]) 21. Gerichte oder Aemter über den alten Straubingischen Antheil eingenommen hat, und dieselbe nicht wiedergeben will, ohngeachtet der starken Bewegungsgründe, welche gedachtes Ministerium angeführet.

12) Aus allem, was bishero ausgeführet worden, ist klar, daß der Wiener Hof sich der Hälfte des Herzogthums Bayern bemächtiget hat, unter dem Vorwand einer alten, aber ganz nichtigen Prätension, daß derselbe seine Ansprüche nicht durch die beyde einige regelmäßige und erlaubte Mittel und

13) In der 20. Beylage.

und Wege, **nemlich durch eine richterliche Entscheidung, oder durch einen Vergleich mit allen Interessenten**, geltend gemacht hat; daß er mit dem Churfürsten zu Pfalz allein, und zwar auf eine schwer zu rechtfertigende Art, sich verglichen hat, aber nicht mit den übrigen vornehmsten Interessenten als den Herren Pfalzgrafen zu Zweybrück, zu Birkenfeldt und Gelnhausen, noch auch mit den Allodial-Erben, noch auch mit dem Reich; daß er durch den Marsch seiner Truppen nach Bayern, der, nach dem eigenen Geständniß der Note vom 20. Jänner, vor dem gänzlichen Abschluß mit dem Herrn Churfürsten zu Pfalz, und, wie man gewiß weiß, vor der Ratification der Convention vom 3. Jenner geschehen ist, den Herrn Churfürsten zu Pfalz und das ganze Haus Pfalz aus dem rechtlichen Besitz gesetzet, welchen dieser Fürst über ganz Bayern genommen hatte; wodurch derselbe den Art. 21. §. 6. der Wahlcapitulation offenbar verletzet hat. Es ist dieses also ein erwiesenes Unrecht, ein offenbarer Bruch des Landfriedens, und eine unrechtmäßige Gewaltthat, wo nicht gegen den Herrn Churfürsten zu Pfalz, doch gegen die übrige Herren Pfalzgrafen, gegen die Allodial-Erben, und gegen das Reich.

13) Um diese außerordentliche Unternehmung zu rechtfertigen, so führet man in dem Memoire vom 7. May an, daß der Kayserin-Königin Majestät die Befriedigung und die gütliche Abthuung der Ansprüche des Churfürsten zu Sachsen und der Herzoge von Mecklenburg nicht hinderten; allein es ist nicht möglich solche Befriedigung zu bewürken, nachdem Ihro Kayserliche Königliche Majestät den besten Theil von Bayern an sich genommen, und dem Herrn Churfürsten zu Pfalz den geringeren Theil, der mit 20. Millionen Schulden behaftet ist, gelaßen.

Man beruft sich darauf ferner, daß der Herr Churfürst zu Pfalz mit seiner Convention zufrieden sey und von derselben nicht abgehen wolle. Man müßte aber sehen, was er thun würde, wenn er frey und ohne Furcht wäre; wenigstens setzet er sich schon jetzo gegen die Abnahme der 21. Gerichte, die ihm über dem Straubingischen Antheil genommen sind.

Man behauptet endlich, daß der Herr Herzog zu Zweybrück kein gegenwärtiges Recht habe, als Kläger aufzutreten, oder den Transactionen der Sulzbachischen Linie, so lange sie bestehe, zu widersprechen; allenfalls möchte dieser Fürst nur seine Rechte und Beschwerden vorbringen, der Kayserin-Königin Maj. wären zufrieden, daß dieser Streit jetzo gleich untersucht und rechtlich entschieden werde. Die erste Einwendung ist ganz ungegrün-

gründet, da des Hrn. Herzogs zu Zweybrücken Durchl. und Ihre Linie nicht allein ein unstreitiges und den Umständen nach nicht entferntes Succeßions-recht zu den Pfalz-Bayerischen Landen, sondern auch jetzo schon nach Ihrem Erbrechte, den Hausverträgen, und besonders dem Pacto constituti possessorii von 1774. den Mitbesitz und die Mitherrschaft an denselben haben, und daher nicht gleichgültig ansehen können, daß ein großer Theil der ihnen von der Vorsicht bestimmten Erbschaft in eine fremde Gewalt gerathe. Der Kayserin-Königin Maj. Meynung wird wohl nicht seyn, den occupirten Antheil von Bayern nur so lange als die Sulzbachische Linie vorhanden ist, zu besitzen, und nach derselben Abgang solchen wieder heraus zu geben; wenn auch solches versichert würde, so könnte doch der willkührliche und unbefugte Interims-Besitz eines fremden Landes weder das Haus Zweybrück, noch die übrigen Reichsstände beruhigen, zumal, wie gleich nachhero erwiesen werden wird, der Wiener Hof mit nichts wenigerem umgehet, als das ganze so wichtige Erb-Herzogthum Bayern durch angebliche Vertauschungen dem Hause Pfalz zu entziehen, wobey dieses wohl niemals seine Rechnung finden könnte.

Wenn man endlich den Herrn Herzog von Zweybrück auffordert, die Sache mit der Kayserin-Königin Maj. rechtlich auszumachen, so hat dieses zwar einen Schein Rechtens; aber wenn solcher in der That bestehen und das Anerbieten der Kayserin-Königin Maj. Recht zu nehmen und zu geben, eine den Rechten gemäße Würkung haben sollte; so müssen Höchstdieselbe billig vorhero das Haus Pfalz in den ihm ohne genugsame Befugniß und durch nicht gesetzmäßige Mittel abgenommenen Besitz von Bayern wieder herstellen und sich vorhero erklären, oder mit dem gesammten Hause Pfalz abmachen, vor welchem unparteyischen Gerichte dieser wichtige Proceß betrieben und abgethan werden solle, indem Ihro Maj. der Röm. Kayser in dieser Ihrer eigenen Sache selbst nicht werden richten wollen noch können.

14) Dasjenige, was in dem Memoire vom 7ten May über das Verfahren Sr. Römisch-Kayserlichen Majestät in der Bayerischen Erbschafts-Angelegenheit angeführet wird, kann eben so wenig zureichen, diejenige, welche die Verfassung des teutschen Reichs kennen, zu beruhigen und zufrieden zu stellen. Es sind Ihro Majestät, die als **Mit-Regent** des Oesterreichischen Staats, reichskundigermaßen die Trennung von Bayern angefangen und unternommen haben, und dieselbe fortführen und mit den Waffen behaupten; als **Kayser** aber haben Sie bishero noch nichts gethan, um diese wich-

tige

tige Sache auf den reichsgesetzmäßigen Weg zu lenken. Höchstdieselbe haben in der Wahl-Capitulation Art. 3. §. 3. und Art. 11. §. 21. versprochen, **in wichtigen Sachen, so das Reich betreffen und von hohem Präjudiz und weitem Aussehen sind, bald anfangs der Herren Churfürsten Gedanken zu vernehmen, auch nach Gelegenheit der Sache, Fürsten und Stände RathBedenkens sich zu gebrauchen, und ohne Dieselbe hierin nichts vorzunehmen.** Wenn jemals im Reich eine wichtige Sache von hohem Präjudiz und weitem Aussehen vorgekommen, so ist es gewiß die gegenwärtige Bayerische Succeßions-Angelegenheit. Es kommt auf nichts weniger an, als auf die Erhaltung oder die Trennung des Churfürstenthums Pfalz und der beyden wichtigen Herzogthümer von Bayern und der Ober-Pfalz, mithin durch eine natürliche Folge auf die Erhaltung oder Zerstörung der ganzen Reichsverfaßung. Man hätte also billig erwarten sollen, daß Ihro Kayserl. Majestät in dieser höchst wichtigen Sache nichts ohne Beywürkung des Reichs vorgenommen, sondern selbige vielmehr an die Reichsversammlung, um darüber zu rathschlagen und die rechtsconstitutionsmäßige Verfügung zu treffen, gebracht haben würden. Es ist aber bekannt, daß seit den fünf Monathen, daß der Churfürst von Bayern gestorben, nichts hierunter geschehen ist, als daß man dem Reiche die Besitznehmung und Einziehung der Districte, die man für offene Reichslehen hält, angekündiget.

Es scheinet aber mit der Reichsverfaßung und besonders mit Art. 11. §. 10. 11. der Wahlcapitulation nicht zu vereinbaren, daß Ihro Kayserliche Majestät in Ihrem offenen Briefe vom 16. Jänner die Landgrafschaft Leuchtenberg, die Grafschaften Wolfstein, Haag, Schwabeck, Halß und andere zu der Bayerischen Erbfolge gehörigen Distrikte sogleich aus eigener Macht für eröfnete Reichslehen erkläret, da es doch noch gar nicht ausgemacht ist, ob sie es würklich sind, sondern es vielmehr wahrscheinlich ist, daß sie theils zu dem Bayerischen Mannlehn, theils zu der Allodial-Erbschaft gehören; man hätte also billig erwarten sollen, daß Ihro Kayserl. Maj. den Hrn. Churfürsten zu Pfalz, als Universal-Erben, vorerst in dem Besitz dieser Länder gelassen, und daß Sie hiernächst auf eine Reichssatzungsmäßige Art hätten untersuchen und entscheiden lassen sollen, ob sie zu dem Lehn oder Allodio von Bayern gehören, oder ob sie dem Reiche würklich eröfnet wären; nachdem letzteres ausgemacht, so würde alsdenn erstlich die Frage entstanden seyn, ob solche eröfnete Lehne zum Eigenthum des Reichs einzuziehen, oder an andere von neuem zu verleihen wären. Dieses letztere kann nach dem

Art. 11.

Art. II. §. 10. II. der Wahlcapitulation, nicht anders als mit Vorwissen und Consens der Reichsstände geschehen.

Wenn der Westphälische Friede dem Hause Pfalz den Rückfall der ganzen Ober-Pfalz, und wie oben erwiesen ist, gewissermaßen auch die Erbfolge von ganz Bayern versichert, so ist die Trennung, welche man von diesen beyden Ländern vornehmen will, eine offenbare Contravention dieses Friedenschlusses, wie auch des Art. 4. §. 13. der Wahlcapitulation, wo Ihro Kayserl. Maj. versprochen haben, den zu Münster und Osnabrück geschlossenen Frieden unverbrüchlich zu halten, dawider weder für sich etwas vorzunehmen, noch anderen dergleichen zu thun, zu gestatten.

Die Art und Weise, mit welcher die Trennung von Bayern geschehen, ist auch gerade entgegen dem Art 21. §. 6. 7. 8. der Wahlcapitulation, in welchen Se. Kayserl. Maj. sich anheischig gemacht haben, daß wenn Sie zu jemand Zuspruch, oder Forderungen hätten, Sie solche, um Aufruhr, Zwietracht und andere Unthaten zu verhüten, vor die ordentliche Gerichte, zu gebührlichen Rechten stellen, und also in der That Ihre Forderungen niemals anders als durch den ordentlichen Weg Rechtens, niemals aber durch gewaltsame Mittel, ausführen wollen.

Man glaubt durch alles obige genugsam ausgeführet und erwiesen zu haben, daß der Wiener Hof die Succeßion von Bayern auf eine willkührliche, unrechtmäßige, und in der Geschichte von Deutschland unerhörte Art zu seinem Vortheil zertrennen will; daß Derselbe es thut unter dem Schein einer alten ganz nichtigen Prätension, die, wenn sie gegründet wäre, nicht ihm zu statten kommen könnte; daß er diese Prätension auf eine den Gesetzen und der Verfassung von Deutschland ganz zuwiderlaufende Art geltend macht; daß er dem Hause Pfalz den rechtmäßigen Besitz seines Erbeigenthums durch gewaltsame Einnehmung des grösten Theils von Bayern entrissen, daß er dadurch den Häusern Pfalz und Sachsen den grösten Theil ihrer unstreitigen Erbschaft entzieht, und daß Ihro Röm. Kayserl. Maj. diese ganze Usurpation nicht verhindern, sondern dieselbe vielmehr autorisiren und behaupten.

Wenn diese Acquisition dem Wiener Hofe gelingen sollte, so würde der Ueberrest von Bayern bald folgen, wie Derselbe seine darunter hegende Absicht schon genug gezeiget und die Gelegenheit und Mittel sich dazu zu verschaffen gesucht, da er in der Convention vom 3. Jänner sich vorbehalten, mit dem Hrn. Churfürsten zu Pfalz allenfalls über den Austausch des ganzen Complexus zu handeln, und ein gleiches auch in dem Sr. Königl. Maj. angetragenen Vergleichs-Projekt verlanget; wobey annoch zu bemerken stehet,

het, daß die Häuser Pfalz und Bayern in dem Traktat von Pavia sich alles Verwechseln und Vertauschen ihrer Herrschaften ausdrücklich untersaget haben. Was für einen übermäßigen Zuwachs würde nicht die schon übergroße Macht des Hauses Oesterreich durch diese unrechtmäßige Acquisition des wichtigsten Herzogthums in ganz Deutschland, oder auch nur der Hälfte desselben, nebst dem Besitze der drey großen Flüße, der Donau, der Iser und des Inns, erhalten? welche furchtbare Aussicht entstehet nicht für die Erhaltung des in der deutschen Staatsverfassung wohl gegründeten Gleichgewichts, der Sicherheit und der Freyheit des deutschen Reichs, wenn das Haus Oesterreich Bayern ganz, oder zur Hälfte behalten sollte, und nachdem es nunmehro dem Hause Brandenburg seinen Widerspruch gegen die künftige Vereinigung und Einziehung desselben in Franken habenden Erbländer öffentlich angekündiget?

Wenn man alles angeführte in Betrachtung ziehet, so kann man Sr. Königl. Majestät von Preußen mit Grunde nicht vorwerfen, daß Sie bey der Bayerischen Erbschafts-Angelegenheit ein **dritter**, und bey derselben nicht interessiret wären; folglich kein Recht hätten, sich solcher anzunehmen. Selbst nach der Hauptprätension des Wiener Hofes, wenn dieselbe gegründet wäre, wie sie nicht ist, würden Se. Königl. Maj. mehr dabey interessiret seyn, als selbst dieser Hof. Höchstdieselbe verlangen zwar nicht einen dergleichen eigenen Antheil daran zu haben; Sie glauben aber genugsam berechtiget zu seyn, solchen Antheil an der gerechten Vertheilung der Bayerischen Succeßion zu nehmen, als Chur- und Reichsfürst; als Contrahent, und durch solche Eigenschaft auch als Garant von dem Westphälischen Frieden, der Wahlcapitulation und der ganzen Reichsverfassung, welche gänzlich über den Haufen gehen würde, wenn die entworfene Trennung von Bayern zu Stande kommen sollte. Sie nehmen endlich auch Antheil daran als Freund und Bundesgenosse des Herrn Churfürsten zu Sachsen und der Herren Herzoge von Zweybrück und Mecklenburg, welche, jeder in seiner Art, so wichtige Ansprüche auf die Bayerische Erbfolge hat, und alle Höchstderoselben Vermittelung und Beystand nachgesuchet haben. Ein jeder, der billig und unparteyisch denket, wird erkennen, daß diese Umstände, einzeln und zusammen genommen, Sr. Königl. Maj. von Preußen eine zureichende Veranlassung und Recht geben, Sich von der Bayerischen Succeßionsangelegenheit zu befangen, und darauf zu bestehen, daß dieselbe auf eine gerechte und den Rechten der Theilhaber gemäße Art abgemachet werde. Se. Königl. Maj. haben um den Wiener Hof dazu in der Güte zu bringen, alle mögliche Mittel der Vereinigung ver-

sucht

sucht und die Mäßigung erschöpft. Sie haben nicht aufgehöret in den Monaten Februar, März und April diesem Hofe die überzeugendesten und zugleich freundschaftlichsten Vorstellungen zu thun; Sie haben in den Monaten April, May und Junius zu einer langwierigen Unterhandlung die Hände geboten, ohne Sich, durch die, nach klarer Ausweisung der Beylagen, so verfängliche, zweckwidrige, unzureichende, und öfters zu starke Aeusserungen und Vorschläge des Wiener Hofes zurückhalten und ermüden zu lassen. Sie haben diesem Hofe stufenweise die ihm selbst höchst vortheilhafte Vorschläge gethan. Da derselbe aber solche gänzlich von der Hand gewiesen; da er seines Orts nichts als unbestimmte, dunkele und unzureichende Vorschläge gethan; da er schlechterdings darauf bestanden, Se. Königl. Maj. von der Regulirung der Bayerischen Sache gänzlich auszuschliessen, um mit Churpfalz allein darüber zu handeln; da er endlich die Unterhandlung mit Sr. Königl. Majestät selbst zuerst abgebrochen, und die Erklärung gethan, daß, wenn Sie seine Anträge nicht annehmen wollten, alles gütliche Abkommen unmöglich würde, und alle weitere Nachfrage und Aufklärung überflüßig sey; so haben Se. Königl. Maj. von Preußen sich nicht länger entbrechen können, auch Ihres Orts eine Unterhandlung abzubrechen, die binnen 5 Monathen fruchtlos gewesen, und die nunmehro nicht durch Ihre Schuld aufhöret.

Was bleibt solchemnach für ein anderes Mittel übrig, um einer so großen Ungerechtigkeit abzuhelfen, als daß man zu den Waffen schreite? Es ist dieses zwar nicht der ordentliche Weg in einem Staat, der, wie das Teutsche Reich, durch so viele Traktate und Gesetze verbunden ist. Wenn aber das Oberhaupt des Reichs und das erste Mitglied dieser Societät die Reichsverfassung bey Seite setzen; wenn sie die Gewalt und ihre Uebermacht anwenden, um sich eine unrechtmäßige Vergrößerung zu verschaffen; so muß es nicht allein einer unabhängigen Macht, sondern auch einem jeden Reichsstande nach den Rechten sowohl der Natur, als des Reichs, frey stehen, sich durch eben dergleichen thätige Mittel dagegen zu setzen, um die allgemeine Freyheit, Sicherheit und Reichsverfassung zu vertheidigen.

Es würde so unbillig als ohne Grund seyn, Se. Königl. Majestät in dem gegegenwärtigen Fall für den angreifenden Theil zu halten; es ist lediglich der Wiener Hof, der den Angrif angefangen hat, indem er den besten Theil von Bayern ohne rechtmäßigen Anspruch, und auf eine widerrechtliche Art in Besitz genommen, und dem Hause Pfalz seine altväterliche Erbschaft entrissen. Da er sich dadurch in den Besitz gesetzet, so kann er zwar den förmlichen Angrif geruhig abwarten, aber die ganze billige und unparteyische Welt wird erkennen, daß es der Wienerische Hof ist, welcher die Agression gemacht hat, und daß, wenn Se. Königl. Majestät von Preußen ihn mit den Waffen angreifen, Sie nichts anders thun, als daß Sie suchen, die so sehr verletzte Verfaßung und Freyheit des teutschen Reichs zu vertheidigen.

theidigen und den Reichsfürsten, Ihren Freunden, welchen offenbare Gewalt und Unrecht geschiehet, nach Vermögen beyzustehen, und Ihnen zu Erhaltung ihres Erbeigenthums und ihrer gerechten Forderungen zu verhelfen. Seine Königl. Maj. haben hiebey keine Absicht von besonderem Interesse, als das von Ihrer Sicherheit und der Erhaltung des Reichssystems, und Sie glauben durch Ihr Betragen in dieser ganzen Sache, und besonders in der vorgewesenen Unterhandlung genugsam gezeigt zu haben, daß Sie jederzeit die reinste Absicht gehabt, daß Sie auf kein eigenes Ihnen so deutlich angebotenes Interesse gesehen, sondern sich vielmehr für das gemeine Beste für den Riß gestellet, und der Gefahr des Krieges mit einem übermächtigen Hause ausgesetzet.

Se. Königl. Majestät von Preußen haben Ihren hohen Mitständen des Teutschen Reichs den ganzen Vorgang in der Bayerischen Succeßionsangelegenheit durch diese Erklärung und was derselben beygefüget ist, öffentlich ohne Rückhalt zu gefälliger Beurtheilung und Entschliessung vorlegen wollen. Sie hoffen, Hochdieselben dadurch überzeugt zu haben, daß Sie in Ihrer Stellung als König von Preußen und Churfürst zu Brandenburg nicht anders haben verfahren können, als Sie gethan haben; daß Sie mit Billigkeit, Mäßigung und ohne Eigennutz sich betragen; daß Sie für die äußerst verletzte Rechte so vieler angesehener Reichsfürsten, und in der Folge für die Sicherheit und Erhaltung des Teutschen Reichs und dessen ganzen Systems, sich der Sache mit solchem Nachdruck annehmen und für die allgemeine Freyheit und Sicherheit streiten; Sie glauben also nicht allein den Beyfall, sondern auch die Unterstützung aller patriotisch gesinnten Mitstände des Reichs zu verdienen und erwarten zu können. Solchemnach ersuchen Se. Königl. Maj. alle Ihre hohe Mitstände des Teutschen Reichs, diese, Ihre eigene Wohlfahrt und Sicherheit so sehr intereßirende Sache, ernstlich zu beherzigen, zuförderst auf der Reichsversammlung Ihre Meynung darüber zu eröfnen, und sobald als möglich sowohl des Römischen Kaysers als der Kayserin-Königin Maj. die nachdrücklichsten Vorstellungen, damit die Bayerische Succeßion in ihren vorigen, den Rechten gemäßen Stand wieder gesetzet, und zu rechtmäßiger Regulirung eingeleitet werde, zu thun, und da nach dem bisherigen Vorgang nicht viele Würkung davon zu hoffen ist, sich mit Sr. Königl. Majestät zu vereinigen, daß man gemeinschaftlich die Maaßregeln ergreife, welche die Rechte der Natur und der Reichs-Societät an die Hand geben, um die unrechtmäßige Zertrennung der Bayerischen Succeßion zu verhindern, den wahren und natürlichen Erben zu ihrer rechtmäßigen Erbschaft zu verhelfen, und dadurch die allgemeine Freyheit und Sicherheit, so wie auch die Erhaltung des Reichs-Systems gegen die ihm androhende große Uebermacht und Gewalt außer Gefahr zu setzen, zu welchem Ende den hohen Mitständen anheim gestellet wird, ob Sie nicht gut finden, den Beystand der beyden hohen Mächte, welche den Westphälischen Frieden und die ganze Reichsverfaßung garantiret haben, wie auch anderer ansehnlichen Mächte, welche an der Erhaltung des teutschen Reichs so vielen Antheil nehmen müssen, mit Sr. Königlichen Majestät gemeinschaftlich zu reklamiren und nachzusuchen.

Beyla-

Beylagen und Beweis-Schriften. *)

No. 1.

Note du Prince de Kaunitz addressée au Baron de Riedesel, le 20. Janv. 1778.

Mr. l'Electeur de Bavière dernier de Sa Maison & ligne Wilhelmine étant décédé sur la fin de l'année derniére sans héritiers mâles, S. A. S. Elect. Palatine à titre de Descendant du premier Acquereur a jugé ne point devoir différer, de faire les Démarches qui Lui ont parû analogues à Ses Prétentions à la Succession Bavaroise.

La Cour de Vienne de son coté n'a pas hésite à Lui communiquer sans reserve les droits incontestables, qui Lui sont échûs sur partie de cette Succession.

1°. Du Chef ou Droit de Reversion des fiefs de la Couronne de Bohème dont avoient été investis les mâles de la Ligne Wilhelmine de Bavière;

2°. Du Chef de l'Expectative sur le Comté de Mindelheim en Suabe, accordée à la Maison d'Autriche par l'Empereur Mathias l'an 1614, & confirmée par les Empereurs ses Successeurs; & enfin

3°. Du Chef de l'Investiture effective donnée par l'Empereur Sigismond à la Maison d'Autriche sur quelques districts de la Bavière.

S. A. S. Elect. Palatine ayant reconnû le fondement & la validité des susdits droits de la Maison d'Autriche, on a jugé devoir donner les mains à un Arrangement amical avec ce Prince, & on a stipulé l'aveu & la connoissance préalable de ces Droits susdits de la Maison d'Autriche.

Mais comme il avint, que pendant le Cours de cette Négociation S. A. S. El. Palatine prit possession de tous les Etats de la Succession Bavaroise sans distinction par les Patentes, qu'elle fit publier pour cet éffét, & que par cette Démarche on se vit dans les cas, de devoir supposer, qu'Elle se proposait de mettre obstacle ou empéchement aux Droits de la Maison d'Autriche, on jugea, qu'il était nécessaire, de prendre des précautions, & de mettre en marche pour cet éffét vers la Bavière le corps de Trouppes, que l'on trouva être suffisantes.

Peu après cependant tout mésentendû ayant été levé, & un Arrangement amical avec S. A. S. El. Palatine s'en étant ensuivi, on revoqua incessamment l'ordre de marche donné à plusieurs Corps des Trouppes, & on n'en a fait passer en Bavière que le nombre nécessaire à la prise de possession convenuë avec sa dite A. S. Electorale.

On a l'honneur d'informer Mr. le Baron de Riedesel, Envoyé extraordinaire & Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi de Prusse de tout ce que ci dessus, afin qu'il ait une connaissance exacte de ce qui s'est passé jusqu'à présent sur cet objet, & il est requis de vouloir bien en faire part à Sa Cour. à Vienne le 20. Janvier 1778.

KAUNITZ RIETBERG.

*) Man hat die in der französischen Sprache geschriebene Beylagen so gelaßen, weil diese Sprache fast durchgehends verstanden wird, eine Uebersetzung auch die Urschrift nicht leicht vollkommen ausdrückt.

No. 2.

Note du Baron de Riedesel à Mr. le Prince de Kaunitz, remise le 7. Fevrier 1778.

Le Soussigné n'a pas differé d'envoyer au Roi son Maitre la Note, que Mr. le Prince de Kaunitz lui a fait remettre le 20. Janvier, au sujet de la Succession de la Bavière. Il vient d'être chargé, de témoigner à Mr. le Chancelier de la Cour, que S. M. a reçû avec une reconnoissance parfaite cette communication amicale de S. M. l'Impératrice-Reine, & la regarde comme une nouvelle marque de son amitié & de sa confiance. Par un juste retour de ces mêmes sentimens, S. M. croit devoir s'ouvrir envers S. M. l'Imperatrice-Reine avec la même franchise, & lui faire part de quelque doutes & reflexions, qui n'ont pû que se présenter à son esprit à la premiere lecture de la Note susdite & des trois declarations, que LL. MM. II. ont fait publier à la Diette de Ratisbonne.

On a de la peine à concevoir, comment la Couronne de Bohême puisse regarder comme des fiefs devolus à elles des districts, qui sont des parties integrantes du Haut-Palatinat, dont le retour a été expressement & sans exception quelconque assuré par la paix de Westphalie à la ligne Palatine au défaut de celle de Bavière; comment une Expectative Imperiale donnée sans le consentement de l'Empire, puisse demembrer un grand Duché & Electorat appartenant à toutes les branches de la maison Palatine, & chargé d'un Fideicommis inaliénable par le Traité de Pavie, ainsi que de l'indivisibilité par l'Article 25. de la Bulle d'or; comment S. A. S. l'Electeur Palatin puisse transiger sur des objets pareils & céder à une maison étragère une partie si importante de l'ancien Patrimoine de sa maison au préjudice des Branches Palatines collaterales & des héritiers allodiaux.

Il paroitroit aussi difficile, de concilier avec les Constitutions & le Systême de l'Empire, si LL. MM. II. vouloient ainsi par une transaction particuliere disposer d'un des plus anciens & des plus grands Electorats & le demembrer si considérablement sans voye judiciaire & sans y faire intervenir ni l'Empire, ni les parties interessées & qu'Elles ayent commencé par le faire occuper par un Corps considérable de Trouppes.

Comme on vient d'apprendre aussi, que S. M. l'Empereur a fait saisir les appartenances de la Bavière, qu'on regarde comme des fiefs de l'Empire vacants, on espère, que l'intention de S. M. ne sera pas de continuer à occuper ces fiefs par des Trouppes de sa maison, ni d'en disposer autrement qu'avec la concurrence des Electeurs & des Princes de l'Empire, conformement à l'article XI. de sa Capitulation, & en faisant droit à chacun d'une maniere conforme aux Constitutions.

Le Roi ne sauroit être tout à fait indifférent dans une conjoncture si critique, & à la vuë de tant d'arrangement, qui par leurs suites pourroient renverser la Constitution des premiers Electorats & de toute la Balance du pouvoir dans l'Empire. S. M. croit y être interessée en qualité d'Electeur & membre de l'Empire & en cel-

le

le de partie contractante & de garant de la paix de Westphalie & de toutes les Constitutions de l'Empire, qui ont été expressement confirmées par l'article 19. de la paix de Hubertsbourg. Elle se flatte, que LL. MM. II. n'attribueront ces ouvertures franches & cordiales qu'au désir sincère, dont elle est animée, de s'entendre amicalement avec Elle sur un objet si interessant. S. M. se promet plûtôt de la grandeur d'ame, de la justice & de l'amitié de LL. MM. II. qu'Elles voudront se prêter à des explications ulterieures, amicales & confidentes, pour trouver des moyens d'arranger cette Succession importante de la maison de Bavière d'une maniere conforme aux justes droits des différentes parties intéressées & aux Constitutions du Corps Germanique, & propre à assurer le contentement & la tranquillité de tout l'Empire. à Vienne le 7. Février 1778.

RIEDESEL.

No. 3.

Note du Prince de Kaunitz au Baron de Riedesel, du 16. Fevr. 1778.

Sa Majesté l'Impératrice-Reine a été peinée de voir par le contenu de la Note, qu'a présentée au Prince de Kaunitz-Rietberg le Baron de Riedesel le 7. de ce mois, que la chose du monde la plus simple devoit avoir été exposée à S. M. Prussienne comme très-compliquée & susceptible de nombre de difficultés. Mais S. M. a été bien aise néanmoins, de voir en même tems, qu'il en a resulté, que S. M. Prussienne a jugé devoir s'adresser à Elle avec confiance, & qu'Elle a crû pouvoir se promettre de son amitié les éclaircissemens nécessaires sur quelques doutes, qui s'étoient présentés à son esprit à ce sujet, & qui pourroient altérer en effet la bonne intelligence, qui se trouve jusqu'ici heureusement établie entre les deux Cours, s'ils étoient aussi fondés qu'ils sont odieux.

S. M. croit ne devoir attribuer cette démarche de S. M. Prussienne qu'à la louable intention de prévenir par des explications amicales toute mesintelligence possible entre les deux Cours, & comme ses intentions sont parfaitement d'accord à cet égard avec celles de S. M. Prussienne, Elle se prête bien volontiers à repondre à la franchise, avec laquelle Elle s'est expliquée vis-à-vis d'Elle par une franchise réciproque; & pour cet effet Elle lui exposera tout naturellement non seulement la suite de faits, mais même les principes par lesquels ils ont été déterminés.

S. M. a crû pouvoir regarder comme chose incontestable, que sans la plus grande injustice personne ne peut trouver mauvais, qu'une Puissance quelconque cherche à faire valoir des droits, qu'elle croit être des mieux fondés.

D'après la Constitution fondamentale de l'Empire Germanique S. M. ne connoit que deux façons légales de faire valoir ses droits, c'est à dire, une transaction avec la partie intéressée, ou une décision solemnelle de l'Empereur & de tout l'Empire.

S. M. croit, que l'on ne peut contester à aucun Etat de l'Empire la faculté de s'accommoder avec un autre de ses Co-Etats sur des prétentions réciproques,

 dès

dès que l'accommodement ne blesse ni le droit d'un tiers, qui y est duëment intéressé, ni ceux de l'Empereur & de l'Empire en corps.

Et S. M. croit enfin, que ce droit incontestable competant à tout Etat de l'Empire seroit nul, si chacun de ses Co-Etats en particulier étoit autorisé à pouvoir mettre obstacle à la validité des transactions, dont l'objet lui est tout-à fait étranger.

C'est en conformité de ces principes, que S. M. croit sans replique, qu'au sujet de la Succession Bavaroise Elle s'est adressée à Mr. l'Electeur Palatin, qui en est le seul & incontestable héritier principal. Elle n'a pas hésité à mettre sous ses yeux il y a longtems dans le plus grand détail & sans aucune reserve, ses prétentions & les preuves légales sur lesquelles elles sont fondées.

S. A. E. les a examiné à loisir, Elle en a reconnu la validité & on a déterminé d'après cela de gré à gré par une Convention solemnelle les parties de cette Succession, dont l'une & l'autre des deux Cours auroit à se mettre dans la possession, dans laquelle elles se trouvent actuellement en conséquence.

Après que S. M. a donc justifié moyennant cela ses prétentions vis-à-vis de celui, qui seul eût été en droit de les contester, & que son libre consentement a mis le sceau à tout ce qui a été fait en conséquence, il semble qu'à cet égard il ne peut plus exister de contradicteur légitime, & que ce que l'on vient de dire, pourroit suffire. Mais S. M. pour répondre à la confiance, avec laquelle S. M. Prussienne lui a fait communiquer ses doutes & ses réflexions sur cet objet, croit devoir y ajouter cependant encore amiablement les éclaircissemens, dont ces doutes & ces réflexions lui ont paru susceptibles. Il est dit dans la Note présentée par le Baron de Riedesel:

1°. On a de la peine à concevoir, comment la Couronne de Bohème puisse regarder comme des fiefs dévolus à elle des districts, qui font des parties intégrantes du Haut-Palatinat, & dont le retour a été expressément assuré par la paix de Westphalie à la ligne Palatine au défaut de celle de Bavière.

Rien cependant ne paroît être plus aisé à concevoir dès le moment que l'on n'établit pas pour base du raisonnement la proposition erronnée: que les fiefs de la Couronne de Bohème font des parties intégrantes du Haut-Palatinat, proposition manifestement contraire à la nature de la chose & à l'histoire de tous les tems.

Les fiefs dans le Haut-Palatinat relevants de la Bohème, sont des biens, que cette Couronne a achetés argent comptant l'année 1353.

Ces fiefs elle les a conferés aux Comtes Palatins du Rhin en 1465.

L'Empereur Ferdinand I. comme Roi de Bohème en a donné l'Investiture solemnelle en 1559, & cette Investiture a été continuée du depuis *de casu ad casum*. On a peine à concévoir par conséquent, comment on peut envisager les fiefs en question comme *des parties intégrantes* du Haut-Palatinat, la paix de Westphalie d'ailleurs n'ayant jamais eu ni le droit, ni la volonté d'enlever à la Couronne de Bohème celui qu'elle a toujours eu incontestablement sur les fiefs en question.

L'Em-

L'Empereur Ferdinand II. lorſqu'il remit le Haut-Palatinat à la Maiſon de Baviere en 1628, ne lui remit pas en même tems les fiefs de la Bohème.

Il n'en accorda l'Inveſtiture qu'en 1631. à la réquiſition particuliere du nouvel Electeur.

Et l'année 1706 à l'occaſion de la condemnation au Ban de l'Empire de l'Electeur de Bavière, la Maiſon Electorale Palatine n'a point été inveſtie des dits fiefs comme d'appartenances du Haut-Palatinat, mais par un Acte poſterieur & ſeparé. Il eſt dit

2°. Dans la Note en queſtion: on a de la peine à concevoir, comment une Expectative Impériale donnée ſans le conſentement de l'Empire puiſſe demembrer un grand Duché & Electorat appartenant à toutes les branches de la Maiſon Palatine & chargé d'un Fideicommis inaliénable par le Traité de Pavie, ainſi que de l'indiviſibilité par l'article 25. de la Bulle d'or.

Rien ne ſera également plus facile à comprendre dès que l'on voudra bien ne pas perdre de vuë les trois vérités ſuivantes également inconteſtables: Du regne de l'Empereur Sigiſmond le pouvoir de l'Empereur n'étoit pas encore borné par une capitulation. Le conſentement de l'Empire ne lui étoit donc nullement néceſſaire pour être autoriſé à donner à la maiſon d'Autriche, ainſi qu'il a fait, non pas une Expectative ſeulement, mais l'inveſtiture effective, qu'elle en a obtenuë. Ce même Empereur Sigismond ſans aucune déciſion de l'Empire tranſmit la Marche & l'Electorat de Brandebourg au Bourggrave Frédéric de Nuremberg, & il ſemble par conſéquent, que s'il a été en droit de pouvoir faire l'un, il ne peut pas avoir été moins autoriſé à faire l'autre.

La Bavière n'a jamais été un Electorat, non plus qu'un Duché indiviſible. Tant avant qu'après le tems de l'Empereur Sigismond la Maiſon de Bavière a partagé ſes Etats, la Bavière a été partagée entre pluſieurs des lignes de cette Maiſon, elles ont même exercé des voix différentes à la Diette de l'Empire & ce n'eſt qu'en 1588. que la Primogéniture y a été établie.

Dans le Traité de Pavie, ſur lequel en gros il y auroit bien des choſes à dire, jamais on n'y a établi un Fideicommis inaliénable; & la Bulle d'or ne paroît également pas pouvoir trouver ici ſon application, attendu qu'il n'eſt pas queſtion d'un Electorat dans cette occaſion, & que les partages réiterés des Etats de Bavière ſont notoires.

Il eſt dit enfin encore dans la Note du Baron de Riedeſel: on a de la peine à concevoir, comment S. A. S. E. Palatine puiſſe tranſiger ſur des objets pareils, & céder à une Maiſon étrangere une partie ſi importante de l'ancien Patrimoine de la Maiſon au préjudice des branches Palatines Collaterales & des héritiers allodiaux. Il paroîtroit auſſi difficile de concilier avec les conſtitutions & le Syſtême de l'Empire, ſi LL. MM. II. vouloient ainſi par une tranſaction particuliere diſpoſer d'un des plus grands & des plus anciens Electorats, & le démembrer ſi conſidérablement ſans voye judiciaire & ſans y faire intervenir, ni l'Empire, ni les parties intéreſſées, & qu'Elles ayent commencé par le faire occuper par une puiſſante Armée.

La ſuppoſition principale, ſur laquelle ſont fondés tous les doutes énoncés dans cette période, eſt en effet incompréhenſible, attendu qu'il ne s'enſuivroit pas moins que la propoſition inſoutenable: qu'aucun Etat de l'Empire n'eſt en droit de s'accommoder avec un autre de ſes Co-Etats ſur des prétentions réciproques.

Il n'eſt pas vraiſemblable en tout cas, qu'aucun d'eux ſoit diſpoſé à ſouscrire à pareille déciſion, & juſqu'à préſent au moins perſonne n'ayant revoqué en doute ce droit commun à tous les Etats de l'Empire, il ſemble qu'il n'appartient qu'aux parties intéreſſées de juger & de décider entr'elles des queſtions dont peuvent être ſuſceptibles les transactions, qu'elles ont jugé à propos de faire entr'elles, ſans qu'il puiſſe s'agir en pareilles occurrences ni de voye judiciaire, ni d'intervention de l'Empire, & encore beaucoup moins de la déciſion d'un tiers à cet égard.

Il reſte moyennant cela à obſerver ſeulement encore quant au fait, que ce qui a été repandu de la priſe de poſſeſſion de S. M. par une puiſſante armée, n'eſt nullement exact; que cette priſe de poſſeſſion n'a point précedé un arrangement amiable avec Mr. l'Electeur Palatin, & qu'elle n'a eu lieu au contraire qu'après la convention ſignée & ratifiée par Mr. l'Electeur, comme une conſéquence néceſſaire de ce dont on étoit convenu avec lui, moyennant quoi il ſemble, qu'il peut y avoir d'autant moins à dire ſur ce fait, qu'il eſt notoirement bien des exemples de poſſeſſion priſe à titre d'un moyen de revendication, que l'on a jugé néceſſaire pour mettre ſes droits à couvert avant même de faire connoître ſes prétentions.

Et pour ce qui eſt enfin de la poſſeſſion, que S. M. l'Empereur a fait prendre des fiefs devolus à l'Empire non par des Trouppes Autrichiennes, mais en qualité des Trouppes de l'Empereur & de Cercle, S. M. rend juſtice à la façon de penſer de S. M. I. en témoignant qu'elle eſpere, que l'intention de S. M. I. ne ſera pas de diſpoſer de ces fiefs autrement qu'avec le concours des Electeurs & Princes de l'Empire conformement à l'Article XI. de ſa Capitulation, & en faiſant droit à chacun d'une manière conforme aux Conſtitutions.

S. M. l'Impératrice ſouhaite que les obſervations & éclairciſſemens contenus dans cette Note puiſſent produire tout l'effet de leur deſtination & contribuer par là au maintien déſirable de la bonne intelligence, qui ſubſiſte heureuſement entre les deux Cours. S. M. ſuppoſe les mêmes vœux & les mêmes intentions à la Cour de Berlin & dans le cas d'un juſte réciprocité des ſentimens & de procedés, S. M. Pruſſienne peut compter conjointement avec S. M. l'Empereur, S. M. l'Impératrice ſera toujours diſpoſée à s'entendre amiablement avec Elle dans les occurrences, & qu'Elle ſe fera de même toujours un vrai plaiſir des preuves réelles d'amitié & de bonne volonté que des circonſtances ou des événemens pourroient la mettre dans le cas de pouvoir lui donner.

à Vienne le 16. Février 1778.

(Signé.) *PR. DE KAUNITZ RIETBERG.*

No. 4.

Nr. 4.

Note du Baron de Riedesel au Prince de Kaunitz. Du 9. de Mars 1778.

Sa Majesté le Roi de Prusse a reçu avec la plus parfaite reconnoissance des éclaircissemens, que Sa Majesté l'Imperatrice-Reine a bien voulu Lui donner sur ses prétentions à la Succession de Bavière par la Note que le Prince de Kaunitz-Rietberg a remise au Baron de Riedesel le 16. Fevrier. Sa Majesté y a vu sourtout avec plaisir, que Sa Majesté Impériale & Royale Lui a rendu la Justice de n'attribuer les doutes, que Sa Majesté Prussienne Lui a fait connoître sur cet objet par la premiere Note du 7. Fevrier, qu'à l'intention de prévenir par des explications amicales tout mésintelligence possible entre les deux Cours. Il n'y a eu en effet d'autre but dans cette premiere démarche, & ce n'est aussi par aucun autre motif, que S. M. le Roi de Prusse se trouve engagée à revenir encore une fois à ces explications pour exposer à Sa Majesté l'Impératrice-Reine les raisons, par lesquelles Elle croit, que la Note du 16. Fevrier, loin de lever ses premieres doutes, n'a fait que les fortifier & les convertir même en réalités.

La transaction, que Mr. l'Electeur Palatin vient de passer avec Sa Majesté l'Impératrice-Reine, n'est qu'un accessoire, dont la validité dépend uniquement de la nature originaire & primitive des prétentions de Sa dite Majesté Impériale & Royale sur la Succession de Bavière. Ces prétentions ont été annoncées dans la Note circulaire communiquée aux Ministres étrangers & dans les patentes publiées en Bavière, comme affectant 1°. quelques *districts de la Bavière* du Chef de l'Investiture donnée l'an 1426. par l'Empereur Sigismoud à la maison d'Autriche; 2°. *les fiefs* de la Couronne de *Bohème* situés dans le Haut-Palatinat & reversibles à cette Couronne; 3°. *la Succession allodiale* du defunt Electeur de Bavière, doit selon une reponse donnée à Mr. l'Electeur de Saxe, former encore un objet, auquel S. M. l'Impératrice-Reine prétend concourir avec Madame l'Electrice douairiere de Saxe, sous le titre de *regredience*, comme descendante de l'Empereur Ferdinand II. & de son Epouse Marie Anne, fille de Guillaume V. Duc de Baviere.

La premiere prétention est la plus importante & si essentielle, que de sa décision dépend tout le reste. Cette décision paroit resulter tout simplement de l'Ordre de la Succession de Ducs de Bavière, & d'un petit nombre de faits, qui y sont rélatifs, & qu'on ne sauroit s'empecher d'alléguer.

Otton, Comte Palatin de Wittelspach reçut le Duché de Bavière comme un fief masculin de l'Empire en 1180. de l'Empereur Frederic I. après la proscription de Henri le Lion Duc de Saxe & de Bavière. Son petits-fils Otton *l'Illustre* joignit à la Bavière le Palatinat du Rhin, lesquels deux païs furent aussi possedés par son fils Louis le Sevère. Les deux fils de Louis le Sevère, Rodolphe & Louis, devenu ensuite Empereur, partagerent les Etats de leur pere en 1310. & ce partage fut renouvellé par la fameuse convention concluë l'an 1329. à Pavie, selon laquelle l'Empereur Louis garda la Haute-Bavière, & les fils de Rodolphe eurent le

Palatinat inferieur ou celui du Rhin & le Haut-Palatinat. Ils s'assurerent en même tems une assistance mutuelle & *la Succession réciproque à la dignité Electorale, & dans tous leurs Etats, en se promettant, de n'en jamais rien céder, ni vendre, ni aliéner autrement;* stipulations, par lesquelles ils ont en effet chargé toute la Bavière & les deux Palatinats d'un Fideicommis inaliénable & inséparable, s'il en fut jamais, malgré qu'on le veuille revoquer en doute dans la Note du 16. Fevrier. Cette Convention de Pavie, émanée d'un Empereur même, & confirmée tout de suite par le consentement des Electeurs, a toujours servi de base dans les pactes de famille, que les deux branches ont renouvellés de tems à autre, & nommement en 1425. 1524. 1724. 1746. & 1766. Elle affecte par consequent dans ses stipulations non seulement la *Haute*-mais aussi la *Basse-Bavière*, que l'Empereur Louis réunit en 1340. à sa ligne, & c'est une Sanction Pragmatique, & loi fondamentale de cette famille commune, à laquelle aucune de ses branches ne sauroit deroger, non plus que l'Empereur même. La Convention de Pavie n'est d'ailleurs qu'une suite du Système féodal & général d'Allemagne, selon le quel des fiefs masculins, qui sont acquis à deux branches d'une maison par un pere & acquereur commun, ne sauroient en sortir, ni par les femmes, ni par la disposition d'un Empereur aussi long-tems, qu'il existe encore quelque mâle de cette maison. Aussi les differentes branches des Ducs de Bavière, qui se sont autrefois partagées à l'infini, se sont-elles toujours succedées d'après ces principes l'une à l'extinction de l'autre jusqu'à la mort du dernier Electeur. Ces frequents partages, qu'on réleve dans la Note du 16. Fevrier, ont été faits dans la maison de Bavière même, & ne sauroient autoriser une séparation & aliénation en faveur d'une maison étrangere.

On assure à la vérité, que la ligne des Ducs de la Basse-Bavière, qu'on nomme aussi celle de Straubing & de Hollande, qui descendoit d'Albert fils de l'Empereur Louis, étant venuë à s'éteindre en 1424. par la mort du dernier Duc Jean, & les 4. Ducs de la Haute-Bavière se faisant la guerre pour cette Succession, l'Empereur Sigismond doit avoir donné à son gendre Albert Duc d'Autriche, dont la mere étoit Sœur du Duc Jean de Bavière, une Investiture effective de la Basse-Bavière; mais l'Empereur ne pouvoit de droit ni confisquer au Domaine de l'Empire, ni donner à une maison étrangere un fief masculin, comme la Basse-Bavière, pendant l'existance des lignes collaterales de la maison de Bavière, & ce principe prévalut aussi tellement, que l'Empereur Sigismond prononça en 1429. dans une Assemblée de Paris ou d'Arbitres, convoqués à Presbourg, une sentence définitive, qui existe en son entier, par laquelle il adjugea toute la Basse-Bavière aux quatre Ducs de la Haute-Bavière sans faire aucune attention à la prétention de la maison d'Autriche, qui y a aussi toujours acquiescé. On a donc de la peine à concevoir, comment la Cour de Vienne puisse après 350. ans, & pendant, que la maison de Bavière subsiste encore dans les trois branches Palatines, reclamer l'effet d'une Investiture surannée, qui n'a encore jamais été produite, qui de son aveu a été donnée sans le consentement de l'Empire, également usité & né-

cessaire

cessaire même avant les Capitulations, qui dans son origine étoit toujours contraire au Systême féodal & aux pactes & droits incontestables de la maison de Bavière, qui après tout a été même revoquée & anéantie par une Sentence posterieure & formellement prononcée avec connoissance de cause par le même Empereur, qui doit lui avoir donné la dite investiture, & laquelle, si elle avoit jamais eu quelque valeur, l'auroit perdüe, après que les descendans masculins du Duc Albert d'Autriche, auquel elle a été donnée, sont venus à manquer dans la personne de l'Empereur Charles VI. On ne sauroit se dispenser de contredire ici à ce qui est avancé par comparaison, mais gratuitement, dans la Note du 16. Fevrier, que l'Empereur Sigismond avoit pû donner l'Investiture de la Bavière sans l'aveu de l'Empire, comme il avoit sans aucune décision de l'Empire transmis l'Electorat de Brandebourg à Fréderic Bourggrave de Nuremberg. On peut prouver tout au contraire par le Diplome original de Sigismond daté au Concile de Constance de 1415. & par les lettres de consentement de tous les Electeurs, que cette translation de l'Electorat de Brandebourg s'est faite pour une Somme très equivalente avec le consentement de tous les Electeurs & des Princes de l'Empire, & que Sigismond ne s'en est reservé le rachat, que pour lui, son frere Wenceslas & ses descendans mâles; condition, qui est venuë à s'éteindre avec ces deux Princes, qui sont morts sans descendans mâles. C'est une seconde observation, qu'on est obligé de faire ici, pour ne pas passer sous silence un principe erroné, qui a été adopté dans un mémoire particulier, mais auquel on s'abstient d'ailleurs de répondre, pour suivre le louable exemple de la Cour de Vienne, de ne pas meler à la présente discussion d'autres objets qui y sont étrangers.

La seconde prétention concerne *les fiefs de la Couronne de Bohême dans le Haut-Palatinat,* que Sa Majesté l'Impératrice-Reine regarde comme reversibles à sa Couronne après l'extinction de la ligne Guillelmine, & sur lesquels la Note du 16. Fevrier a donnée pour éclaircissement: Que c'étoient des biens, que la Couronne de Bohême avoit achetés & avoit ensuite donnés en fiefs aux Comtes Palatins; qu'ils ne faisoient pas parties intégrantes du Haut-Palatinat; que la paix de Westphalie n'avoit ni pû ni voulû les enlever aux Rois de Bohême, & que ceux-ci en avoient donné une Investiture particuliere au Duc de Bavière en 1631. & à l'Electeur Palatin en 1708. Tous ces argumens, qui ne prouvent pas même la thése, perdent leur force, quand on considere les circonstances suivantes.

Les territoires, qui sont ensuite devenus des fiefs de Bohême, ont de tout tems incontestablement appartenû à l'ancien patrimoine de la maison de Wittelspach; ils sont expressement nommés dans le Traité de Pavie de 1329. & ont été chargés par-là du Fideicommis perpétuel & inaliénable établi par ce Traité, comme dans le partage ils ont été assignés avec le Haut-Palatinat à la ligne Palatine, laquelle a ensuite seule emporté l'Electorat Palatin; ils sont ainsi que le Haut-Palatinat même devenus une partie intégrante de l'Electorat Palatin, & ont acquis par-là la qualité d'indémembrales & d'inséparables, dont la Bulle d'or faite en 1356. a chargé cet Electorat. Si la Couronne de Bohême a ensuite acquis des droits sur

ces

ces territoires, ils ne consistent que dans *la féodalité ou le Domaine direct, la Substance* en est toujours restée à la maison Palatine, & la Couronne de Bohème est obligée de conferer ces fiefs à tous les descendans de la maison Palatine aussi longtems qu'il an existe. La Proscription de l'Electeur Frederic V., la vente du Haut-Palatinat faite en 1628. au Duc de Bavière, & les Investitures particulieres données en 1631. & 1708. transactions toutes momentanées & non permanentes, & même la paix de Westphalie n'ont rien changé à cette obligation. La maison Palatine n'a perdu par-la que la possession de ces fiefs pendant l'existence de la ligne Guillelmine. Comme selon la teneur expresse de l'article IV. du Traité de Westphalie tout le Haut-Palatinat doit après l'extinction de la ligne Guillelmine retourner à la ligne Rodolphine, sans que l'Empereur Ferdinand III. Roi de Bohème, Contractant principal de la paix de Westphalie, y ait fait la moindre exception, il doit naturellement rétomber à la ligne Palatine, tel qu'il a été possedé par la ligne Guillelmine & auparavant par elle-même, par conséquent avec les fiefs de Bohème, qui, à ce qui a été prouvé ci-dessus, font une partie intégrante du Haut-Palatinat, de l'Electorat Palatin, & de l'ancien patrimoine de la maison Palatine. Sa Majesté l'Impératrice-Reine de Bohème comme Descendante de Ferdinand III. ne sauroit donc consolider ces fiefs, ni les contester à la maison Palatine, à laquelle l'Investiture simultanée a déjà été assurée d'avance par les termes exprès du susdit article de la paix de Westphalie.

La troisieme prétention par laquelle S. M. l'Impératrice-Reine veut concourir en commun avec Madame l'Electrice douairiere de Saxe à l'héritage de l'alleu de Bavière sous le titre de *regrédience*, comme descendante d'une Princesse de Bavière paroit directement contraire à l'usage constant de la maison de Bavière & de toute l'Allemagne, qui assure toute succession allodiale exclusivement à la plus proche heritiere & parente du dernier possesseur. Si l'on vouloit adopter un principe opposé à celui-ci, toutes les maisons qui descendent de celle de Bavière par des Princesses, comme celle de France, de Wurtemberg &c. pourroient également exercer ce droit de *regrédience* & S. M. l'Impératrice-Reine n'auroit pas pû exclure de la Succession allodiale de la maison d'Autriche les maisons de Bavière & de Saxe, qui descendent des Princesses filles de l'Empereur Joseph I.

Après tout ce qu'on vient de déduire avec évidence, il paroît qu'aucune des prétentions annoncées de la part de S. M. l'Impératrice-Reine ne sauroit subsister dans la plus petite partie. Si Mr. l'Electeur Palatin les a reconnuës par une transaction particuliere, elles n'ont pas acquis par-là un plus grand dégré de solidité, qu'elles n'ont eu auparavant. On peut laisser indécis, si ce Prince y a été porté volontairement, quoique le contraire paroisse résulter de plusieurs circonstances & surtout de celle, que Mr. l'Electeur Palatin a pris possession de toute la Bavière, selon sa premiere patente, & que S. M. l'Impératrice-Reine annonce Elle-même dans la Note circulaire du 20. Janvier d'avoir été engagée par cette démarche, à faire marcher un corps de Troupes suffisant vers la Bavière, ce qui a produit ensuite la transaction par laquelle Mr. l'Electeur Palatin doit avoir reconnû les prétentions de la Maison

ſon d'Autriche. De quelque façon que ce Prince l'ait fait, il n'a pas pû le faire d'une maniere valable & obligatoire, ni pour ſa vie, ni pour le tems à venir & pour le reſte de la Famille Palatine. Il n'a pas pû ſeul & de ſon chef démembrer & céder la moitié du Duché de Bavière, chargé d'un Fideicommis perpétuel par tous les pactes de la Maiſon, ni une grande partie du Haut-Palatinat, reverſible uniquement par la paix de Weſtphalie à la Maiſon Palatine, appartenant à l'Electorat Palatin, & affecté par-là de la qualité d'*indémembrable* des Electorats. Une pareille Ceſſion, laquelle peu valable dans ſon origine & dans ſes titres, & encore moins proportionnée avec les prétentions mêmes de S. M. Impériale & Royale emporteroit pourtant la plus grande partie de fief & de l'alleu de la Bavière, n'a pû être faite au préjudice & ſans le conſentement de tous les Princes de la Maiſon Palatine, des Héritiers allodiaux & de l'Empire même. Les droits du tiers ou de toutes ces parties ſont trop intéreſſés dans le cas préſent, pour que les principes généraux, qu'on a fait valoir dans le commencement & la fin de la Note du 16. Février ſur la faculté que S. M. l'Impératrice avoit euë de tranſiger avec Mr. l'Electeur Palatin ſans aucune intervention étrangere, puiſſent y être appliqués & en faſſent l'inverſion. Non ſeulement les Princes Palatins, les Héritiers allodiaux & d'autres Princes qui ont des prétentions ſur quelques parties de la Succeſſion Bavaroiſe ont les plus fortes raiſons de reclamer contre un arrangement, qui renverſe tous leurs droits & leurs juſtes prétentions, mais auſſi tous les Etats & Membres de l'Empire, ainſi que toutes les Puiſſances qui prennent quelque part à ſa conſervation, ont autant de droit que d'intérêt, d'intervenir dans une circonſtance, où il ne s'agit pas de moins que de démembrer deux des plus grands Electorats, ſans titres & d'une maniere, qui ne pourroit qu'affecter toute la balance du pouvoir dans l'Empire, & par ſes ſuites toute la ſûreté du Corps Germanique.

Sa Majeſté le Roi de Pruſſe croit ne pas bleſſer la delicateſſe de Leurs Majeſtés Impériales, en Leur réiterant ſes répréſentations & en reclamant de nouveau Leur juſtice & Leur modération dans une occaſion ſi importante. Elle Les prie inſtamment de remettre les choſes dans l'Etat où elles ont été à la mort du dernier Electeur de Bavière, & de ſe prêter a des voyes de négociation, par lesquelles on puiſſe arranger la ſucceſſion de Bavière d'une maniere propre à conſerver l'équilibre de l'Empire, ainſi que ſes conſtitutions & la paix de Weſtphalie, & à aſſurer les droits & les intérêts de Mr. l'Electeur de Saxe, de Mrs. les Princes Palatins, de Mrs. les Ducs de Mecklenbourg, & de tout autre qui pourroit avoir part à cette Succeſſion. Sa Majeſté proteſte de la maniere la plus forte, qu'Elle ne ſe porte à cette nouvelle démarche que par la néceſſité des circonſtances & par le déſir ſincere, dont Elle eſt conſtamment animée de faire tout ce qui dépend d'Elle, pour maintenir la bonne intelligence entre les deux Cours, & de convaincre Leurs Majeſtés Impériales de toute l'étenduë de Sa parfaite & ſincere amitié & eſtime. Vienne le 9. de Mars 1778.

RIEDESEL.

No. 5.

Note du Prince de Kaunitz au Baron de Riedesel, du 1. Avril 1778.

Lorsqu'au moïen de la Note qui a été présentée par le B. de Riedesel le 7. du mois de Fevrier dernier, Sa Majesté Prussienne a communiqué à l'Impératrice-Reine, quelques doutes, dont Lui paroissoit susceptible l'objet de la Succession Bavaroise, & qu'en conséquence Elle Lui a demandé amiablement quelques éclaircissemens sur ce sujet; Sa Majesté a déferé sans difficulté à cette requisition; & Elle répondroit avec la même déference au Memoire que vient de remettre au Prince de Kaunitz-Rietberg le Baron de Riedesel, si son contenu pouvoit y donner lieu.

Mais comme il y est dit entre autres: *Que les raisons qui ont été communiquées à Sa Majesté Prussienne loin de lever ses premiers doutes, n'avoient fait que les fortifier & les convertir en réalité*: & en même tems: *Qu'aucune des prétensions annoncées de la part de S. M. l'Imp. Reine ne sauroit subsister dans la plus petite partie;* S. M. est dans le cas de ne plus pouvoir se permettre d'entrer dans aucune discussion ulterieure de ses droits, & Elle peut beaucoup moins par conséquent consentir à se désister d'une possession légalement acquise, pour remettre les choses dans l'Etat où elles étoient à la mort du dernier Electeur de Bavière.

Les interessés quelconques a la Succession Bavaroise peuvent compter néanmoins, que certainement il leur sera rendu toute la justice qu'ils pourront être fondés à reclamer; & tous les autres Princes & Etats de l'Allemagne peuvent être assurés de même, que S. M. est aussi éloignée de prétendre que de vouloir soutenir chose quelconque qui se trouveroit effectivement contraire aux articles de la Paix de Westphalie, ou à ceux d'aucune autre Loi ou Constitution de l'Empire.

Mais en même tems cependant Sa Majesté ne peut pas s'empecher de declarer: Qu'Elle ne pense pas, que ni sa qualité d'Electeur ni celle d'un des principaux Etats de l'Empire Lui donnent le Droit de s'établir en Juge ou Tuteur d'aucun de ses Co-Etats non plus que celui de contester à qui que ce soit d'entre eux, la liberté de pouvoir faire des acquisitions par toutes les voïes, qu'autorisent les Loix & les Constitutions de l'Empire; qu'en partant de ce Principe incontestable, naturellement Elle ne peut admettre & n'admettra jamais qu'un autre Etat de l'Empire puisse user de pareille autorité, ni vis-à-vis d'Elle, ni même à l'égard aucun de ses Co-Etats; & que par conséquent, si quelcun se permettoit de l'attaquer dans la circonstance présente, en haine de quelque acquisition fondée sur son bon droit & autorisée par les Loix de l'Empire, non seulement Elle opposera à pareille violation manifeste de la Paix publique tous les moïens d'une juste défense, qui sont en sa Puissance, mais que par reciprocité Elle se croira même dans la nécessité de devoir faire la guerre de son côté, au premier de ses Co-Etats qui pourra se trouver dans le même cas.

S. M. souhaite néanmoins bien sincèrement pouvoir s'en dispenser, & Elle adoptera même avec plaisir tout moïen admissible, que l'on pourroit juger propre à maintenir la tranquillité générale, & en particulier la bonne intelligence desirable entre Elle & Sa Majesté Prussienne. à Vienne le 1. Avril 1778.

KAUNITZ RIETBERG.

No. 6.

Note du Baron de Riedesel au Prince de Kaunitz du 22. Avril 1778.

La réponse, que le Prince de Kaunitz-Rietberg vient de donner en date du 1er. Avril, au Baron de Riedesel, sur son dernier Mémoire, est conçue dans des termes & sur des principes, qui bien loin de s'accorder avec les sentimens que le Roi a manifestés dans Ses représentations amicales, pourroient plutôt faire regarder cette reponse comme devant mettre fin à toute négociation.

Quoique le Roi ait lieu d'en être surpris, S. M. ne balance pas de s'expliquer encore de nouveau sur le contenu de ce Mémoire, pour ne laisser aucun doute sur la justice & la modération de ses sentimens & de ses procédés dans l'affaire de la Succession de Bavière.

S. M. croit n'avoir rien fait de contraire à l'amitié & aux égards dûs à la dignité de S. M. l'Impératrice-Reine, en lui représentant avec franchise, mais dans les termes les plus mesurés, l'insuffisance notoire de ses prétentions sur la dite Succession, & en la requerant de remettre les choses en Bavière dans l'état précédent, & de se prêter à des voyes de négociation propres à les arranger avec les parties interessées à l'amiable & d'une maniere conforme à leurs droits & aux Constitutions de l'Empire. Ce sont des principes de droit & d'équité, auxquels des Etats, qui veulent observer la justice & qui se trouvent dans une société telle que le Corps Germanique, ne sauroient se refuser.

Sans vouloir examiner les motifs du silence, qui a été gardé dans la Note du 1er Avril sur les argumens, qui ont été opposés dans le Mémoire précédent aux différentes prétentions de la Cour de Vienne sur la Bavière, & qui paroissent devoir en emporter la conviction, on pourroit regarder l'assurance générale, que S. M. l'Impératrice Reine à bien voulu y donner aux parties interessées, comme propre à les rassurer; mais il s'agit de la réaliser & d'ouvrir les voyes qui puissent conduire à un but si desirable. C'est tout ce que S. M. Prussienne a proposé & demandé jusqu'ici. Elle n'a jamais prétendu s'ériger en Juge & en Tuteur de Ses Co-Etats; mais Elle croit que tout Prince & Etat de l'Empire, & surtout un Electeur, qui est sans contredit partie contractante de la Paix de Westphalie & de toutes les Constitutions de l'Empire, & dont l'Intervention a d'ailleurs été expressément sollicitée par Ses Co-Etats lésés dans cette occurrence, est non seulement fondé & autorisé, mais même obligé par ses devoirs, à réclamer contre toute entreprise injuste & violente dans l'Empire & surtout à intervenir dans un cas aussi grave, où un des principaux Electorats & Duchés est démembré d'une manière si considérable sans aucun tître apparent, par une Convention extorquée

à un Prince, qui méconnoit & sacrifie les droits les plus clairs & les plus sacrés de Sa Maison, dont il n'est que le dépositaire, & où ce démembrement s'est fait sans observer la forme autorisée par les loix, en contravention manifeste de la Bulle d'or, de la Paix de Westphalie & des Capitulations Imperiales & au préjudice irréparable des plus illustres Maisons d'Allemagne; dans un cas enfin, où le Chef de l'Empire, qui n'en est pas le Maitre absolu, mais le premier Membre, autorise ce démembrement injuste de la Bavière en faveur de sa propre Maison; où il fait occuper par ses Troupes particulieres un grand nombre des parties intégrantes de ce Duché, les déclare de son autorité privée pour des fiefs vacans, en dispose sans la concurrence de l'Empire contre la teneur de l'article 3. & 11. de Sa Capitulation & où depuis un si grand espace de tems, on ne voit prendre aucune mesure pour arranger l'importante Succession de Bavière à la Diette ou par des voyes conformes aux loix.

Leurs Majestés Impériales ne sauroient se dissimuler la sensation, que ces entreprises arbitraires, qui affectent si essentiellement la sureté, la liberté, & toute la Constitution du Corps Germanique, ont déjà faites dans tout l'Empire & même dans toute l'Europe, & S. M. se promet de leur équité & de leur modération, qu'Elles y réflechiront sérieusement; qu'Elles tâcheront de prévenir les suites qui doivent naturellement en résulter & qu'Elles recevront d'une maniere plus amicale les représentations qu'Elle croit devoir Leur renouveller sur ce sujet.

S. M. ne veut pas relever les expressions trop fortes du Mémoire que le Pr. de Kaunitz a remis à son Ministre. Elle aime mieux s'en tenir à celles qui en font la conclusion, & elle croit pouvoir & devoir attendre, que la Cour de Vienne, qui s'est mise en possession des objets litigieux, s'explique sur les moyens qu'elle regarde comme admissibles pour régler la Succession de Bavière. S'il en est de compatibles avec l'équilibre de l'Empire, avec les justes prétentions de la Cour Electorale de Saxe, avec les droits légitimes des Comtes Palatins, & nommément du Duc de Deux-Ponts, ainsi que des Ducs de Mecklenbourg, S. M. se fera un plaisir de prouver que le maintien de la tranquillité générale, & en particulier de la bonne intelligence entre les deux Cours, ne Lui tient pas moins à cœur qu'à Leurs Majestés Impériales.

No. 7.

No. 7.

Mémoire du Prince de Kaunitz adressé au Baron de Riedesel, le 7. de Mai 1778.

Sa Majesté l'Impératrice Reine a déclaré par le Mémoire, qui a été remis au Baron de Riedesel le 1er du mois d'Avril dernier:

„Qu'Elle adoptera avec plaisir tout moyen admissible, que l'on pourroit ju„ger propre à maintenir la tranquillité générale, & que les Intéressés quelconques „à la Succession Bavaroise pouvoient compter, que certainement il leur sera ren„dû de sa part toute la Justice, qu'Ils pourroient être fondés de reclamer.„

En témoignant de pareilles intentions, Sa Majeste n'a point imaginé, que sa Reponse pourroit être regardée comme devant mettre fin à toute Négociation, & Elle a pensé ainsi au contraire avoir prouvé bien positivement ses dispositions conciliatoires en déclarant, qu'Elle étoit prête à adopter tout moyen admissible, c'est à dire tout moyen, qui ne blesseroit ni sa Dignité, ni la Justice de sa Cause.

Sa Majesté n'a point crû pouvoir se permettre cependant, d'entrer dans des discussions ultérieures sur ses Droits, parceque ainsi qu'Elle a pû se prêter à donner des éclaircissemens sur des doutes amicalement exposés, dès le moment, qu'on a jugé pouvoir les Lui présenter comme des décisions, il ne Lui a plus été possible de pouvoir y repondre, sans blesser Sa considération, & Elle n'a pû les admettre par la raison, qu'Elle ne pense pas:

„Que ni sa qualité d'Electeur ni celle d'un des Principaux Etats de l'Empire „puissent Lui donner à Elle même le Droit de s'établir en Juge d'aucun de ses „Co-Etats.„

Sa Majesté Prussienne paroissant néanmoins s'attendre à une Réponse détaillée sur son avant dernier Mémoire, & déclarant en même tems dans le dernier:

„Qu'Elle ne prétend pas s'ériger en Juge & en Tuteur de ses Co-Etats.„

Sa Majesté l'Impératrice Reine se prête volontiers à communiquer actuellement à Sa dite Majesté la réponse détaillée, qui avoit été faite dès après que l'on eut reçû son avant dernier Mémoire, & dont la communication n'a été différée, que par les raisons susdites.

On croit avoir démontré dans cette Analyse de l'avant dernier Mémoire de Sa Majesté Prussienne, que tout son Contenu, ainsi que ce qui vient d'être repeté dans le dernier, *de l'insuffisance notoire des prétentions de la Maison d'Autriche, des Entreprises injustes & violentes, d'une Convention extorquée, de Contraventions manifestes à la Bulle d'or, a la Paix de Westphalie* &c. n'est fondé que sur des Suppositions qui ne subsistent ni de fait, ni de droit.

Et il en est de même des propositions contenues dans le dernier Mémoire:

Que le Chef de l'Empire, d'après une jurisprudence inconnue jusqu'ici dans le droit public du Corps Germanique, *n'est que le premier Membre de l'Empire.*

Que

Que ce Chef autorise le démembrement injuste de la Bavière en faveur de Sa Maison.

Qu' Il fait occuper par Ses Trouppes particulieres un grand nombre des parties intégrantes de ce Duché.

Qu' Il les déclare de son autorité privée pour des Fiefs vacans.

Qu' Il en dispose sans la concurrence de l' Empire contre la teneur de l' Article 3. & 11. de Sa Capitulation &c. &c.

Leurs Majestés Impériales & Royales n' ont pû être insensibles à des imputations, qui sont aussi contraires aux sentimens, dont Elles s' étoient flattées jusqu' ici de Sa Majesté Prussienne, qu' elles sont éloignées des principes & de la façon de penser, dont elles croïent avoir donné des preuves dans tous les tems; mais Elles n' y repondront cependant que par des vérités & par des faits qui sont de notorieté publique.

Personne n' ignore, que la Bulle d' or autorise nommément les Electeurs à pouvoir acquérir des Provinces de l' Empire, soit en les achetant, soit d' autre manière, sans avoir besoin pour cet effet d' un consentement particulier de l' Empereur, & que tous les Etats de l' Empire ont incontestablement le droit de pouvoir transiger sur des différends de Cas de Succession.

Sa Majesté l' Empereur en sa qualité de Chef de l' Empire n' a point pû mettre obstacle par conséquent à la Transaction passée entre l' Impératrice Reine & Mr. l' Electeur Palatin, mais il n' existe point de fait que Sa Majesté Imp. l' ait autorisée.

Ce n' est point d' un grand nombre de parties integrantes du Duché de Bavière, mais uniquement des nouveaux Acquêts Fiefs de l' Empire, nommément désignés dans la Patente du 16. Janvier de cette année, & non par ses Troupes particulières, mais par des Troupes du Cercle, que l' Empereur a fait prendre possession des dits Fiefs, & Sa Majesté n' a fait par-là que satisfaire aux devoirs que Lui impose Sa Capitulation Art. 11. §. 11. Ce n' est pas non plus de son autorité privée que Sa Majesté Imp. a déclaré ces nouveaux acquêts pour des Fiefs vacans, attendû qu' ils se sont trouvés l' être notoirement de fait & de droit au moment du décès du dernier Electeur de Bavière. C' est parce qu' ils sont incontestablement vacans, que Son Altesse Elect. Palat. a été dans le cas de requérir, ainsi qu' Elle l' a fait par des Lettres circulaires tous Ses Co-Etats, de vouloir bien concourir à Lui en faire obtenir le renouvellement d' Investiture; & ce n' est sans doute, que parce que Sa Majesté Prussienne les a regardés comme effectivement vacans, qu' Elle a crû pouvoir se charger d' appuyer de ses bons offices une Déduction imprimée, qui a parû à Schwerin le 28. Fevrier dernier sous le titre: „Vorläufige Darstellung des Rechts des Durchl. Herzoglichen Mecklenburgischen „Hauses, von den, durch das Absterben des Durchl. Churfürsten und Herrn, „Herrn Maximilian Josephs zu Bayern gegenwärtig erledigten, und dem „Reich eröfneten Lehnen, eins oder das andere, in specie die Landgrafschaft „Leuchtenberg, von Sr. Kayserl. Majestät Allerhöchst und dem Reiche allerunter„thänigst zu verlangen und zu gewärtigen."

Enfin

Enfin l'Empereur non seulement n'a point disposé non plus des dits Fiefs vacans sans la concurrence de l'Empire contre la teneur de l'Art. 3. & 11. de Sa Capitulation, mais Il n'en a disposé encore en façon quelconque. Sa Majesté a même déclaré solemnellement tout au contraire, tant par Sa Patente, dont il a été fait mention ci-dessus, que par Son Rescript à Sa Principale Commission à la Diète en date du 17. Janvier: Que ni l'Acte de la Prise de Possession exercée dans les dits nouveaux acquêts en vertu de Sa Capitulation, ni l'administration, qui y a été établie en conséquence ne porteroient préjudice à qui que ce soit, qui pouvoit y avoir des prétentions fondées, & qu'un chacun seroit écouté & satisfait à cet égard, ainsi que de Droit.

Toutes les propositions auxquelles l'on vient de répondre paroissent donc avoir été des Conclusions tirées de Suppositions de Faits & de Droits, que l'on a crues exactes, & qui se trouvent ne point l'être.

Et Sa Majesté Imp. désirant sincèrement, que la fâcheuse différence d'opinion, qui en a été la suite, puisse se concilier, Elle croit devoir rappeller encore une fois à cette fin désirable, le vrai état des choses & de Ses intentions.

Le Sérénissime Electeur Palatin ne reclame point contre la Convention qu'Il a faite avec Sa Maj. l'Impératrice-Reine.

Les prétentions de Mr. l'Electeur de Saxe, auxquelles Sa Majesté n'entend porter aucun obstacle, ne la regardant, que pour autant, qu'il pourroit s'en trouver de fondées sur la partie de la Succession Bavaroise, qui Lui est dévolue par Sa Transaction avec Mr. l'Electeur Palatin; à cet égard Sa Majesté ne Lui laissera rien à désirer sur les preuves qui pourront en être données. Et sur tout le reste, qui ne peut regarder que l'Agnat héritier du premier Acquéreur, Sa Majesté concourrera volontiers par Ses bons offices à ce qui pourroit équitablement accélerer un accommodement amiable; auquel Son Altesse Elect. de Saxe ayant constamment déclaré jusqu'ici être disposée, il semble que c'est tout ce que l'on peut désirer à cet égard de Sa Majesté.

La Maison de Mecklenbourg demande ou tel, ou tel autre des Fiefs de l'Empire, devenus vacans par la mort du dernier Electeur de Bavière. Elle ne demande donc & n'a rien à demander à Sa Majesté l'Impératrice-Reine; Sa Majesté souscrira volontiers à tout ce que l'Empereur & l'Empire jugeront pouvoir Lui accorder; & il s'ensuit par conséquent, qu'il n'existe aucun sujet de démêlé entre Elle & la Maison de Mecklenbourg.

Il ne reste donc uniquement que Mr. le Duc de Deux-Ponts. Il est incontestable, que ce Prince n'aura réellement le Droit d'agir & de contester que lorsque la Ligne Palatine de Sulzbach éteinte, la Succession pourra se trouver dévolüe à celle de Deux-Ponts, & que pendant que la Ligne actuellement regnante existe, Elle est en droit de statuer à l'égard de Ses possessions tout ce qui n'est pas contraire aux Loix & aux Constitutions de l'Empire.

Sa Majesté a cependant déjà fait déclarer solemnellement à la Diéte, que malgré cela Elle étoit prête à donner les mains, à ce que cette contestation soit examinée & légalement décidée dès à présent. Et afin qu'on ne puisse douter en façon quelconque, que telle ne soit positivement Son intention; Elle invite même Mr. le Duc de Deux-Ponts à produire les Griefs & les Droits qu'Il croit avoir, de la manière préscrite par les Loix & les Constitutions de l'Empire, afin que les prétentions de Sa Majesté puissent être examinées conjointement avec les Droits de Succession à venir de la Ligne de Deux-Ponts, que les deux questions puissent être en même tems définitivement décidées, & que l'Exécution du jugement puisse enfin être déferée à l'Empereur & à l'Empire & garantie même en tout cas par des Puissances étrangères qui pourroient en être requises.

Il résulte donc de ce que ci-dessus:

Que Mr. l'Electeur Palatin ne reclame point contre la transaction, qu'Il a trouvé bon de faire;

Que rien ne s'oppose à un accommodement équitable des prétentions allodiales de Mr. l'Electeur de Saxe;

Et que, quant à Mr. le Duc de Deux-Ponts, une Décision légale pourra mettre fin à la Contestation, qu'Il a jugé à propos d'élever. Et il semble par conséquent, que moïennant cela toutes les voïes de Conciliation se trouvent être ouvertes, & que l'on devroit espérer, de voir cesser enfin la facheuse différence d'opinion, qui s'est soutenüe jusqu'ici, ainsi que tout ce qui en a été la suite.

Sa Majesté prend plaisir à S'en flatter, & Elle le désire d'autant plus que l'assurance que vient de Lui donner Sa Majesté Prussienne: que le maintien de la tranquillité générale & en particulier de la bonne intelligence entre les deux Cours, ne Lui tient pas moins à cœur qu'à Elle, est bien parfaitement conforme à Ses vœux & à Ses intentions.

A Vienne, le 7. de Mai, 1778.

Signé, Kaunitz Rietberg.

No. 8.

No. 8.

RÉPONSE DÉTAILLÉE
DE LA COUR DE VIENNE
DU 7. DE MAI 1778.

SERVANT

D'ANALYSE DU MÉMOIRE
DE LA COUR DE BERLIN
DU 9. DE MARS

AVEC

LA RÉPLIQUE
DE CETTE DERNIERE COUR A CETTE ANALYSE.

Mémoire présenté par le Baron de Riedesel, à Vienne le 9. Mars 1778.

On n'a marqué ici que le commencement & la fin des passages de ce Mémoire, auxquels les réponses se rapportent, pour ne pas réimprimer ici le même Mémoire qui se trouve en entier à la page 7.

S. M. le Roi de Prusse - - - - n'a fait que les fortifier & les convertir même en réalités.

Réponse de la Cour de Vienne.

* On ne devoit point s'attendre à pareil effet de la Note du 16 Février dont il s'agit, & l'on croit devoir penser encore, quelle eût produit au contraire l'effet, auquel elle étoit destinée, si les éclaircissemens qu'elle contient, avoient été tranquillement appreciés. C'est dans cette idée, que l'on croit devoir analyser le dernier Mémoire de S. M. Prussienne, & il semble que les éclaircissemens ultérieurs, auxquels cette analyse pourra donner lieu, devroient faire voir les choses enfin, non pas ce qu'elles ont parû être, mais ce qu'elles sont en effet.

La Transaction, que Mr. l'Electeur Palatin -- -- -- -- sur la Succession de Bavière.

* La proposition, que la validité d'une Transaction dépend de la validité des prétentions, considérée dans sa généralité n'est point admissible, parceque ce n'est précisement que sur des droits contestés & douteux qu'une transaction peut avoir lieu. Mais en supposant même cette proposition exacte, il n'en résulteroit autre chose, si non que la Transaction n'est pas valide, lorsque les prétentions qui en sont l'objet ne sont pas fondées.

* Or c'est ce qui ne peut être décidé que par un accommodement entre les parties interessées, ou par le jugement de leur Tribunal compétent, lorsqu'elles ne jugent pas à propos de terminer leurs différens à l'amiable. Dans le cas dont il s'agit l'Impératrice-Reine & Mr. l'Electeur Palatin, actuellement les seules parties interessées, ont décidé de la validité de leurs prétentions respectives par une transaction, & il semble par conséquent, qu'aucun de leurs Co-Etats ne peut être autorisé à mettre obstacle à ce dont les parties contractantes ont été en droit de convenir, & à ce qu'elles ont arrêté en conséquence, & beaucoup moins encore de prononcer, qu'aucune des prétentions de S. M. l'Impératrice-Reine ne sauroit subsister dans la plus petite partie.

Ces prétentions ont été énoncées - - - - de son Epouse Marie Anne fille de Guillaume V. Duc de Bavière.

* Ce n'a été que par une suite des égards que S. M. se fait un plaisir de témoigner en cette occasion aux Cours amies, qu'elle a fait distribuer cette Note circulaire, bornée à une simple indication des principes & des objets de la Convention qui avoit été arrêtée avec Mr. l'Electeur Palatin. Les explications amicales où S. M. est entrée depuis lors avec S. M. Prussienne, démontrent assez qu'Elle n'est pas éloignée à exposer au grand jour ses droits & les preuves dont ils sont appuyés.

Réplique de la Cour de Berlin.

La Cour de Berlin a très tranquillement apprécié les éclairciſſemens contenus tant dans la Note de la Cour de Vienne du 16. Févr. que dans la préſente Réponſe, & après l'avoir fait ſans prévention ni partialité, dont elle n'a aucun ſujet, elle croit voir les choſes ce qu'elles ſont en effet; mais elle n'a rien trouvé dans les dits éclairciſſemens, qui puiſſe lui faire changer le ſentiment annoncé dans ſa Note du 9. de Mars.

Auſſi longtems qu'on veut reſpecter l'équité, cette propoſition doit être admiſe dans tous les cas des Tranſactions, dans lesquelles on a mis pour baſe la juſtice de certaines prétentions. C'eſt là le cas de la Convention du 3 Janvier, & l'argument qu'on a voulu faire valoir en termes menagés dans la Note du 9. de Mars, eſt préciſement celui qu'on eſt obligé de renouveller ici d'après la Réponſe de la Cour de Vienne, ſavoir: que la Tranſaction du 3. Janv. n'eſt pas valide, parcequ'on y a obligé Mr. l'Electeur Palatin à reconnoitre pour fondées des prétentions, qui ne le ſont pas.

On pourroit adopter ce principe; mais il s'agit de ſon application. S. M. l'Impératrice-Reine n'a pas fait juger ſes prétentions par le Tribunal compétent; Elle a tranſigé, & d'une manière ſur laquelle il y a beaucoup à dire, ſeulement avec une partie intereſſée, l'Electeur Palatin; mais elle n'a pas tranſigé avec tous les autres Princes Palatins, ni avec l'Electeur de Saxe; ni avec tous les Etats de l'Empire qui ſont tous intéreſſés à la juſte diſtribution de la Succeſſion de Bavière tant pour le préſent que pour le futur, & qui ſouffriroient un préjudice irreparable tant pour leurs droits que pour leur ſureté, ſi une Tranſaction auſſi extraordinaire devoit ſubſiſter. Tous ces Princes & Etats ſont donc autoriſés à y mettre obſtacle & à prononcer leur ſentiment ſur les prétentions de S. M. l'Imperatrice-Reine.

Sa Majeſté Pruſſienne a reçu avec reconnoiſſance & comme une marque des égards de S. M. l'Imperatrice-Reine; tant la Note circulaire que les explications contenues dans la Note du 16. Févr. mais elle a dû regretter, de n'y pas trouver une expoſition convaincante des droits & des preuves ſur lesquelles ſes prétentions ſur la Bavière ſont appuyées. On ignoreroit encore ces preuves, ſi on n'en trouvoit une indication ſuperficielle dans une piéce anonyme qui a parû depuis peu à Vienne. Il paroit pourtant, que quand on veut acquérir un grand Duché contre la voix publique de toute l'Allemagne, on auroit pû & dû à tems communiquer à ce public, & ſur tout aux parties intéreſſées qui ont été nommées, les preuves de ſes prétentions, ce qui ne s'eſt pas fait pendant les 5 mois qu'on a pris poſſeſſion de la Baviere, que depuis une couple de ſemaines par la ſusdite piéce anonyme.

Mémoire du Baron de Riedesel.

La premiere prétention est la plus importante & si essentielle que de sa décision dépend tout le reste.

Cette décision paroit -- -- -- -- revoquer en doute dans la Note du 16. Février.

Réponse de la Cour de Vienne.

❁ Comme les prétentions de S. M. sur quelques parties de la Succession de Bavière sont différentes entr'elles par leur nature, leur origine & leur fondement, l'on auroit de la peine à prouver que la décision de l'une emportoit la décision de toutes les autres. L'on observera aussi, que dans la prémiere Note on avoit présenté les fiefs de la Couronne de Bohème, situés dans le Haut-Palatinat, comme l'objet principal, en destinant même à sa discussion un Mémoire separé, tandisque présentement on le fait dépendre d'un autre point, qui lui est entiérement étranger, savoir: L'occupation de quelques districts de la Basse-Bavière.

❁ L'on ne paroit être entré dans tout ce *détail historique* que pour renforcer l'objection suivante: Par la Convention de Pavie la Bavière & les deux Palatinats sont chargés d'un Fideicommis inaliénable & inseparable; donc une Expectative Impériale ne peut les démembrer.

❁ Pour y répondre pertinemment, l'on commencera par remarquer, que le partage de 1310. n'a pas été ni n'a pû être *renouvellé* par la Convention de Pavie, qui a subsisté à peine trois ans entiers. Dès 1313. les deux Fréres par une Convention nouvelle, sont revenus à la Co-Possession de leurs Etats, & l'année suivante cette fameuse querelle, occasionnée par l'élection de Louis elû Roi des Romains, produisit le Bannissement de Rodolphe, & ne se termina que par la mort du dernier en 1319. C'a été dix ans seulement après cette Epoque, que l'Empereur Louis a condescendu à pardonner aux enfans de Rodolphe, & que par la Convention de Pavie, faite en 1329. il leurs a assigné une Partie des Etats qu'il avoit possedés seul jusqu'alors.

❁ L'Instrument de ce partage n'a jamais été, pour autant qu'on sache, rendu public d'après l'original. Quelques variations qu'il y ait dans les parties informes & les Extraits qu'en ont donnés differents auteurs, on ne trouve cependant nulle part le moindre indice des clauses ou des stipulations, dont on put inferer l'Institution *d'un Fideicommis inaliénable & inseparable.*

Réplique de la Cour de Berlin.

✱ Quand on a prouvé, que la succession à toutes les parties de la Bavière, & particuliérement à la Basse-Bavière apartient exclusivement à la Maison Palatine, comme descendante avec la Maison de Bavière eteinte du premier Acquéreur commun; on croit pouvoir dire, que la décision de cette preuve emporte aussi la décision de toutes les prétentions détachées que d'autres peuvent former sur cette Succession. D'ailleurs la Basse-Bavière fait sans contredit l'objet principal des prétentions de S. M. l'Impératrice-Reine. La Cour de Berlin n'a point présenté dans sa premiere Note les fiefs de la Couronne de Bohème situés dans le Haut-Palatinat comme l'objet principal; elle n'a fait que suivre l'ordre que la Cour de Vienne avoit observé dans sa Note circulaire. Cette observation perd donc par cet éclaircissement toute sa force.

✱ Il est vrai, qu'on a cru devoir entrer dans ce *détail historique*, quoique d'une manière aussi concise que possible, pour prouver, qu'un païs qui appartenoit à toute la Maison de Bavière & Palatine par sa descendance commune des acquéreurs, par le systéme féodal & par la Convention de Pavie, ne pouvoit pas être démembré ni par une Expectative ou Investiture Impériale, ni par la Transaction d'un membre particulier de la Maison Palatine.

✱ Cette remarque paroit tout à fait étrangère à la question, elle n'est nullement concluante & peu fondée en elle-même. Il est constant, que les Freres Louis & Rodolphe on fait un partage de leurs Etats en 1310. & que Louis & les descendans de Rodolphe ont fait un nouveau partage par la Convention de Pavie de 1329. Si ces partages ont été differens, le dernier n'a pas moins servi à *renouveller* le premier pour le fonds & la substance.

✱ La Convention de Pavie de 1329. se trouve imprimée dans l'Histoire de Bavière de l'*Archivaire Aettenckhover*, d'après l'Exemplaire des Archives de Bavière, d'où on en a inséré une copie ici parmi les piéces justificatives (No. 13.) & dans le Commentaire sur la Bulle d'or du Sr. d'*Ohlenschlaeger* d'après une copie des Archives Palatines. Il n'y a aucun lieu de douter de l'authenticité de ces deux Exemplaires imprimés; s'il y en avoit, la Cour Palatine pourra & voudra bien tirer la vérité au clair.

Il est surprenant, que la Cour de Vienne ne puisse trouver dans la Convention de Pavie aucun indice de clause ou de stipulation, dont on puisse inférer l'institution d'un *Fideicommis inaliénable & inseparable.* Il y est stipulé en termes exprès dans les passages marqués en caractéres differens: *que si une des parties contractantes venoit à manquer sans héritiers, ses Etats & païs & la voix Electorale devoient retomber à l'autre partie & à ses héritiers; qu'aucune des deux parties ne devoit rien vendre, ni hypothequer, ni échanger de ses Etats, biens, & forteresses, que la plus belle partie de l'héritage, la dignité Electorale, resteroit commune, & que les sujets de la branche contrevenante à cette Convention dussent à obéir à la branche lézée.* Tout le monde impartial reconnoitra, que cette stipulation, sans exprimer les termes de *Fideicommis* & de *Condominium* moins usités dans ce temslà, en contient toute la force & toutes les qualités, puisque les Princes contractants se promettent non seulement pour eux, mais aussi pour leurs héritiers la Succession mutuelle de tous leurs Etats, & s'en défendent reciproquement toute aliénation.

✱ C'est

Réponse de la Cour de Vienne.

❋ Mais en supposant, que le titre original contienne en effet de pareilles clauses, encore est-il constant en droit, qu'une Convention perd sa valeur, lorsque les Contractans l'ont résoluë, soit par un consentement exprès, soit tacitement & par leur propre fait. C'est précisement le cas de la Convention de 1329. & pour ne parler que des objets, qu'on suppose y avoir été réglés, l'on observera que l'article d'une *assistance mutuelle* a souvent été perdu de vuë; que celui *de n'en jamais rien céder, ni vendre, ni aliéner autrement*, n'a pas été plus respecté, & qu'enfin l'on s'est écarté dès le commencement, du principal de tous, savoir: de la prétenduë *succession reciproque à la dignité Electorale & dans tous leurs Etats*. Car comment peut-on concilier avec ce dernier article le Contract de mariage entre l'Empereur Charles IV. & la Princesse Anne, par lequel il a été stipulé, que si le Pere de cette derniere, le Comte Palatin Rodolphe, venoit à mourir sans enfans mâles, ses Etats passeroient à sa fille. Il faut donc, ou que la Convention de Pavie n'ait pas contenu de pareilles stipulations, ou bien qu'elle ait été invalidée d'abord après sa conclusion par des faits contraires à sa teneur. Aussi la Maison Palatine a-t-elle soutenu dans son Manifeste de 1637. que la Convention de Pavie n'a jamais sorti son effet. Et dans un autre Manifeste de 1640. elle la donne pour un Pacte, fait d'autorité privée, & qui n'est point revêtu de l'approbation de l'Empire. C'est donc à la Convention de Pavie, qu'on peut appliquer avec raison, ce qui est dit *des investitures particulieres données en 1631. & 1706.* & lui attribuer en conséquence le caractere *d'une Transaction toute momentanée & non permanente.*

Mémoire du Baron de Riedesel.

Cette Convention de Pavie emanée -- -- -- -- -- -- -- -- & nommément en 1425. 1524. 1724. 1746. & 1766.

Réponse de la Cour de Vienne.

❋ On doute qu'en 1425. les deux Branches ayent renouvellé leurs Pactes de famille, d'autant que c'est précisément à cette année-là, que se rapporte l'événement de la Branche de Straubing. Quant à la Convention de 1524. la Maison Palatine dans le Manifeste reclamé ci-dessus de 1640. a prouvé, qu'il ne s'y étoit agi que d'un renouvellement d'amitié, & qu'elle n'a pû ajouter aucun nouveau poids au Traité de Pavie, la confirmation n'ayant pas plus de force que n'en a la chose confirmée. Ce Principe soutenu alors par la Cour Palatine à la face de l'univers, peut aussi être appliqué aux autres conventions qu'on cite.

Elle affecte par conséquent dans ses stipulations - - - - - à sa ligne.

❋ L'on convient ici, que l'Empereur Louis ne possédoit pas en 1329. Epoque du Traité de Pavie, la *Basse-Bavière*, puisqu'il ne l'a réunie à sa ligne qu'en 1340. Il conste de plus par l'histoire, que les Ducs particuliers de cette Province n'ont pas été au nombre des Parties contractantes au dit Traité, & que lorsque leur descendance mâle s'éteignit, les Comtes Palatins du Rhin, répréséntans la Branche aînée de toute la Maison, prétendirent à la Succession de ce Duché, mais que l'Em-

Réplique de la Cour de Berlin.

* C'est un principe de jurisprudence nouveau & non admissible, que la Cour de Vienne ne voudra certainement pas admettre dans d'autres cas, qu'une Convention perd sa force, parce qu'elle n'a pas toujours été exactement observée dans tous les cas, par l'une ou l'autre des parties contractantes. Les exemples allegués de l'Empereur Charles IV. & de la these soutenuë par la Maison Palatine en 1640. ne prouvent que des tentatives, contraires à la verité du fait, & à la justice, faites dans certaines occasions, & dans des vues particulieres, mais qui n'ont point eu de suites ni d'effet. Il suffit, comme on a prouvé sans réplique, que la Convention de Pavie à été faite par un Empéreur avec l'approbation de tous les Electeurs, dont les lettres de consentement sont imprimées, que depuis le tems de sa conclusion jusqu'à la fin de l'année passée, elle a été regardée & alléguée en toute occasion par les chefs & les Princes des deux Maisons de Bavière & Palatine comme une Sanction Pragmatique & loi fondamentale de leur Maison, & qu'elle a été renouvellée comme telle dans le grand nombre des Pactes de famille de 1524. 1724. 1746. 1766. & 1771. & dont celui de 1766. se trouve ici d'après une copie authentique parmi les piéces justificatives No. 15. deforte que c'est très à tort, qu'on veut la faire passer ici pour une *Transaction momentanée & non permanente.*

* On ne pretend pas décider, si les deux Maisons ont renouvellé leurs Pactes de famille en 1425. comme on en a trouvé une citation; mais il est très sur, que dans l'Union conclue en 1524. on a nommément rappellé, & confirmé la Convention de Pavie de 1329. comme on peut le voir par l'Union de 1524. que le Professeur *Wedekind* a publié d'après les archives Palatines dans une Dissertation imprimée. Il ne s'y est donc pas agi d'un simple renouvellement d'amitié, & le point de la succession reciproque y a été supposé comme une chose qui s'entendoit de soi même. Ce renouvellement du Traité de Pavie s'est fait expressément & principalement pour *l'article de la succession reciproque*, de la manière la plus positive & la plus solemnelle dans la Convention de 1766. ci jointe sous No. 15. Il est indifférent de discuter, si ces renouvellements ont donné plus de force au Traité de Pavie, il suffit qu'ils lui ont donné une *nouvelle force*, & l'ont rendu permanent.

* Toute cette conclusion, qui est fondamentale pour la prétention de la Cour de Vienne, perd entierement sa force par les raisons suivantes. La Succession de la Basse-Bavière appartenoit à tous les Princes de la Maison de Bavière & Palatine en 1329. en 1340. en 1425. en 1777. & en tout tems, en vertu du droit féodal, de celui du sang & de leur descendance commune de l'acquereur, indépendament du Traité de Pavie. Il seroit donc indifferent, que les Ducs de la Basse-Bavière ayent concouru en 1329. à la conclusion du Traité de Pavie, ou non. Il suffit, que tous les autres Princes Palatins & de Bavière ayent conclu ce Traité de Succession pour tous leurs Pais, parmi lesquels il ne pouvoient que comprendre aussi ceux dont la Succession leur étoit déjà assurée par les loix & le droit du sang & d'agnation, auxquels ils ont effectivement succedé ensuite & y ont transporté par là les stipulations du Traité de Pavie. Une preuve indubitable, que telle a été

Réponse de la Cour de Vienne.

l'Empereur Louis les réunit à ses autres Etats sans avoir égard à leur reclamation. Tous ces faits prouvent clairement, d'un côté, que le Duché de la Basse-Baviere n'a pas été au nombre des objets reglés dans la Convention de Pavie, & de l'autre, que si dans cette Convention il y a eû quelque clause établissant un Fideicommis, elle ne pouvoit aucunement affecter cette partie de la Bavière.

Mémoire du Baron de Riedesel.

C'est une Sanction Pragmatique - - - - - non plus que l'Empereur même.

Réponse de la Cour de Vienne.

* Tout ce qui a été rapporté ci-dessus d'après les monumens historiques du tems & les Manifestes Palatins de 1637. & 1640. prouve assez, que les qualifications de Sanction Pragmatique & de loi fondamentale, ne sauroient être artribuées au Traité de Pavie, Traité d'ailleurs qui ne regarde nullement la Basse-Bavière, dont uniquement il est question ici.

* Il en est tout autrement de l'ordre de Succession établi en 1473. pour la Maison de Brandebourg, par lequel il a été reglé en termes exprès, que lorsqu'il n'existeroit qu'un seul Marggrave, celui-çi réuniroit tous les Etats possedés par les trois branches, mais qu'aussitôt, qu'il y auroit deux mâles dans la maison, l'un possederoit l'Electorat & l'autre les Païs situés en Franconie. Cette Constitution Albertine a non seulement la proprieté d'une vraïe Sanction Pragmatique, mais aussi d'un ordre de Succession fondé sur les loix de l'Empire. C'est une vraïe Sanction Pragmatique, parceque dans cette Maison elle a été la Base de toutes les autres Conventions & Dispositions posterieures, qu'on l'a considerée comme une Constitution perpétuelle de la famille, (Statutum gentilitium perpetuum) & qu'elle a servi de regle invariable dans tous les cas de Succession qui se sont présentés. C'est si bien un ordre de Succession fondé sur les loix de l'Empire, qu'il a été confirmé par l'Empereur Fréderic IV. & tout l'Empire, & que l'Instrument de confirmation invalide d'avance tout ce qui pourroit être alteré ou innové à cet égard.

Cette remarque n'a été faite cependant, que pour déterminer la difference qu'il a entre la réunion faite après la mort du dernier mâle de Bavière, & celle qui pourroit avoir lieu lors de l'extinction de la Branche de Bareuth en faveur de la Primogéniture de la Maison de Prusse, la premiere réunion n'ayant été defenduë par aucune espèce de loi, tandisque l'autre seroit contraire aux Constitutions de l'Empire & à une Sanction Pragmatique, à laquelle on ne sauroit deroger.

La

Réplique de la Cour de Berlin.

leur intention & que les mêmes Princes, qui ont conclu le Traité de Pavie & qui ont transferé en 1340. aux Ducs de la Haute-Bavière, la succession de la *Basse-Bavière*, en ont aussi assuré la Succession eventuelle, aux Comtes Palatins, se trouve dans le pacte d'Ingolstadt de 1348. cijoint (No. 14.) & dont l'original existe a Munich, *par lequel le Comtes Palatins renoncent en faveur des Ducs de la Haute-Bavière contre un dedommagement de* $\frac{60}{m}$ florins, *au droit qu'ils avoient à la Basse-Bavière après la mort de leur Cousin Henri, jusqu'au tems que leurs Cousins les Ducs de Haute-Bavière n'existeroient plus & que la Basse-Bavière retomberoit ainsi à eux ou à leurs héritiers pour cause de mort.* Il n'y a rien de plus decisif; la reservation expresse de la succession qui y est contenue, ainsi que dans le Traité de Pavie, & la Coinvestiture que l'Empereur Rodolfe I. a donnée en 1281. aux deux fils de Louis II. auteurs de la ligne Palatine & de celle de Bavière sur tous les états de Bavière, suffisent pour en assurer la compossession & la succession à ces deux lignes & a tous les Princes Palatins aussi longtems qu'il en existe. Elles detruisent en même tems le fantome d'un *partage absolu* (Todtheilung) que quelques ecrivains flatteurs de la Cour de Vienne ont inventé depuis peu pour étayer sa prétention, sans songer, que ce principe, s'il étoit fondé, pourroit rendre le fief de la Basse-Bavière ouvert à l'Empire, mais non à la Maison d'Autriche. Enfin comme les Princes Palatins & de Bavière, avoir réuni en 1340. la Basse-Bavière au reste de la Bavière, ont expressément renouvellé dans leurs Pactes de famille de 1524. & de 1766. le Traité de Pavie & l'ont formellement étendu à toutes leurs possessions, il s'ensuit, que la Succession mutuelle, la compossession, l'inalienabilité & toutes les autres stipulations du Traité de Pavie affectent autant la *Basse* que la *Haute-Bavière*.

* On croit avoir suffisament refuté tout ce qui a été allegué pour contester au Traité de Pavie la qualification de Sanction Pragmatique & de loi fondamentale. S'il pouvoit encore rester le moindre doute là-dessus, on n'a qu'à lire les Pactes de famille de 1524. & de 1766. où les deux Chefs de la famille, l'Electeur Palatin & celui de Bavière, disent dans les termes les plus expressifs, que le Traité de Pavie étoit *la loi fondamentale & pragmatique de leur Maison & de leurs Ancêtres.* C'etoit à ces Princes à connoitre & à determiner la qualité & la nature de leurs Pactes.

* Cette Rémarque & comparaison est ici hors de sa place. Si elle étoit même fondée, elle ne devroit selon les regles de la justice aucunement influer sur l'affaire de la Succession de Bavière, à la quelle elle est entierement etrangère. S. M. Prussienne ne s'est jamais declarée hors de sa Maison sur la Succession aux païs d'Anspach & de Bareith. Elle croit, que cet objet n'appartient qu'a la Maison de Brandebourg seule, qui a toujours été en droit & en possession de regler sa Succession comme une affaire domestique entre elle même & du consentement de ses membres. On croit donc pouvoir se dispenser de repondre en detail à toutes ces assertions & conclusions gratuites & on se borne a y contredire en général. On ne persuadera jamais, que cette Remarque n'ait été faite, que dans le bût indiqué ici; il est plûtot visible, & il s'est assez manifesté dans le cours de la negociation, qu'on ne l'a faite que pour susciter une difficulté à S. M. Prussienne & pour l'engager par là à consentir au demembrement injuste de la Bavière & qu'à ce prix là on ne se fait aucun scrupule de déroger à la prétendue Sanction pragmatique de la Maison de Brandebourg. Quoiqu'il en soit, la conclusion qu'on fait ici, se trouve detruite par tout ce qui precéde. Tout le monde impartial tournera surement contre la Cour de Vienne la comparaison singuliere, qu'elle veut faire entre la succession incontestable de la Maison de Brandebourg à ses Etats héreditaires de Franconie, & entre le demembrement de la Bavière que la dite Cour veut faire sans aucun titre, valable, en opposition ouverte du Traité de Pavie & contre la loi générale de l'Empire, qui ne permet pas, que quand une Branche d'une maison vient a manquer, une Maison étrangère s'arroge les fiefs masculins qu'elle a delaissées & l'ote aux branches encore subsistantes de la famille éteinte, ce qui est le cas present.

Mémoire du Baron de Riedesel.	*Réponse de la Cour de Vienne.*
La Convention de Pavie n'est d'ailleurs - - - - - - l'une à l'extinction de lautre.	* La Convention de Pavie ne paroit en aucune manière pouvoir être envisagée comme une suite du systême féodal.

L'Empereur Louis, après avoir mis son frère Rudolphe au Ban de l'Empire, n'étoit nullement obligé à redintegrer la descendance de ce Prince depossedé. S'il s'y porta en 1329. c'a été librement & de plein gré. Il suit delà, que les droits de la Branche rehabilitée ne doivent pas être determinés par le systême féodal commun, mais uniquement d'aprés les termes de la restitution, operée par le Traité de Pavie, & comme il n'y a pas été ni pû être question de la Basse-Bavière, l'Empereur a éte en droit de se l'approprier.

Ces frequens partages - - - - - - maison étrangère.	* L'on n'a cité dans la note du 16 Février les frequens Partages faits entre

les Branches de Bavière, que pour répondre a une assertion de la prémiere Note de la Cour de Berlin, portant, que la Bavière étoit *un grand Electorat, chargé de l'indivisibilité par l'article 25. de la Bulle d'or.* Comme on convient de la réalité de ces partages, il ne peut plus être question d'opposer cette indivisibilité à la Convention arretée avec Mr. l'Electeur Palatin. Cet éclaircissement repond aussi à la remarque: que ces frequens Partages ne sauroient autoriser une separation & alienation *en faveur d'une Maison étrangère.* La Maison d'Autriche ne fonde pas son droit sur ces partages, mais prouve uniquement par leur moyen, que l'indivisibilité ne peut pas être opposée au droit qu'elle a acquis par l'Investiture de l'Empereur Sigismond, de même qu'on ne peut soutenir, que la Basse-Bavière *est chargée d'un fideicommis inalienable par le Traité de Pavie,* puisque ce Païs appartenoit alors à une branche qui n'a point concourû à ce Traité, ainsi qu'il a été demontré invinciblement.

On assure à la verité - - - - - toujours acquiescé.	* Dans ce raisonnement tout se reduit aux deux questions, que voici:

1°. Est-il constant, *que l'Empereur Sigismond ne pouvoit de droit ni confisquer, ni donner à une Maison étrangère la Basse-Bavière?*

2°. Est-il constant, *que l'Empereur Sigismond adjugea toute la Basse-Bavière aux quatre Ducs de la Haute-Bavière sans faire aucune attention à la Maison d'Autriche?*

Pour répondre à la prémiere question, on observera: Que d'après les loix fondamentales d'Allemagne, dans tout Partage le consentement du Suzerain est nécessaire pour assurér reciproquement la Succession d'une Branche à l'autre; d'où il suit, que lorsque les partages se font, comme ceux entre les Princes de Bavière en

1349.

Réplique de la Cour de Berlin.

* La Convention de Pavie sera toujours une suite du systême féodal, parcequ'elle y est conforme, & que la Succession mutuelle de deux Branches d'une Maison y est établie dans l'une comme dans l'autre, de sorte que celle des Maisons de Bavière & Palatine auroit lieu par le systême féodal independament de la Convention de Pavie & que cette Convention n'a fait que confirmer le systême féodal. C'est là ce qu'on a allegué & soutenu dans la Note du 9. de Mars. Ce principe n'est pas enervé par la conclusion faite ici, & les actions de l'Empereur Louis envers la Maison Palatine, dont on ne veut pas discuter ici la justice, ne sauroient donner à la Maison d'Autriche le droit d'oter à la Maison Palatine la Basse-Bavière. D'ailleurs si ce pays n'a pas apartenu lors de la conclusion du Traité de Pavie aux parties contractantes, il n'en a pas été exclû; ce Traité y a été même étendu ensuite par le renouvellement qui en a été fait après la reunion de la Basse-Bavière, & même dans le tems de cette reunion, les Princes des deux Maisons ont reconnu & confirmé par la chartre alleguée de 1348. la succession eventuelle de la Maison Palatine en Basse-Bavière, ce qui prouve assez, que ni la proscription du Comte Palatin Rodolphe ni le Traité de Pavie n'ont en rien alteré l'ancien systême & le droit de succession de la Maison commune Palatine & de Bavière, mais que cet ordre de succession est toujours resté le même.

* Tout le monde impartial reconnoitra, que les partages faits dans une Maison commune comme celle de Bavière & la Palatine ne sauroient autoriser une alienation en faveur d'une Maison étrangère, ni faire cesser *l'indivisibilité* ou plûtot *l'inalienabilité* dont les Electorats son chargés par l'art. 25. de la Bulle d'or. On ne veut pas discuter ici, si la Bavière, qui a été si longtems un Electorat, & qui a de tout tems apartenu par le droit de Succession aux Electeurs Palatins, ne doit pas participer à l'inalienabilité des Electorats. On n'a aussi nommé dans la prémiere Note la Bavière qu'un Duché & le mot d'Electorat a du se rapporter à l'Electorat Palatin. Tant y-a, que le Haut-Palatinat a apartenu du tems de la confection de la Bulle d'or à l'Electorat Palatin & ne sauroit par consequent pas en être aliené, commme l'Empereur Sigismond & S. M. l'Impératrice-Reine ont taché de le faire. Pour repondre à ce qui est dit ici à la fin, on ne sauroit que répeter, que le Traité de Pavie par son renouvellement a été étendu a la *Basse-Bavière* & qu'independament de ce Traité, le Fideicommis inalienable y étoit déjà affecté, en vertu du droit de Succession acquis à toutes les branches des deux Maisons par leur descendance des acquereurs, & par la reserve de reversion contenue dans la chartre de 1348.

* Il n'existe point de *véritable Loi fondamentale d'Allemagne*, qui exige le consentement du Suzerain comme nécessaire pour assurer la Succession d'une Branche à l'autre, & qui donne a l'Empereur le droit, que lorsque les partages se font sans son agrément, il puisse retirer la portion de la Branche eteinte. Les compilations d'anciens usages qu'on allegue pour cet effet, n'obligent pas la Bavière & ne parlent d'ailleurs que des fiefs dont les possesseurs avoient fait un *partage absolu* (Todtheilung); mais ils ne sauroient être apliqués au fief de la Bavière, dont les deux Branches se sont tant de fois assuré la compossession & la Succession eventuelle. Ce seroit établir le principe le plus dangereux, le plus despotique & le plus contraire à la qualité héreditaire des fiefs de l'Empire, lesquels ayant été une fois accordés par l'Empereur & l'Empire à une famille, passent d'une Branche à l'autre nécessairement & par le droit d'héredité. On n'a jamais accordé un pareil droit aux Empereurs; au contraire ils ont toujours promis dans leurs Capitulations anciennes & modernes art. I. §. 9. & art. II. §. 2. de maintenir les Unions, les confraternités & les Pactes

 des

Mémoire du Baron de Riedesel. *Réponse de la Cour de Vienne.*

1349. & 1353. sans l'agrément de l'Empereur, l'on ne peut pas contester au Chef de l'Empire, le droit qu'il a en sa qualité de Seigneur Suzerain, de retirer la Portion de la Branche, dont la descendance féodale est éteinte. C'est sur ce droit incontestable, que l'Empereur Sigismond a fondé son arrêt, rendu en présence & de l'avis *de plusieurs Princes du St. Empire & autres Ecclesiastiques & Seculiers Prélats, Comtes, Barons, Chevaliers*, parmi lesquels on doit distinguer le Duc Jean, Comte Palatin du Rhin. On trouve dans cet arrêt un Passage, qui confirme ce qu'on a avancé sur la reversibilité des partages; il y est dit en termes exprès: *que nous aurions pû retenir ce Païs, si nous n'avions mieux aimé temperer par la clemence la rigueur de la Justice.* Si l'Empereur Sigismond étoit en droit de retenir ces Païs, il étoit donc aussi nécessairement en droit de les confisquer & de les donner.

La *seconde question* trouve également sa réponse dans la teneur de l'arrêt reclamé. On y voit:

* Que les droits de l'Empereur sur la Basse-Bavière comme fief vacant de l'Empire y sont presupposés.

* Qu'on n'a pas infirmé l'Investiture du Duc d'Autriche, emanée de l'Autorité Impériale & fondée sur ces droits.

* Que la nouvelle donation de la Basse-Bavière aux Ducs de la Haute ne s'est pas faite *ex debito justitiæ.* Qu'elle a été obtenuë au contraire purement *in via gratiæ*, et d'après l'expression de l'arrêt, par *grande & speciale grace.*

* Qu'enfin on y a attaché la clause formelle: *Nous reservons néanmoins expressément les droits de toutes autres personnes, qui croyent avoir des prétensions sur ces Païs.*

* Or il conste, que dans ce tems-là, les Ducs de Baviere n'ont eu d'autres Competiteurs à ce païs que l'Empereur Lui-même & le Duc Albert. La Maison Palatine a d'ailleurs si peu songé de protester contre les principes consignés dans cet arrêt, qu'elle y a acquiescé même par l'intervention de Jean Comte Palatin du Rhin, en qualité de temoin. On conclut donc, que ce document sert à prouver deux points importans, savoir: La caducité du fief de la Basse-Bavière, & la concession gratuite qui en a été faite aux Ducs de la Haute: il en résulte en même tems, que la Maison Palatine est aussi peu fondée présentement à prétendre à ce païs, qu'elle l'a u-

des Princes, sans s'en arroger le droit d'une confirmation particulere, ni en demander même l'exhibition. On pourroit alleguer bon nombre de sentences, par les quelles les Tribunaux de l'Empire ont ajugé des fiefs sur des pactes de famille *non confirmés* & attaqués par des Agnats mecontens ou par des *Suzerains* qui n'avoient pas consenti, comme dans les cas de Saxe-Cobourg, Montbeillard, Sayn-Hachenbourg, Rochefort &c. Les Princes d'Allemagne ont fait une infinité de Partages, sans l'agrément & l'intervention des Empereurs; les Ducs de Bavière en avoient aussi fait en 1349. en 1353. & en 1393. & bon nombre d'autres, sans que les Empereurs y soient intervenus, ni qu'ils y ayent contredit: c'étoit donc l'observance constatée de la Maison de Bavière & ces partages n'etoient aussi qu'une suite & l'execution de celui de Pavie fait par un Empereur même. Si l'Empereur Sigismond dit dans sa sentence de 1429. *qu'il auroit pu retenir la Bavière*, c'est une supposition gratuite de son fisc & de sa Chancellerie, qui ne fait pas une loi de l'Empire & qui est plutôt contraire au droit féodal; il n'y est pas dit, que les Ducs de Bavière, ni que le Comte Palatin présent à ce jugement ayent consenti à cette allegation, au contraire les premiers ont soutenu selon la sentence même leur droit héréditaire & ont emporté le païs qu'on vouloit leur contester. C'étoit l'usage de ce tems-là de nommer pour Temoins des Actes publics tous les Princes qui étoient présents à la Cour de l'Empereur, sans qu'ils y prissent autrement part, & la Chancellerie mettoit dans ces actes tout ce qu'elle vouloit, sans que les Princes, qui n'y mettoient jamais leur signature, sçussent ce qu'on y avoit mis en leur nom.

* On a déja prouvé, que c'est une supposition erronée, gratuite, contraire au droit féodal & qui n'a pas été reconnue par les parties interessées.

* Cette investiture a été de fait infirmée par l'acte ou la sentence de 1429. qui a adjugé la Basse-Bavière aux Ducs de la Haute-Bavière. Independament de cela, elle étoit nulle par elle même, n'ayant pu être donnée au préjudice des droits héreditaires des Ducs de Bavière.

* Ces conclusions tombent d'elles mêmes, n'etant fondées que sur des suppositions gratuites & arbitraires de l'Empereur ou de son Juge, aux quelles les Ducs de Bavière ont si peu acquiescé, que selon la teneur de la sentence même, ils ont soutenu & prouvé leur droit de succession héreditaire par les lettres d'investiture & la Bulle d'or.

* Cette clause ne donne pas plus de droit aux prétendans, qu'autant que leurs prétentions étoient fondées en elles mêmes. Elle paroit d'ailleurs se rapporter au droit mais non fondé, que le Duc Albert prétendoit sur la Bavière du Chef de sa mere soeur du dernier Duc de Straubing.

* Toute cette suite de conclusions & de raisonnemens tombe de soi même avec les principes precaires, sur les quels elle est batie. La *caducité* de la Basse-Bavière pour cause des partages faits sans l'agrément de l'Empereur est une assertion gratuite du Juge Impérial; elle n'a pas été reconnue ni par les Ducs de Bavière, qui selon la sentence même ont plutôt soutenu leur droit héreditaire, ni par les Comtes Palatins, la présence d'un seul comme Temoin ne pouvant impliquer une pareille agnition, ni préjudicier au reste de la Famille; ni enfin par l'Empire, ce qui auroit été nécessaire. Pour produire un effet legal, cette prétendue caducité du fief de la Basse-Bavière auroit dû être jugée & declarée par un jugement des *Pairs* d'Allemagne en Allemagne même, non par une sentence d'arbitrage comme celleci prononcée à Presbourg en Hongrie par quelques Juges arbitres choisis de plusieurs Nations. Dès que la caducité de la Basse-Bavière est detruite, la nouvelle donation gratuite qu'on veut établir sur cette caducité, tombe avec son principe, de même que l'induction, que cette nouvelle donation n'avoit été faite qu'à la Maison des Ducs de la Haute-Bavière eteinte par la mort du dernier Electeur & non aux Comtes Palatins. Tout au contraire, la Maison Palatine ayant dès lors un droit

l'auroit été alors à réclamer contre l'Investiture de la Maison d'Autriche. Toute donation nouvelle ne régarde uniquement que la Maison investie, & comme dans le cas, dont il s'agit, cette Maison est eteinte par la mort de Mr. l'Electeur Maximilien Joseph, la partie de la Basse-Bavière, qui faisoit l'objet de la donation, ne peut passer à la branche collaterale Palatine, qui n'avoit pas été comprise dans l'Investiture; elle ne peut non plus pas retourner à l'Empereur & à l'Empire, attendu que celui-là s'étoit déjà deporté du droit, qui lui competoit alors exclusivement, en faveur de la Maison d'Autriche; il s'ensuit donc nécessairement, que cette derniere doit rentrer dans la possession & la jouïssance d'un païs, qui lui est devolu, & que p r-là tout sera remis dans son prémier état.

A quoi

droit de succeſſion acquis ſur la Baſſe-Bavière par ſa deſcendance de l'acquéreur, & par les Conventions de Pavie & d'Ingolſtadt, ni les fautes des Ducs de la Baſſe-Bavière, s'il y en avoit réellement, ni la ſentence de l'Empereur Sigismond, qui étoit prononcée dans la cauſe de ces Ducs, non contre la Maiſon Palatine, ne pouvoient porter aucun préjudice à cette Maiſon; mais ſans être compriſe dans la donation ou nouvelle inveſtiture dont elle n'avoit pas beſoin, elle devoit ſuccéder à ce fief acquis ex *providentia majorum*, dans tous les cas où il devint vacant ſoit par la felonie, ſoit par l'extinction des Ducs de Bavière, & l'Empereur ne pouvoit ni le confiſquer, ni le donner à une Maiſon étrangère. En mettant même de côté le droit des Comtes Palatins, il s'agit ici de la queſtion principale, ſi & de quelle manière l'Empereur Sigismond a conferé le fief de la Baſſe-Bavière à la Maiſon d'Autriche? La Cour de Vienne n'a pas jugé à propos jusqu'à préſent de produire d'une manière publique & authentique, le fondement des droits qu'elle croit avoir à cet égard; elle ne le fait même ici que ſuperficiellement & d'une manière, qu'on eſt obligé d'y ſuppléer pour les faits. Ce n'eſt que depuis peu, qu'on voit dans une piéce anonyme publiée à Vienne ſous le Titre de *Penſées impartiales*, un Diplome de l'Empereur Sigismond du 10. de Mars 1426 dans lequel il confere à Albert Duc d'Autriche non le droit de l'Empire, mais *ſon droit* à la Baſſe-Bavière, ce qui paroit denoter le droit que ce Duc prétendoit avoir ſur la Baſſe-Bavière du chef de ſa mére ſœur du dernier Duc, mais qui ne pouvoit pas lui donner un droit de ſucceſſion ſur un fief maſculin. Sigismond a donné le même jour & dans les mêmes termes, des lettres d'inveſtiture pareilles à Guillaume & à Henri Ducs de Bavière ſelon la copie qu'on en a, ce qui prouve, qu'il a donné des lettres d'inveſtitures & de *Muthſcheine* à tous les prétendans & qu'il n'en a pas exclu les Ducs de Bavière. Enſuite on a publié dans la même piéce anonyme l'extrait d'une eſpèce de Traité du 21 Mars 1426. par lequel Sigismond declare: „Que le fief de la Baſſe-Baviére étant devenu vacant à l'Empire, il vouloit le garder pour „lui-même & ſes héritiers mâles; que s'il en manquoit, la Baſſe-Bavière devoit retomber à „ſa fille Eliſabeth épouſe d'Albert Duc d'Autriche & *à leurs héritiers*, & que ſi elle n'en „laiſſoit auſſi pas, la Baſſe-Bavière devoit écheoir *au Duc Albert & à ſes héretiers*." Comme on n'a publié cette piéce, que par un extrait mutilé, la Cour de Berlin ſe voit obligée de publier ici ſous No. 15. 16. d'après des copies vidimées, tant la lettre d'inveſtiture du 10. de Mars, que le Traité du 21. Mars 1426. On n'a qu'à lire ces deux piéces, pour ſe convaincre, que Sigismond, embaraſſé dans le choix de prétextes frivoles pour favoriſer ſa famille, a donné en onze jours de tems deux & même plus d'actes d'inveſtiture qui ſe détruiſent mutuellement, en conferant au Duc Albert tantôt *ſon propre droit* ſur la Baſſe-Bavière, tantôt *celui de l'Empire*, & que ces actes portent en eux-mêmes toute l'empreinte de leur nullité. L'Empereur y confere un fief maſculin non vacant tantôt à lui-même, tantôt à ſa fille qui n'en étoit pas capable, tantôt à un Prince étranger. Jamais une diſpoſition auſſi arbitraire, & despotique, contraire au ſyſtéme féodal & au droit des héritiers naturels, faite ſans connoiſſance de cauſe,

 ſans

A quoi l'on croit devoir ajouter les remarques & les faits suivants:

❀ 1°. La prétenduë *néceſſité de conſentement de l' Empire avant les Capitulations* n'a jamais été reconnue dans l'Empire.

❀ 2°. Les lettres d'Inveſtiture du Duc Albert contiennent l'expreſſion generique pour ſes héritiers.

3°. D'après la régle commune du droit féodal, le mot *héritiers* ne deſigne à la verité que la deſcendence masculine de l'acquéreur.

4°. Mais il faut faire exception à cette régle, & comprendre ſous la denomination générale d'*héritiers* les deſcendans de l'un & de l'autre ſexe, toutes les fois qu'il eſt queſtion d'une Maiſon, dans laquelle en vertu de ces Priviléges reconnus, la deſcendence feminine eſt habile à ſuccéder aux fiefs d'Empire.

❀ 5°.

ſans jugement, & ſans le conſentement de l'Empire, auroit pû ſubſiſter. Auſſi l'Empereur Sigismond n'a-t-il jamais oſé la mettre en execution; au contraire ſentant lui-même l'inconſiſtence de ces irregularités, il écrivit en Juillet 1426. une lettre à l'Archevêque de Mayence, par laquelle il le charge de convoquer les Electeurs pour prononcer ſur les prétentions de *l'Empire* & des Ducs de Bavière & *d'Autriche* à la Baſſe Bavière, ce qui prouve que de ſon propre aveu les actes du 10. & du 21. de Mars 1426. n'avoient pas pris conſiſtence. Cette Convocation des Electeurs n'ayant pas eu lieu, l'Empereur tint en 1429. à Presbourg en Hongrie une aſſemblée de perſonnes notables, & après avoir entendu les parties, ſavoir les Ducs de Bavière & le Sr. de Pappenheim au nom de l'Empire, il prononça une ſentence remarquable, par laquelle il adjugea la Baſſe-Bavière aux héretiers naturels des Ducs de Haute-Bavière, en leur conferant même les droits de l'Empire. Il ne peut donc pas avoir conferé auparavant au Duc d'Autriche ces droits de l'Empire ſans ſe rendre coupable d'injuſtice & de contradiction. Il en reſulte de nouveau, qu'il a crû lui conferer les droits de ſa mère, qui étoient nuls dans un fief maſculin, & qu'étant enſuite revenu de cette erreur, il l'a reparé par cette ſentence. On ne peut pas dire ſans incongruité, que Sigismond a voulu aſſûrer par la clauſe reſervatoire à la Maiſon d'Autriche une Expectative après l'extinction de la Maiſon de Bavière; il auroit exprimé une choſe ſi extraordinaire & auroit dû l'exprimer. Le Duc Albert n'eſt pas intervenu dans le procès. Il a acquieſcé à cette ſentence ainſi que toute la Maiſon d'Autriche, ſans avoir jamais reclamé, ni reſervé aucun droit ſur la Baſſe-Bavière depuis 350. ans. Il eſt donc impoſſible, & il ſeroit inoui, que la préſente Maiſon d'Autriche, qui ne deſcend pas par les mâles du Duc Albert & du côté des femmes ſeulement par la branche puinée, veuille & puiſſe après quatre ſiècles faire revivre un acte obſcur & même nul dans ſon origine, aboli par ſon propre auteur & éteint en tout cas avec la ligne masculine du Duc Albert, ou transporté ſur la Maiſon de Brandebourg.

❋ Le conſentement de l'Empire étoit même avant les Capitulations uſité & néceſſaire, ſur tout quand il s'agiſſoit de conferer de nouveau un grand fief. Cela ſe fit ordinairement dans les diétes ou autres aſſemblées de l'Empire, comme à l'égard du Duché de Bavière en 1180. & de l'Electorat de Brandebourg au Concile de Conſtance en 1415. Du moins on ſe pourvut du conſentement des Electeurs par leurs *Willbriefe;* mais dans ce cas-ci il manque tant le conſentement de l'Empire que celui des Electeurs, qui étoit bien néceſſaire, pour un acte ſi extraordinaire, qui devoit transferer un grand fief maſculin d'une Maiſon non éteinte à une autre étrangère & en faire un fief feminin.

❋ Si cette concluſion étoit fondée, la lettre d'inveſtiture du 10 de Mars & la Convention du 21 de Mars de 1426 de l'Empereur Sigismond aſſureroient la Succeſſion en Baſſe-Bavière à la Maiſon de Brandenbourg à l'excluſion de celle d'Autriche. Selon la Généalogie ci jointe (p 81.) le Duc Albert & ſon épouſe Eliſabeth fille de Sigismond n'ont laiſſé qu'un fils Ladislas mort ſans héretiers, & deux filles, dont l'ainée Anne, mariée à Guillaume Marggrave de Misnie, de la fille unique de laquelle, mariée à Jean Electeur de Brandebourg, deſcend la Maiſon Electorale de Brandebourg, doit précéder & exclurre ſa ſœur puinée Eliſabeth dont deſcend la préſente Maiſon d'Autriche. Celle-ci ne deſcend aucunement du Duc Albert V. par les mâles & ne lui appartient que par une ligne collaterale, laquelle ne ſauroit jamais hériter un droit, qui ſelon les propres principes de cette analiſe & le Traité du 21. Mars 1426. étoit acquis à la deſcendance feminine du Duc Albert V. & de ſon epouſe Eliſabeth. On ne fait ici cette inſtance, que pour prouver, que la préſente Maiſon d'Autriche ne ſauroit tirer aucun droit ni avantage de la lettre d'inveſtiture de 1426. quand même elle ſeroit valable. D'ailleurs la Maiſon de Brandebourg ne diſpute pas la Succeſſion en Baſſe-Bavière à la Maiſon Palatine, qu'elle lui croit plutôt duë comme dans un fief maſculin de la Maiſon de Wittelſpach, & elle eſtime, que la Maiſon d'Autriche n'eſt pas fondée à

étendre

Réponse de la Cour de Vienne.

❋ 5°. Les lettres d'Investiture ont déjà été répresentées à Mr. l'Electeur Palatin, & ont servi de base à l'arrangement qui a été fait avec lui. Il en est d'ailleurs parlé dans Struve Corp. Hist. Germ. Period. IX. §. 32. & dans Kœhler Reichs-historie pag. 351.

Mémoire du Baron de Riedesel.	*Réponse de la Cour de Vienne.*

On a donc de la peine - - - - - - de l'Empereur Charles VI.

❋ L'on se flatte, que les differents éclaircissemens donnés dans les Notes responsives de la Cour de Vienne, ainsi que ceux qu'on ajoute ici, rendront enfin la chose aussi facile à concevoir qu'elle est juste & fondée. Il a déjà été dit dans la prémiére réponse, & on repete encore: „Que sans la plus grande injustice per„sonne ne peut trouver mauvais, qu'une Puissance quelconque cherche à faire „valoir des droits, qu'elle croit être des mieux fondés."

On ne sauroit se dispenser - - - - - qui y sont étrangers.

❋ On se seroit certainement abstenu de mêler à la présente discussion cet objet étranger, si le Mémoire joint à la prémiere Note, n'y avoit pas necessité, & maintenant sans entrer dans aucun nouveau détail, l'on se bornera à deux remarques propres à repandre du jour sur cette affaire.

❋ 1°. Il paroit, que l'Empereur Sigismond dans l'alienation de l'Electorat de Brandebourg avoit beaucoup plus en vuë les avantages de l'union de deux grandes maisons, que le prix de $\frac{400}{m}$ florins qu'il en a retiré; & l'Electeur Frédéric à sa demande expresse, s'est engagé, ainsi qu'il conste des lettres reversales, sous la foi du serment, pour lui & ses héritiers, *de n'être jamais contre la Couronne de Bohème, mais au contraire de l'assister de ses secours, Conseils & services.*

❋ 2°. Les lettres d'aveu des Electeurs (Willbriefe) en usage dans ce tems-là, ne doivent pas être confondues avec le consentement de l'Empire, requis aujourdhui par les Capitulations Impériales; celles-là n'étant pas essentiellement nécessaires à la

étendre les privileges qu'elle prétend avoir de pouvoir succéder aux fiefs masculins de l'Empire au point de les changer en feminins. On espere, que la Cour de Vienne ne voudra pas serieusement soutenir le principe, qui n'a été que legerement indiqué dans cette Analyse & qui seroit d'une conséquence si dangereuse, que tout l'Empire ne pourroit se dispenser de s'y opposer à tems, puis qu'à la faveur de ce principe & sous de prétextes pareils, que celui d'à présent, la Maison d'Autriche pourroit au moyen des mariages & des successions feminines s'attribuer peu à peu la succession de tous les fiefs masculins de l'Empire. Le dit principe doit être fondé sur le fameux privilége de l'Empereur Frédéric I. de 1156. mais ce privilége ne dit autre chose si-non: *que si les mâles d'Autriche venoient à manquer, la fille ainée doit succéder.* Il n'est donc question que du Duché d'Autriche, non qu'elle soit habile de succéder à d'autres fiefs masculins. D'ailleurs les connoisseurs de la Diplomatique & de l'histoire d'Allemagne savent assez, que ce privilége de Frédéric I. est aussi peu authentique, que celui qu'on attribue à Jules César & à Néron.

✱ On est fondé à croire, que l'original de la lettre d'investiture de 1426. n'a pas été représenté à Mr. l'Electeur Palatin & que ce Prince y a cru de bonne foi sans l'avoir vu. Le Ministére Bavarois en a demandé la représentation selon l'annexe & n'a pû l'obtenir jusqu'ici. Elle auroit de droit dû être représentée à toute la Maison Palatine, à celle de Saxe & à l'Empire comme aux parties essentiellement interessées à la succession de Bavière. Comme on en a à présent des copies vidimées, qui sont ci-jointes, on en sait assez pour être convaincu de leur nullité.

✱ La Cour de Berlin n'auroit surement pas trouvé à dire que la Cour de Vienne fasse valoir des droits bien fondés sur la succession de Bavière; & S.M. Prussienne croit avoir assez prouvé par des propositions plus qu'avantageuses, combien elle souhaitoit de complaire à LL. MM. II. mais après tout ce qu'on a répondu aux éclaircissemens donnés, on devroit croire, qu'elles trouveroient elles-mêmes cette prétention tellement destituée de tout fondement, si destructive des droits les plus clairs de la Maison Palatine & de celle de Saxe, qu'elles ne pourroient pas trouver mauvais selon leur façon de penser équitable, que d'autres Puissances ne sauroient y être indifferentes.

✱ Le Mémoire en question, qui a été communiqué par un hazard involontaire, ne contenoit pourtant rien d'étranger à la présente discussion, comme les excursions qu'on a jugé à propos de faire dans le Mémoire précedent & dans celui-ci sur l'Electorat de Brandebourg.

✱ Pour répondre à cette premiere remarque, on est obligé d'alléguer d'après la notorieté historique, que le Bourggrave Frédéric, ensuite Electeur de Brandebourg, a toujours rendu les plus grands services à l'Empereur Sigismond, qu'il l'a tiré des plus grands embaras par ses avances; que le prix de $\frac{400}{m}$ non *florins ordinaires*, mais des *florins d'or d'Hongrie* ou Ducats qu'il a payé pour l'Electorat de Brandebourg, faisoit pour ce tems-là un Capital immense fort superieur aux revenus du païs; que la promesse *de ne pas être contre la Couronne de Bohême* a été reciproque de la part de cette Couronne envers l'Electeur, selon l'Acte de vente original de 1415. & que non seulement l'Electeur Frédéric I. mais aussi toute sa posterité a satisfait à cet engagement envers la Maison d'Autriche au delà de son devoir; mais un pareil engagement ne sauroit être appliqué qu'à des prétentions justes & non à un cas de la nature de celui d'à présent.

✱ On se bornera à répondre à cette seconde remarque, que les Archives de Berlin contiennent non seulement les lettres d'aveu de tous les Electeurs pour la vente de l'Electorat de Brandebourg

Réponse de la Cour de Vienne.

la validité de l'acte, étoient souvent demandées & obtenues après que la Résolution Impériale étoit emanée, & même après l'expedition du Diplome, qu'on étoit dans l'usage d'inserer dans ces lettres.

Mémoire du Baron de Riedesel. *Réponse de la Cour de Vienne.*

La seconde prétention - - - - - - - suivantes. ✻ Voici l'objection, qui a été faite dans la premiere Note: que les fiefs de la Couronne de Bohème font des parties intégrantes du Haut-Palatinat, & dont le retour a été expressement assuré par la paix de Westphalie à la ligne Palatine.

On a avancé dans la réponse & prouvé dans le Mémoire y joint: „Qu'on ne „peut pas envisager les fiefs en question comme des parties intégrantes du Haut-„Palatinat, & que la paix de Westphalie n'a jamais eu ni le droit ni la volonté „d'enlever à la Couronne de Bohème ceux qu'elle a toujours eu incontestablement „sur les fiefs en question." On verra ci-après que tous ces argumens, qui d'ailleurs tendent au but, sont apuyés des preuves les plus irrefragables.

Les territoires qui - - - - a chargé cet Electorat. ✻ Il est vrai, que la plus grande partie de ces fiefs a été comprise dans le Lot de la Branche Rodolphine, mais ils n'ont jamais été des appartenances de l'Electorat Palatin, & l'on s'est expliqué déjà sur la prétenduë inaliénabilité d'un Fideicommis érigé par le Traité de Pavie.

✻ Voici des faits incontestables concernant ces Territoires, devenus fiefs de la Bohème. L'Empereur Charles IV. les acheta & les réunit à sa Couronne en 1355. L'on conserve encore dans les archives de Vienne les lettres de chacun des Electeurs sur cette acquisition. Ce n'est qu'un an après, c'est à dire en 1356. que la Bulle d'or, ordonnant l'indivisibilité des Electorats, a été émanée. Il n'étoit donc pas possible, que cette Bulle ait chargé, ou pû charger ces Territoires comme appartenances de l'Electorat Palatin de la qualité d'indémembrables & d'inseparables, puisqu'un an avant son existence ils étoient déjà demembrés des possessions Palatines par une vente, & incorporés à la Couronne de Bohème.

Si la Couronne de Bohême - - - - Maison Palatine. Il vient d'être demontré que la reunion de ces Territoires à la Couronne est anterieure à la Bulle d'or, & on ne peut pas donner à cette Constitution d'Empire un effet rétroactif. Depuis lors les Comtes Palatins ont envahi la plus-part de ces Districts à main armée, & le Roi George Podiebrad, pour arrêter leurs usurpations, a conclu, comme on sait, avec ces Princes une Convention, par laquelle ils ont reconnu les tenir en fiefs de la Bohème. C'est là-dessus que se fonde le Domaine direct de cette Couronne.

La Couronne de Bohême - - - - - de la ligne Guillelmine. ✻ Le Recès, conclu en 1708. entre l'Empéreur Joseph I. & l'Electeur Palatin Guillaume, demontre clairement, que la Couronne de Bohème n'est pas dans

l'obli-

bourg, mais que la lettre d'investiture contient aussi le consentement formel des Electeurs & Princes de l'Empire, qui étoient présens en grand nombre à l'occasion de l'assemblée du Concile de Constance.

❋ La suite fera voir que les objections faites dans les Notes précedentes subsistent dans toute leur force, & que les argumens qu'on y a opposés, ne sont rien moins qu'irrefragables.

❋ Si ces fiefs de Bohème ont appartenu originairement à la Branche Rodolphine comme il conste par le Traité de Pavie; si les Etats de cette Branche constituent l'Electorat Palatin, ce qui n'est pas douteux, il s'ensuit, que lesdits fiefs sont des appartenances de l'Electorat Palatin. Quant au Fideicommis inalienable, établi par le Traité de Pavie, on croit l'avoir suffisamment constaté dans les répliques précedentes.

❋ Les Districts du Haut-Palatinat, qui sont devenus des fiefs de Bohème, ont originairement appartenu à l'ancien Patrimoine de la Maison de Wittelspach & sont nommément compris dans le Traité de Pavie de 1329. Ils étoient donc chargés par ce Traité du Fideicommis inaliénable longtems avant l'achat que l'Empereur Charles IV. en fit en 1355. Cet achat y étoit donc contraire & non valable & les dits districts n'auroient pas dû être démembrés du Haut-Palatinat; mais y rester attachés du tems de la publication de la Bulle d'or faite en 1356. & par consequent participer aussi à la qualité d'indémembrables, dont cette Loi de l'Empire chargea les possessions Palatines. C'est de ce démembrement contraire au Traité de Pavie & aux droits de toute la Maison Palatine, que vinrent les oppositions qu'on appelle ici usurpations de cette Maison, qni ne furent levées, que par la Convention que George Podiebrad Roi de Bohème fit avec elle en 1465 par laquelle la Maison Palatine a reconnu tenir ces fiefs de la Bohème, mais en a gardé la substance. Quand on considere toutes ces circonstances, on ne trouvera rien d'extraordinaire, à ce que la Bulle d'or ait un effet retroactif dans le cas en question, & on peut dire à juste titre, que tous les Districts du Haut-Palatinat, & par consequent aussi ces fiefs sont toujours restés des parties intégrantes de l'Electorat Palatin & prennent part à la qualité d'indémembrables, dont la Bulle d'or a chargé cet Electorat.

❋ On s'abstient de discuter les faits allegués ici, qui ne peuvent être connus qu'aux Cours de Vienne & de Manheim; mais comme ils n'ont eu lieu qu'à l'occasion de ce que Maximilien Electeur de Bavière fut mis au Ban de l'Empire pendant la guerre de la Succession d'Espagne

l'obligation *de conferer ces fiefs à tous les descendans de la Maison Palatine aussi longtems qu'il en existe.* Il conste par la teneur de cet acte, que l'Electeur Guillaume se retira par devers l'Empereur, *comme Roi de Bohème*, pour le *supplier très-humblement*, de lui conferer de nouveau les fiefs de la Couronne de Bohème; Que cette nouvelle donation a été refusée d'abord, par la raison que l'Electeur demandoit cette Investiture *ex debito iustitiae;* Que de l'avis unanime des Pairs de la Cour féodale, il a été reconnu, que ces fiefs étoient dévolus *purement & simplement* (ganz ledig(ich) à la Couronne de Bohème; Qu'en signifiant ce jugement à l'Electeur, on lui a laissé l'option, *ou de produire de meilleures preuves de son prétendu droit*, *ou de demander l'Investiture par la voye de grace;* Que sur cela l'Electeur a essayé *differens moyens dans la vuë de prouver son droit*, *mais qu'en dernier résultat il a demandé ces fiefs à titre de nouvelle grace;* Que *ces moyens allegués ont été trouvés non valables & sans aucune force*; Que cependant les dits *fiefs vacans & dévolus à la Couronne de Bohème on été conferés par grace Royale & clemence à l'Electeur à titre de donation & seulement pour sa personne & ses descendans mâles.* On y a ajouté plusieurs autres exceptions & modifications qu'on passe sous silence.

Mémoire du Baron de Riedesel.	*Réponse de la Cour de Vienne.*
Comme selon la teneur expresse - - - - - Paix de Westphalie.	✱ Pour répondre à ce Passage on observera, que le Traité de Westphalie

n'emporte par lui-même & dans ses dispositions générales aucune obligation rélativement à la Couronne de Bohème: Les Contractans de cette paix ont senti d'eux-mêmes cette verité & l'ont confirmée par leur propre fait. Car s'ils avoient crû, que ce qui étoit réglé pour tout l'Empire, devoit aussi s'observer en Bohème, ils n'auroient sans doute pas inseré Art. IV. §. 55. une stipulation particuliere sur l'administration de la justice dans ce Royaume.

Dans le même esprit & par la même raison, s'il s'étoit agi d'envelopper les fiefs de la Couronne de Bohème dans la reversion du Haut-Palatinat, stipulée à l'art. IV. § 9. en faveur de la Maison Palatine, on se seroit certainement concerté là-dessus avec cette Couronne, le Traité de Westphalie ne pouvant lui imposer, non plus qu'à toute autre Puissance étrangère aucune obligation qu'avec son concours & de son plein gré & consentement. Ces considérations ainsi que les autres, qu'on a relevées dejà, prouvent donc invinciblement, que la Paix de Westphalie n'a jamais eu ni le droit, ni la volonté d'enlever à la Couronne de Bohème celui qu'elle a toujours & incontestablement eu sur les fiefs en question.

Réplique de la Cour de Berlin.

pagne & comme la Maison de Bavière fut entierement retablie dans toutes ses possessions, même dans les fiefs de Bohême par l'article 15. de la Paix de Bade de 1714. les transactions, qui ont eu lieu pendant cet intervalle, ne sont que *temporaires* & ne sauroient rien changer aux anciens droits de la Maison Palatine, & du moins les faits de l'Electeur Palatin Guillaume de Neubourg ne peuvent porter aucun préjudice aux autres lignes Palatines de Sulzbach & de Deuxponts. Ces deux dernieres Branches succedent à present non en vertu du Recès de 1708. allegué ici, mais par leurs anciens titres, & particulierement par le Traité de Pavie en combinaison de la Convention faite en 1465. avec George Podiebrad, Roi de Bohême. Les principes de justice ne permettent pas de faire ainsi valoir des *transactions passagères* telles que celles, qui ont été produites par les circonstances extraordinaires du tems contre la Maison Palatine pendant la longue guerre d'Allemagne, & contre la Maison de Bavière pendant la guerre de la Succession d'Espagne, mais qui ont perdu leur force par les Traités de pais de Westphalie & de Bade, qui les ont suivi & ont tout remis dans l'état précedent, à l'exception de ce qui y a été changé expressement.

* Ce seroit d'un mauvais augure pour la sureté du Corps Germanique, si la Couronne de Bohême vouloit se permettre de faire partie de ce Corps ou non, selon ses differentes convenances, & que dans le cas présent elle pût se soustraire aux obligations de la Paix de Westphalie sous un prétexte aussi foible que celui, qui est allegué ici. On fait quelques fois dans les Traités de pareilles stipulations particulieres, pour en rendre les obligations d'autant plus fortes. L'Empéreur Ferdinand III. le principal Contractant de la Paix de Westphalie étoit en même tems Roi de Bohême, la guerre avoit commencé & avoit été faite en & pour la Bohême. Il étoit donc naturel & necessaire, que Ferdinand III. fit expressement excepter des obligations de la Paix de Westphalie son Royaume de Bohême, si telle avoit été son intention.

Il faut considerer en outre que les fiefs de Bohême en question sont situés non en Bohême, mais dans l'*Allemagne proprement dite*, selon les termes exprés de l'acte d'incorporation de Charles IV. de 1355. qu'il a d'ailleurs simplement fait en qualité d'Empéreur & qu'ils doivent être assujettis par consequent aux obligations de la Paix de Westphalie. On n'a cependant dit nulle part, que la Paix de Westphalie ait enlevé à la Couronne de Bohême ses droits sur les fiefs en question; elle n'en avoit jamais eu d'autres que ceux de conferer ces fiefs aux differentes Branches de la Maison Wittelspach. La paix de Westphalie n'a fait que retablir l'ordre qui avoit été interrompu par la guerre précedente. Elle a statué, que le Haut-Palatinat, qui fut ôté à la ligne Rodolphine en faveur de la Branche Guillelmine, devoit après l'extinction de celle-ci retourner à la premiere, naturellement tel, qu'il avoit été posedé par la ligne Rodolphine, & par consequent avec les fiefs de Bohême. Si Ferdinand III. Roi de Bohême avoit voulu en faire excepter ces fiefs, il auroit du le faire expressément, au defaut de quoi l'interpretation se fait selon la regle de droit ordinaire contre la Couronne de Bohême, qui auroit du s'expliquer plus clairement.

Réponse de la Cour de Vienne.

La troisieme prétension de l'Empéreur Joseph I. — — — — * On ne peut pas soutenir „que le „droit de regredience est contraire à l'u„sage constant de la Maison de Bavière." Car pour faire valoir un pareil droit, il faut qu'il n'y ait plus de mâles d'une Maison, & alors seulement les Princesses renonçantes sous reserve, ou leur descendance, peuvent faire revivre leur droit en vertu de la regredience, le Fideicommis, qui affectoit les biens allodiaux au profit des mâles, étant venu à cesser. Les cas des successions, qui se sont presentés jusqu'ici, soit dans la Branche Ludovicienne, soit dans la Rodolphine, n'ont pas fourni matiere à des prétentions de cette espece, & par consequent on ne sauroit reclamer *l'usage constant de la Maison de Bavière.*

L'on ne peut pas non plus dire, que le droit de régredience est contraire à l'usage constant de toute l'Allemagne; autrement il faudroit admettre, que toutes les reserves dans les renonciations sont nulles & de nulle valeur. Mais si ces reserves sont regardées comme des conditions, qui affectent & modifient la renonciation, il faut que le cas échéant chacune des branches feminines soit appellée à la Succession du mâle, en faveur duquel seulement elle a renoncé. Gailius, Harprecht, Hertius, une foule d'autres Jurisconsultes allemands, plusieurs consultations de differentes universités, nombre d'arrêts tant du Conseil Aulique, que de la Chambre Impériale, confirment cette Jurisprudence & l'usage qu'elle a introduit en Allemagne.

* Quant aux pretentions étrangères, S. M. n'est nullement intentionnée à y porter la moindre atteinte; elle est prête à donner les mains à tous les moyens de conciliation combinables avec sa dignité & la justice de sa cause.

* On observera au reste, que la Succession de Bavière n'est pas composée de Royaumes & de Principautés, auxquels par les loix de l'Empire & d'autres Constitutions fondamentales, la descendance feminine soit habile à succeder, & que le dernier Possesseur mort sans enfans, n'a pas pû transmettre ses droits quelconques à une fille & Heritiere à l'exclusion des autres Princesses du sang renonçantes.

* Il est donc clair, que la difference est immense entre les droits incontestables & exclusifs de S. M. l'Impératrice-Reine à toute la Succession de l'Empereur Charles VI. & les prétentions que forment aujourd'hui sur les biens allodiaux de la Bavière les descendans des Princesses, qui toutes avoient fait des renonciations dans leur tems.

Réplique de la Cour de Berlin.

* Il y a plusieurs cas dans la famille de Bavière, que les Branches masculines se sont éteintes, comme celle de Basse-Bavière en 1340. & en 1425. & celle de Landshut en 1503. où le droit de regredience auroit pû être exercé par les Maisons de Brandebourg, de Würtemberg & autres; sans qu'il conste, qu'il en ait été jamais question, ainsi qu'à l'extinction de la Ligne Palatine de Simmern, la sœur du dernier, la Duchesse d'Orleans, a seule herité. Il paroit plutôt que la Maison d'Autriche a voulu exercer en 1340. & 1425. le même droit d'héritage exclusif qu'à present l'Electeur de Saxe demande a exercer. *L'usage de la Maison de Bavière contraire à la regredience est donc suffisament constaté par là.*

Les renonciations & les reserves des Princesses peuvent avoir leur effet autant qu'elles sont les plus proches parentes & héritieres du dernier mâle d'une famille, mais elles perdent cet effet pour les Princesses, qui sont dans un degré plus eloigné, desorteque ce Principe peut très bien consister.

Quant à l'usage & aux prejugés qu'on allegue ici, il ne seroit pas difficile d'y en opposer d'autres, & il est connu, que les celèbres JCtes *Senkenberg* & *Pütter* ont suffisament refuté le principe de la regredience, mais on abandonne à la Cour de Saxe le soin de combattre ces allegations, & on se borne d'observer, qu'ils ne sauroient affecter la succession de la Maison de Bavière, dont l'usage contraire à la régredience a été prouvé. Dailleurs les Jurisconsultes & les Tribunaux, qu'on cite ici, seroient bien embarassés de debrouiller les portions de la Succession allodiale de Bavière, que selon les principes de la prétendue regredience les Maisons de Saxe, de Bourbon, d'Autriche, de Brandebourg, de Würtemberg & toutes celles de l'Europe, dans lesquelles des Princesses de Bavière ont été mariées, depuis Otton I. de Wittelspach jusqu'à la mort de Maximilien Joseph pourroient prétendre. Pour ne parler que de celle de Brandebourg, il est connu, que Fréderic I. Electeur de Brandebourg a eu pour épouse Elisabeth fille de Fréderic Duc de Bavière, de laquelle descend toute la Maison de Brandebourg d'à présent, de sorte que selon le principe de la Cour de Vienne, la Maison de Brandebourg pourroit pretendre le même droit de regredience, ce qu'elle est pourtant fort eloignée de faire.

* Il seroit à souhaiter qu'on put concilier cette assurance, avec la fermeté que la Cour de Vienne temoigne à vouloir emporter à tout prix la grande partie de la Bavière, qu'elle a occupée & qui absorbe la meilleure moitié du fief de Bavière & de tout l'alleu qui s'y trouve mêlé.

* Si la Succession de Bavière n'est donc composée que de *Principautés*, *auxquelles la descendance feminine n'est pas habile à succéder*, on ne voit pas comment S. M. l'Impératrice-Reine peut y succéder soit pour sa personne, soit par sa descendance du Duc Albert qui n'est que feminine.

* Le Public impartial ne trouvera pas cette différence si immense; il pourroit même trouver, que le droit de regredience des Princesses devroit plutôt avoir lieu à l'égard des Etats comme ceux d'Autriche, dans lesquels la succession feminine est établie, qu'à l'égard d'un autre comme celui de Bavière, où les mâles seuls sont habiles à succéder.

Mémoire du Baron de Riedesel. *Réponse de la Cour de Vienne.*

Après tout ce qu'on vient — — — plus petite partie. * L'on se flatte au contraire, après tout ce qu'on vient de deduire avec évidence, d'avoir mis chacun à portée de se convaincre par lui même, que les prétentions de S. M. ne peuvent que gagner par la discussion & l'analyse.

Si Mr. l'Electeur Palatin — — — auparavant. * Mr. l'Electeur Palatin, qui est présentement la seule partie principale interessée, a reconnu ces droits & leur validité originaire, & ils ne sauroient être annullés par un tiers, qui n'est point fondé à s'y opposer, & est encore beaucoup moins en droit de prononcer sur cet objet.

On peut laisser indecis — — — de la Maison d'Autriche. * Voici de quelle manière il a été procedé de part & d'autre dans cette affaire, & l'on a droit de s'attendre, que cet Exposé dissipera jusqu'à l'ombre d'un soupçon de violence. Dans un tems où l'on ne pouvoit envisager la mort de l'Electeur de Bavière comme un évenement prochain, le concert amiable étoit déjà établi avec Mr. l'Electeur Palatin, & l'on étoit même d'accord sur le fondement des droits de la Maison d'Autriche. Il est vrai, ainsi qu'on l'a dit dans la Note circulaire du 20. Janvier, qu'après le decès de l'Electeur Maximilien Joseph, „Sa Majesté „l'Impératrice avoit été engagée par la premiere Patente de l'Electeur Palatin de „faire marcher un Corps de Troupes vers la Bavière." Mais il est également vrai, que cette premiere Patente, ainsi qu'il a consté ensuite, a été emanée à l'insçû de Mr. l'Electeur, & il ne l'est pas moins, que cet incident éclairci une fois, „la prise de possession n'a point precedé un arrangement amiable avec Mr. l'Elec„teur Palatin, & qu'elle n'a eu lieu au contraire qu'après la Convention signée „& ratifiée par Mr. l'Electeur comme une consequence necessaire de ce dont on „étoit convenu avec lui."

Réplique de la Cour de Berlin.

* On croit plutôt, qu'en comparant l'analyse avec cette Replique, il doit en resulter une conviction entière, que les prétentions de la Cour de Vienne ne peuvent absolument pas être conciliées avec la justice & que si elle veut en écouter la voix, elle devroit y renoncer entièrement.

* Ces conclusions paroissent devoir ceder aux deux conclusions suivantes: 1°. Si la prétention sur la Basse-Bavière derivée de la lettre d'investiture de 1426. & reconnue par Mr. l'Electeur Palatin, est fondée, elle appartient par ce qui a été deduit incontestablement, non à la Maison d'Autriche, mais à celle de Brandebourg, qui descend en ligne droite de la fille ainée du Duc Albert V. & par consequent S. M. le Roi de Prusse ne seroit pas un *Tiers*, mais la *partie principalement intéressée*, & ne sauroit laisser emporter à la Maison d'Autriche un heritage, auquel Elle auroit beaucoup plus de droit que celle-ci. 2°. Si cette prétention n'est pas fondée, Mr. l'Electeur Palatin n'a pas pû la reconnoître, ni la Cour de Vienne s'en prévaloir sans injustice, & sans un préjudice irréparable de la Maison de Deux-ponts & de celle de Saxe, & le Roi comme ami & allié de ces Princes, qui ont reclamé son intervention, comme membre de l'Empire & partie contractante & garante de toutes les Constitutions Germaniques, est très-fondé à s'opposer à l'occupation injuste d'un héritage si considérable faite soit par violence, soit par collusion, sans aucune voye legale, destructive par consequent de la sureté de tout l'Empire & à s'intéresser par tous les moyens possibles, pour que l'importante Succession de Bavière ne soit pas enlevée aux heritiers naturels & legitimes.

* Quelque explication ou tournure qu'on veuille donner à cette affaire, tout ce qu'on allegue ici ne sauroit jamais dissiper l'idée de violence ou de procedés illegaux. La Convention passée entre S. M. l'Impératrice-Reine & Mr. l'Electeur Palatin est à la vérité datée du 3. Janvier 1778. mais elle n'est devenue publique qu'entre le 16. & le 20. de Janvier, après que les Troupes Autrichiennes avoient déjà pris possession de la Bavière. Mr. le Prince de Kaunitz dit ingenument dans la Note de 20. Janvier: que la prise de possession de toute la Bavière faite par l'Electeur Palatin ayant fait juger, que ce Prince vouloit mettre obstacle aux droits de la Maison d'Autriche, elle avoit jugé nécessaire *de prendre des précautions & de faire marcher des Troupes en Bavière; que peu APRES on s'étoit arrangé amicalement.* On avoue donc, que la marche des Troupes a *précédé* l'arrangement amical. Il est notoire, que cette marche & les menaces de la Cour de Vienne ont été le principal motif, qui ont porté Mr. l'Electeur Palatin à reconnoître la prétention Autrichienne. On pourra en produire des aveux & d'autres preuves en cas de besoin & on pourroit en provoquer à la declaration sincère de ce Prince, qui l'avoue assez en faisant déclarer par tout par ses Ministres, qu'il n'avoit fait la Convention de 3. Janvier & les grands sacrifices y contenus, que pour conserver la tranquillité d'Allemagne, expedient qui va à la verité trop loin pour les droits de sa Maison. Comment seroit-il possible d'imaginer autrement, que ce même Prince ait cedé la moitié de son Patrimoine & reconnu une vieille prétention, dont la nullité saute aux yeux, sur la simple allegation d'une ancienne chartre, qu'il n'avoit pas même vue. S'il l'avoit fait de *plein gré*, il faudroit lui supposer une autre intention encore moins croyable, qu'il ait à dessein voulu sacrifier à une Maison étrangère les droits les plus clairs & les plus precieux de sa propre Maison. Quoiqu'il en soit enfin des ressorts, qui ont opéré une reconnoissance & cession si singuliere, on ne sauroit que repeter ici qu'elle ne peut jamais subsister & sera selon la justice toujours nulle par elle-même.

Mémoire du Baron de Riedesel.

De quelque façon — — — du Corps Germanique.

Réponse de la Cour de Vienne.

* Voici ce que ce Passage contient de plus essentiel: La Convention conclue par Mr. l'Electeur Palatin, n'est pas valable, parce qu'elle est contraire aux Pactes de sa Maison, aux Constitutions de l'Empire & specialement à la Paix de Westphalie, enfin au droits du tiers.

* Mais il a été demontré déjà: que le Traité de Pavie n'a pas institué *un Fideicommis inalienable & inseparable.*

* Que quand même une pareille institution auroit eu lieu, elle seroit déjà abrogée par l'usage contraire.

* Que dans aucun cas elle n'a ni pû ni dû s'entendre au Duché de la Basse-Bavière.

* Qu'en général & de l'aveu même de la Maison Palatine dans ses Manifestes, le Traité de Pavie n'a jamais été mis en execution. Il resulte donc de là, qu'on ne peut pas depouiller Mr. l'Electeur Palatin de la faculté, qu'il a, de transiger, sous prétexte, que la Convention, qu'il a faite, seroit contraire aux Pactes & Constitutions de sa Maison.

* Il a été pareillement demontré, que la Bavière n'a jamais été *un Electorat chargé de l'indivisibilité.*

* Que les fiefs de la Couronne de Bohême ne sont pas des parties integrantes du Haut-Palatinat.

* Que le retour de ces fiefs n'a pas été, & n'a jamais pû être stipulé par la paix de Westphalie à la ligne Palatine.

* Qu'ils n'ont acquis, & n'ont jamais pû acquerir la qualité d'indemembrables & inseparables, dont la Bulle d'or a chargé l'Electorat Palatin.

* Il resulte donc encore, qu'on ne peut pas depouiller Mr. l'Electeur de la faculté de transiger là-dessus, sous prétexte, que ce seroit agir contre les loix de l'Empire, la Bulle d'or & la Paix de Westphalie.

* Pour ce qui est des droits du tiers, ou l'on comprend sous cette denomination les *Princes Palatins*, ou les *héritiers Allodiaux*, ou bien d'autres interessés dans la succession. Après qu'il a été demontré, qu'une partie de la Basse-Bavière devoit revenir à la Maison d'Autriche, & que la Concession de fiefs de Bohême ne pouvoit pas

Réplique de la Cour de Berlin.

* Quand on compare l'*analyse* avec cette *réplique*, tout lecteur impartial doit être convaincu, que les conclusions du passage de la Note Prussienne du 9. de Mars qu'on allegue & combat ici, restent dans toute leur force.

* On a donc demontré, que le Traité de Pavie contient la stipulation expresse de l'*inalienabilité* & de l'*inseparabilité*, effets incontestables d'un Fideicommis, qui le constituent, quand même ce nom n'a pas été exprimé.

* Est-ce qu'un petit nombre de contraventions & de tentatives faites illégalement, peuvent etablir un usage contraire & abroger le fonds d'une Convention, qui a été si souvent renouvellée & confirmée même par Mr. l'Electeur Palatin d'à présent?

* La Convention de Pavie a donc été étendue à la Basse-Bavière par les Pactes de famille de 1524. de 1766. & particulierement par celui de 1348. où du tems même de la réunion de la Basse-Bavière faite à la Haute-Bavière, les Comtes Palatins en renonçant à la Basse-Bavière en faveur des Ducs de la Haute-Bavière, s'en sont expressément reservés la succession eventuelle après l'extinction de cette ligne.

* Une assertion si gratuite & contraire à la vérité, faite par la Maison Palatine dans le cas de sa contestation particulière avec la Maison de Bavière, ne pouvoit pas détruire une sanction pragmatique de sa Maison qu'elle a reconnu pour telle ensuite & en toute occasion. Il en resulte plutôt que Mr. l'Electeur Palatin n'a pas pû faire une transaction préjudiciable aux droits & aux Pactes de sa maison, qu'il a renouvellés & confirmés lui-même de la manière plus solemnelle en 1746. 1766. 1771. & 1774.

* La Bavière a été incontestablement un Electorat jusqu'au tems de la Bulle d'or & après la paix de Westphalie. On ne veut pas discuter ici la question, si l'indivisibilité des Electorats & même la qualité Electorale n'y est pas restée inhérente. On n'a eu proprement d'autre intention, que d'attribuer cette qualité au Haut-Palatinat comme faisant partie de l'Electorat Palatin.

* Ces fiefs de Bohême sont nommés dans le Traité de Pavie comme appartenant à la ligne Palatine, ils sont donc des parties intégrantes du Haut-Palatinat, dans lequel ils sont situés; ils n'en ont été jamais demembrés ni de fait ni de droit.

* La Paix de Westphalie ayant assuré à la Maison Palatine le retour du Haut-Palatinat sans exception & tel qu'elle l'avoit possédé auparavant, le retour de ces fiefs doit y être compris.

* Si les fiefs de Bohême appartiennent au Haut Palatinat & à la Maison Palatine, ils doivent absolument participer à la qualité d'*indémembrables*, dont la Bulle d'or a chargé l'Electorat Palatin.

* Il resulte plutôt de toutes les prémisses, que la conclusion, qu'on veut combattre ici, est très-juste.

* Après qu'il a été demontré, que la Maison d'Autriche n'a aucun droit de succéder en Basse-Bavière, ni de réunir ses fiefs de Bohême au Domaine direct, Mr. l'Electeur Palatin n'a pas été en droit de reconnoitre des prétentions non fondées au préjudice de ses successeurs, agnats & cohéritiers, & s'il l'a fait, son fait illegal ne sauroit obliger ses agnats & cohé-

pas être exigée de droit, après que Mr. l'Electeur, comme Chef de sa Maison, a examiné, reconnû & confirmé tout cela, les autres *Princes Palatins* ne seroient plus fondés à soutenir que ce qui est demontré pour ce Souverain ne le soit pas aussi à leur égard.

* Dèsque le droit de la Maison d'Autriche est fondé, Mr. l'Electeur n'a plus de prétentions ni sur les Districts de la Bavière, ni sur les fiefs de la Bohême, & si ce Prince n'en a point, de quel chef les autres Branches Palatines pourroient elles en former?

* On objectera peutêtre, que ces Branchés n'ont point reconnu les droits de la Maison d'Autriche. Mais leur acquiescement est-il necessaire dans ce tems-ci? Ces Princes Palatins ne sauroient ôter à Mr. l'Electeur Palatin, qui est d'une autre Branche qu'eux, la faculté qu'il a en qualité de chef de toute la Maison, de conclure des Traités & de s'arranger avec d'autres Puissances sur la possession tant des Païs, qui lui sont devolus, que de ceux, qui étoient déjà en son pouvoir. A quoi l'on ajoutera, qu'aussi peu qu'il est permis à des Agnats d'après une regle de droit connue, de revoquer les alienations & engagemens, avant que la succession ne leur soit échuë; tout aussi peu les Branches collaterales Palatines peuvent elles deroger, même par les protestations les plus solemnelles, à la convention arrêtée par Mr. l'Electeur Palatin, tant & si longtems, que par l'extinction de la Branche de Sulzbach, elles ne sont pas appellées à la Succession.

* Que si elles veulent combatire les droits de la Maison d'Autriche, la voye de la justice leur est ouverte, ainsi qu'à tout le monde, en matiere contentieuse par les loix de l'Empire.

* L'on ne discutera pas ici, s'il est permis de se pouvoir à la Diette même de Ratisbonne contre les arrêts des Tribunaux de l'Empire; mais quelque opinion qu'on adopte à ce sujet, l'on ne pourra jamais en inferer, qu'un objet litigieux puisse être porté en prémiere instance directement à l'assemblée du Corps Germanique.

* Pour ce qui est des Héritiers allodiaux & autres interessés, nommément Mr. l'Electeur de Saxe, exerçant les droits de Madame sa mere, Princesse renonçante de Bavière; S. M. est fort éloignée, de vouloir leur disputer leurs prétentions & demandes sur les biens allodiaux. Aussi par la prise de possession bornée uniquement aux objets des lettres Impériales d'investiture & d'expectative, ainsi qu'au droit de reversion de la Couronne de Bohême, S. M. n'entend aucunement traverser les vuës legitimes de qui que ce soit, & encore moins celles de Mr. l'Electeur de Saxe.

* L'on conclut par repeter, qu'il est incontestable, „que selon la Constitution „fondamentale de l'Empire il n'y a que deux façons legales de faire valoir ses droits, „c'est à dire une Transaction amiable avec la partie intéressée, ou une décision de „l'Empéreur & de l'Empire.“ S. M. ayant choisi la premiere de ces voyes legales, l'on

cohéritiers allodiaux, qui ſuccèdent non par ſon droit, mais par le droit du ſang, par leur deſcendance de l'acquereur & *ex providentia majorum.*

❋ Cette concluſion, qui eſt la même que la précédente, y a de même trouvé ſa refutation. Le droit de la Maiſon d'Autriche n'eſt pas fondé; Mr. l'Electeur Palatin a un droit inconteſtable ſur la Baſſe-Bavière & les fiefs de Bohème. S'il veut en faire préſent à la Maiſon d'Autriche, les autres Branches Palatines ne ſont pas obligées d'en faire autant.

❋ Cette objection reſtera toujours fondée. La réplique qu'on y fait ici n'auroit aucune apparence qu'autant que la Cour de Vienne voudroit déclarer qu'elle ne veut poſséder la partie occupée de la Bavière que durant l'exiſtence de Mr. l'Electeur Palatin d'aujourd'hui & de ſes deſcendans. Si la Cour de Vienne faiſoit cette Déclaration, que toutes les parties intéreſſées ſont en droit d'exiger d'elle, il ſe préſenteroit une autre queſtion difficile à affirmer: s'il eſt permis, qu'un Prince de l'Empire céde ſur une prétention non fondée & pour ſa vie à une Maiſon étrangere une partie conſidérable de ſon Patrimoine, qui après ſa mort appartient inconteſtablement à ſes agnats collateraux? En concédant même, que ceux-ci n'ayent pas un droit préſent d'agir, on ne pourra le conteſtr aux héritiers allodiaux qui ont un droit préſent & non éventuel, qui perdent par une ceſſion auſſi gratuite les moyens de tirer l'alleu qui ſe trouve dans la partie de la Bavière occupée par la Maiſon d'Autriche. La Maiſon de Brandebourg a un autre droit préſent & actuel de ne pas laiſſer emporter à la Maiſon d'Autriche le fruit d'une prétention, laquelle, ſi elle eſt fondée, appartient à elle & non à la Maiſon d'Autriche.

❋ Cette voye de la juſtice ſeroit conſtitutionelle & acceptable, ſi la Cour de Vienne vouloit l'obſerver de ſon côté, remettre auparavant les choſes en Bavière dans l'état où elles ont été avant ſon occupation arbitraire & convenir avec les parties intéreſſées d'un Tribunal impartial qui puiſſe juger cet important Procès.

❋ Depuis que la Cour de Vienne a trouvé à propos de ſe faire droit à elle-même par des voyes de fait, palliées par une Convention non valable, & qu'on ne voit pas, que les parties intéreſſées puiſſent obtenir la juſtice que leur eſt dûë par les Tribunaux de l'Empire, il ne leur reſte pas d'autre moyen que celui de reclamer l'intervention du Corps Germanique & de ſes membres.

❋ Ces aſſurances ſeroient fort bonnes, ſi S. M. l'Imperatrice-Reine n'avoit pas occupé la meilleure partie de la Bavière & abſorbé par là l'alleu qui y eſt mêlé & qu'elle n'eût pas mis Mr. l'Electeur Palatin hors d'état de ſatisfaire aux prétentions de l'héritier allodial, ne lui laiſſant que la moindre partie de la Bavière chargée d'un fardeau immenſe de dettes.

❋ S. M. l'Imperatrice-Reine, n'a tranſigé ni avec les Agnats collateraux, ni avec l'héritier allodial, ni avec la Maiſon de Brandebourg, ni avec l'Empire, qui ſont tous également intéreſſés à la juſte diſtribution de la Succeſſion de Bavière. Elle n'a tranſigé qu'avec une partie, l'Electeur Palatin, qui ne pourroit tout au plus tranſiger que pour ſa vie. Cette

 trans-

l'on ne sauroit plus appréhender qu'un procédé si conforme aux loix Germaniques affectât toute la Balance du pouvoir dans l'Empire & par ses suites toute la sûreté du Corps Germanique.

Mémoire du Baron de Riedesel.	*Réponse de la Cour de Vienne.*
S. M. le Roi de Prusse - - - - - à cette Succession.	* Comme S. M. a non seulement respecté dans la Convention amiable qu'Elle a conclue avec Mr. l'Electeur Palatin, les Constitutions de l'Empire & la Paix de Westphalie, mais que de plus Elle n'est nullement intentionnée de troubler dans leurs poursuites ceux qui feroient fondés à prétendre *d'avoir part à cette Succession*, Elle se flatte, qu'il ne reste plus rien à désirer de ce qu'on peut équitablement exiger d'Elle.

Réplique de la Cour de Berlin.

transaction s'est faite sur la supposition erronée d'une prétention qui n'est aucunement fondée. S'il étoit permis, s'il pouvoit réussir à l'Empéreur ou à sa Maison, d'augmenter sa Puissance par des moyens aussi peu conformes à la justice, & de se prévaloir ainsi de sa force & de son influence, la balance du pouvoir dans l'Empire seroit bientôt perduë, & il en résulteroit les suites les plus funestes pour la sûreté du Corps Germanique.

❋ Comme on a démontré, que la Convention du 3 Janv. est diamétralement contraire à la Paix de Westphalie, aux Capitulations Impériales, au systéme féodal d'Allemagne & aux droits incontestables de la Maison Palatine & de celle de Saxe, on devroit attendre de la justice & de la modération de leurs Majestés Impériales, que revenues à la fin de la premiere impression que peut leur avoir causé une prétention présentée sous un jour avantageux, elles en reconnoîtront à la fin l'inconsistence, à la vuë des argumens évidens qu'ont vient de leur exposer, qu'elles renonceront en conséquence à cette prétention, ainsi qu'à la transaction dont elle fait la base, & abandonneront la Succession de Bavière aux héritiers légitimes & naturels.

No. 9.

Lettre du Prince de Kaunitz au Comte de Cobentzel, du 31 May 1778.

Mr. le Comte. Leurs Majeſtés Impériales ont vû à regret par le cours de votre négociation qu'elle a pris une tournure, qui ne ſauroit jamais conduire au but deſiré d'un accord amiable, tant que les deux Puiſſances différeront autant qu'elles le font dans les principes préliminaires à poſer pour baſe de cette négociation.

Tous ceux qui forment ou qui croyent avoir à former des prétentions à la Succeſſion de Bavière ſont reconnus auſſitôt par la Cour de Berlin, comme compétiteurs légitimes de cette ſucceſſion.

Nous n'avons rien à y oppoſer. Nous n'avons jamais voulu ni ne voulons point encore, qu'il ſoit préjudicié à ces prétendans à la Succeſſion de Bavière, en ce qui ſera de droit & d'équité ou qu'ils pourront prouver leur être dû. Mais ces prétentions ne nous concernent point; elles regardent uniquement l'Electeur Palatin, & en cela il s'agit d'un concert amical entre nous & lui ſur les moyens, par leſquels nous pourrions lui alléger le poids de l'arrangement à faire à cet égard entre lui & les dits prétendans.

Mais ce que nous n'accorderons jamais, & que nous ne pouvons accorder, & ce qui rend toute idée de s'entendre amicalement impoſſible c'eſt que la Cour de Berlin, dans le tems qu'elle reconnoit pour legitimes tous les autres prétendans à la Succeſſion de Bavière, déclare nos ſeuls droits, nos prétentions & notre Convention avec l'Electeur Palatin pour invalides & inefficaces, fondant ſur ce principe toutes ſes propoſitions qui vont toutes dans la réalité à nous obliger de reſtituer ce que nous avons occupé, partie en nature, partie par des équivalents, de faire d'ailleurs pluſieurs ceſſions d'autres droits, & de nous trouver ainſi n'avoir rien reçû, & même avec moins, quoiqu'en accordant cependant malgré cela à la Cour de Berlin les principaux avantages de la négociation.

L'application de ce principe ou renverſe les fondemens de toute reciprocité, ou nous force d'uſer d'un procédé égal envers la dite Cour.

Nous pouvons donc & nous devons nous oppoſer, & nous nous oppoſerons auſſi par les mêmes arguments de droit que la Maiſon de Pruſſe fait valoir contre notre acquiſition, à la réunion des deux Marggraviats avec la Primogéniture de cette Maiſon, & nous nous y oppoſerons de toutes nos forces par ces mêmes raiſons politiques, relatives à la balance des deux Cours qui ſont le motif des oppoſitions Pruſſiennes.

S'il y a donc encore quelque moyen poſſible pour les deux Cours de s'entendre amicalement & de poſer même un fondement ſolide pour un tel accord, il faut avant tout chercher à écarter la colliſion dont il s'agit.

Elle ne ſauroit l'être ſans admettre les principes, que nous avons d'abord poſés pour baſe de la négociation, ſavoir que chacune des deux Cours ſe mette impartialement à la place de l'autre, & qu'elle n'en exige point ce qu'elle trouveroit elle-même incompatible avec ſa dignité & ſon honneur; qu'aucune ne s'exemte de cette régle commune de droit, ſuivant laquelle l'une doit reconnoître pour & contre ſoi le même droit qu'elle veut être ainſi reconnû par l'autre.

Il réſulte de l'application pratique de ces principes, que ſi les deux Cours ne veulent point s'abymer à pure perte, mais plutôt contribuer reciproquement à leurs avantages mutuels, il faut que la Cour de Berlin renonce d'une manière conforme à ſon honneur à ſon oppoſition contre notre acquiſition, que notre Cour de ſon côté renonce à la ſienne contre la réunion des païs d'Anſpach & de Bareuth à la Primogéniture Pruſſienne, & que les deux Puiſſances s'entendent amicalement ſur les moyens d'obtenir leurs avantages reciproques par des échanges convenables, & s'entr'aident mutuellement autant que poſſible à parvenir à ce but.

Si

Si la Cour de Berlin n'admet pas ces principes & leur application, il n'y a aucune possibilité de s'entendre; les admet elle, nous proposons le plan suivant de conciliation.

1) La Cour de Berlin cesse ipso facto de s'opposer à nôtre acquisition en Bavière, telle que nous la possédons réellement, & en conséquence nous renonçons à toute opposition contre la réunion des païs d'Anspach & de Bareuth à la Primogéniture de Brandebourg;

2) Les deux Puissances s'engagent à ne traverser ni directement ni indirectement tout échange volontaire, dont elles pourroient convenir avec leurs voisins sur telle ou telle appartenance, mais au contraire elles se promettent pour cet effet reciproquement leurs bons offices;

3) Les deux Cours employeront en commun leurs bons offices pour un arrangement juste & équitable de la succession allodiale entre l'Electeur de Saxe & l'Electeur Palatin, & Sa Majesté l'Impératrice déclare que pour l'avantage du dernier, & afin de lui obtenir après l'échange fait avec lui de meilleures conditions de la part des prétendans à l'alleu, elle procurera à la Cour de Saxe plusieurs avantages importants, & dans la suite très-essentiels.

Tout ce plan est ainsi conforme à la plus exacte & reciproque équité & égalité. La Maison Palatine se trouve parfaitement satisfaite par un échange volontaire, qu'elle n'acceptera que sous des conditions convenables, ainsi que la Maison de Saxe par un accommodement avec la Maison Palatine quant à ses prétentions équitables sur l'alleu, & de cette manière il est pleinement satisfait à l'honneur de la Cour de Berlin, & à la protection dont elle s'est ouvertement chargée.

Voilà en quoi consistent les seules voyes de conciliation entre les deux Cours combinables avec leur dignité & leur intérêt. Si elles s'accordent une fois entre elles là-dessus, tout le reste s'arrangera bientôt & facilement, & d'abord après la signature de cet accord préliminaire, les armées pourroient de part & d'autres se separer, & les deux Cours se voir ainsi délivrées de ce fardeau.

J'ai l'honneur d'être &c.

Vienne,
le 3 de May
1778.

A Mr. le Comte de COBENZEL. *KAUNITZ RIETBERG.*

No. 10.

Mémoire du Ministère Prussien remis au Comte de Cobenzel le 13. Juin 1778.

Les soussignés Ministres d'Etat ayant fait leur rapport au Roi, de ce que Mr. le Comte de Cobentzel, Envoyé Extraordinaire de Leurs Majestés Impériales & Royale, leur a fait connoître sur l'affaire de Bavière dans la conférence du 7. de ce mois d'après une dépêche de Mr. le Prince Kaunitz du 31. de Mai, qu'il leur a communiquée, ils ont été chargés de répondre à ces ouvertures selon l'intention de S. M. avec la précision & la confiance qui peut seule conduire la négociation entamée à une heureuse fin, & de demander en retour des explications catégoriques de la part de la Cour de Vienne.

La susdite dépêche contient d'abord une recapitulation des points généraux, qu'on a mis pour base de cette négociation, qui ne sont sujets à aucune difficulté, & que S. M. a déjà acceptés.

Mais on ne sauroit cependant s'empêcher de faire une observation préalable sur les conséquences, qu'on semble vouloir en tirer, comme si la Cour de Berlin reconnoissoit comme fondés les droits de tout autre prétendant à la Succession de Bavière à l'exception de ceux de la Cour de Vienne, & qu'elle n'attaquoit ceux-ci que par des motifs relatifs à sa convenance politique, & à l'équilibre établi entre les deux Cours. Si telle étoit l'intention de S. M. Prussienne, Elle n'auroit pas offert de contribuer à faire céder à S. M. l'Impératrice-Reine une partie importante de la Bavière contre des équivalens à prendre sur ses Etats éloignés; & pour ce qui est de la modération & du desintéressement de S. M., Elle croit en avoir donné les preuves les moins équivoques, en ne demandant pour Elle-même que ce qui Lui revient par les droits les plus incontestables.

Les deux premiers Articles du Plan de conciliation proposé, roulent en partie sur des objets accessoires & étrangers à l'arrangement principal, qui est celui de la Succession de Bavière.

Si S. M. a fait mention dans le Projet, qu'Elle a donné, de la réunion éventuelle des Marggraviats de Bareuth & d'Anspach à la Primogéniture de Brandebourg, ce n'a été que parce que la Cour de Vienne l'a désiré, & parcequ'il lui a paru en effet essentiel, d'obvier dès à présent à tout sujet de discussion pour l'avenir sur une affaire, sur laquelle on a paru jetter des doutes. Cet arrangement ne sera d'ailleurs sujet à aucune difficulté & pourra être ajusté de la manière proposée.

Le troisiéme Article du même Plan, qui concerne les soins, que les deux Cours doivent se donner, pour terminer à l'amiable les différens de la Maison Palatine & de la Cour de Saxe, au sujet des prétentions de cette derniere sur la Succession allodiale de Bavière, suppose l'arrangement de cette Succession, & c'est précisement ce qui demande d'être éclairci

Sans vouloir entrer de nouveau dans la discussion des droits de la Cour de Vienne sur les possessions qu'elle a occupées en Bavière, & que le Roi ne sauroit admettre dans leur totalité, S. M. a déclaré dès le commencement de la négociation, & déclare encore, qu'Elle ne

ne s'oppofera pas à ce que S. M. l'Impératrice-Reine conferve une partie de ces poffeffions, qui pourroient faire fa convenance, pourvû que la Maifon Palatine foit dédommagée & mife en état de fatisfaire aux prétentions de la Cour de Saxe. Mais la gloire & la dignité de S. M. ne lui permettent pas, de fe lier les mains par une Convention préliminaire fans être informée au jufte de la Nature des échanges & des équivalens, au moyen defquels la Cour de Vienne fe propofe de moyenner cette fatisfaction des Parties intéreffées.

Les termes dans lefquels on s'énonce fur cette matière dans un Article de la dépêche fusalléguée, qui eft féparé du Plan même, paroiffent fi vagues & fi obfcurs, que S. M. croit pouvoir demander à la Cour de Vienne, qu'elle s'explique clairement, & qu'elle déclare d'une maniere non équivoque:

1°. Quels font les diftricts de la Bavière & du Haut-Palatinat qu'elle veut garder, & quels font ceux qu'elle fe propofe de rendre;

2°. Quels font les échanges, qu'elle a en vuë, & quels équivalens elle veut donner à la Maifon Palatine pour fon dédommagement;

3°. En quoi confiftent proprement les avantages, qu'elle promet à l'Electeur Palatin pour le mettre en état de fatisfaire l'Electeur de Saxe;

4°. Si la cour de Vienne veut confentir d'arranger toute la Succeffion de Bavière, relativement aux droits de l'Electeur Palatin, de l'Electeur de Saxe, du Duc de Deuxponts & des Ducs de Mecklenbourg, avec le Roi, qui comme ami & allié de ces Princes, comme Electeur & Prince de l'Empire & par d'autres titres, qui ont été allégués, a tant de droit & d'intérêt de prendre part à la jufte diftribution de cette Succeffion.

Une réponfe claire, précife & catégorique fur ces quatre points mettra le Roi en état de juger, fi cette affaire peut être terminée d'une maniere fatisfaifante pour toutes les parties intéreffées, & facilitera en ce cas l'heureufe conclufion de la négociation.

Le refus de ces explications rendroit l'accommodement impoffible & feroit retomber fur la Cour de Vienne tout le blâme des malheurs qui en réfulteroient.

S. M. fe promet donc de la juftice, de la modération & de l'amitié de leurs Majeftés Impériales, qu'elles ne refuferont pas de lui donner ces éclairciffemens, d'après lesquels Elle pourra fe décider fur une affaire de cette importance, & qui eft fi intéreffante pour le bien de l'humanité & pour le maintien de la bonne intelligence entre les deux Cours.

Berlin ce 13. Juin 1778.

FINCKENSTEIN. HERTZBERG.

No. II.

No. II.

Réponse verbale du 24. Juin 1778.

Les derniéres ouvertures de Mr. le Comte de Cobentzl, sur lesquelles le Pr. de Kaunitz Rietberg a promis à Mr. le Baron de Riedesel les éclaircissemens qu'il Lui a demandés, dès-qu'il y seroit autorisé, se trouvent avoir été faites en réponse à des Propositions qui lui avoient été communiquées par le Ministère de S M. Prussienne, au moïen d'un papier intitulé: *Projet ou Plan d'un arrangement général sur la Succession de Bavière qui pourroit servir de base à un Traité.* Il paroit essentiel par conséquent, pour rendre plus sensibles les éclaircissemens dont, en effet, ces ouvertures paroissent avoir besoin, d'après la façon dont elles semblent avoir été ou n'avoir pas été entenduës, de les faire précéder par un Exposé de la substance du dit Projet, afin que par l'analyse & la comparaison de ce Plan d'arrangement avec les dernieres ouvertures du C. de Cobenzl, auxquelles il a donné lieu, on soit à même de pouvoir juger des raisons qui ont dû faire envisager ce Plan comme inadmissible, & en même tems de celles sur lesquelles ont été établies les dites ouvertures.

Voici en substance le contenu du susdit Plan de Pacification:

On propose à S M. l'Imp Reine de restituer à Mr. l'Electeur Palatin tout ce qu'Elle posséde actuellement en Bavière en vertu de ses droits & de sa Convention avec ce Prince,

de se contenter en échange d'une autre des plus mauvaises Parties de la Bavière qui est indiquée dans le dit Plan,

et d'en dédommager encore la Maison Palatine par la cession des Duchés de Limbourg & de Gueldres.

On convient que Mr. l'Electeur Palatin est de droit obligé à satisfaire Mr. l'Electeur de Saxe sur les prétentions qu'il forme à l'Alleu de Bavière, s'il étoit dédommagé de la manière susdite, on croit même qu'en ce cas il pourroit céder à l'Electeur de Saxe une Partie du Haut-Palatinat, lui remettre le mobilier de la succession de Bavière, & le satisfaire encore par une somme d'argent proportionnée.

Et malgré cela on propose néanmoins à S. M. l'Empéreur, de conférer les fiefs de l'Empire vacans en Bavière à l'Electeur Palatin & ceux qui sont situés en Suabe ainsi que les Seigneuries de Mindelheim & de Wiesensteig à l'Electeur de Saxe,

et à S. M. l'Imp. Reine pour faciliter tout cet arrangement, de renoncer aux Droits de Suzeraineté & autres, qu'Elle a comme Reine de Bohème sur quelques Parties du Haut-Palatinat, de la Saxe & du Païs de Bareuth;

ainsi que, non seulement de ne mettre aucun obstacle à ce que les Païs d'Anspach & de Bareuth puissent être incorporés à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg, ou échangés contre les Marggraviats de la Basse & Haute Lusace, & de quelques autres Districts, que l'on ne nomme point, mais on demande même, que S. M. l'Imp. Reine veuille bien, pour que cet échange puisse avoir lieu, renoncer à tout droit de Féodalité, de reversion ou autres, qu'Elle pourroit avoir sur la Lusace entiere ou sur quelque partie de ce Païs. En un mot,

on propose à la Maison Impériale, comme si Elle n'avoit pour Elle ni ses droits, ni sa Convention, de tout rendre & de ne rien garder, attendu qu'on ne donne rien, lors-

lorsqu'on donne l'équivalent de ce qu'on garde; & quoique sur ce pied, il se trouveroit, que l'Electeur Palatin rentreroit dans la possession de la totalité de la Succession Bavaroise, puisqu'il seroit dédommagé de ce qu'il en céderoit, & que moyennant cela ce seroit Lui seul, qui de droit se trouveroit obligé à satisfaire l'Electeur de Saxe sur les prétentions qu'il forme à l'Alleu de Bavière; on croit malgré cela pouvoir proposer à S. M. l'Impératrice, qui n'en garderoit rien, puisqu'Elle en auroit donné l'équivalent, de se charger ce nonobstant, au moins en partie, de la satisfaction des Héritiers allodiaux, par la cession de nombre de droits, qui sont & peuvent être par la suite des tems de la plus grande importance.

Et enfin dans le moment même, auquel on croit pouvoir proposer à la Maison d'Autriche, de renoncer à une acquisition, qui pourroit au moins jusqu'à un certain point maintenir l'équilibre de puissance entre Elle & S. M. Prussienne, on croit pouvoir Lui demander ce nonobstant de concourir dès à present, par son consentement & les renonciations qu'on Lui demande, à l'augmentation considérable de puissance, qu'acquéreroit S. M. Prussienne, par la réunion des Marggraviats de Bareuth & d'Anspach à la Primogéniture de Sa Maison, ou par leur échange contre des Etats qui seroient encore plus à sa bienséance.

C'est à quoi se réduisent au fond les propositions du Plan de Pacification en question. LL. MM. Imperiales & Royale n'ont pû y voir par consequent que des propositions incompatibles avec ce qu'Elles se doivent à Elles-mêmes, avec leur bon droit, avec la raison d'état, & avec la juste reciprocité, qui seule peut rendre un accommodement possible; il ne peut point paroitre étonnant moyennant cela, qu'Elles n'ayent point pû donner les mains à un pareil arrangement, & Elles pensent, que, de sang froid, personne ne pourra voir cet état des choses autrement qu'elles ne l'ont envisagé.

Voici en échange ce que le Comte de Cobenzl a proposé de la part de LL. MM. II. par la communication d'une lettre contenant les ordres qui Lui avoient été adressés pour cet effet, & par des explications verbales qu'il y a ajoutées, pour le cas auquel les Préliminaires qui étoient proposés par la dite lettre, fussent adoptés.

LL. MM. II. offrent à S. M. Prussienne, de Lui assurer dès à présent l'acquisition des Marggraviats de Bareuth & d'Anspach, par leur acquiescement à l'incorporation de ces deux Marggraviats à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg; & Elles ne demandent en échange que l'acquiescement reciproque de S. M. Prussienne à l'acquisition des districts qui sont dévolus à S. M. l'Impératrice-Reine en Bavière, en vertu de ses droits & de sa Convention avec Mr. l'Electeur Palatin. LL. MM. II. & R. offrent à S. M. Prussienne non seulement de ne point mettre obstacle, ni directement, ni indirectement à aucun échange qu'elle seroit dans le cas de pouvoir faire des dits Marggraviats avec quelqu'un de ses voisins, mais même Leurs bons offices pour cet effet, & Elles ne lui demandent pour reciprocité que l'engagement mutuel de ne point mettre obstacle non plus, ni directement, ni indirectement à aucun échange qu'Elles pourroient faire avec quelqu'un de Leurs voisins, mais d'y concourir même par ses bons offices.

Et Elles proposent enfin de joindre leurs bons offices à ceux de S. M. Prussienne pour procurer aux Héritiers allodiaux une satisfaction juste & raisonnable; & S. M. l'Imp. offre même, pour faciliter un accommodement sur ce sujet à Mr. l'Electeur Palatin, d'accorder à la Maison de Saxe des avantages importants pour Elle.

LL. MM. Impér. offrent donc à S. M. Prussienne un aggrandissement tout au moins reciproque.

Elles proposent un consentement mutuel à des échanges, lesquels ne pouvant avoir lieu qu'en supposant l'acquiescement volontaire des Parties, ne peuvent laisser aucun doute sur leur satisfaction, &, en la supposant, sauvent la dignité de S. M. Prussienne, vis à vis de tous ceux pour lesquels Elle s'est interessée, ainsi qu'ils mettent à couvert en même tems celle de S. M. l'Impératrice - Reine.

Mais comme il est essentiel néanmoins en même tems, qu'il n'y ait aucun mesentendu sur le vrai sens de ces propositions, LL. MM. II. & R. croyent devoir ajouter cependant, qu'ainsi que, au cas que l'on puisse convenir avec la Maison Palatine d'échanges, que de part & d'autre on trouveroit être de sa convenance, S. M. l'Imp. pour rendre celui de la Lusace possible, accordera, en faveur de S. M. Prussienne, les renonciations nécessaires pour cet effet; & qu' en faveur de Mr. l'Electeur Palatin Elle accordera à la Maison de Saxe differents avantages, qui pourront alléger à ce Prince le poids de son accommodement avec les Héritiers allodiaux; de même au cas que l'on ne put pas convenir avec la Maison Palatine, S. M. l'Imp. Reine ne promet que son acquiescement pur & simple à l'incorporation des Marggraviats de Bareuth & d'Anspach à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg, contre l'acquiescement pur & simple de S. M. Prussienne à l'acquisition des Districts qui Lui sont dévolus en Bavière, en vertu de ses Droits & de sa Convention, pour lui tenir lieu au moins jusqu'à un certain point de l'aggrandissement reciproque, que, pour le maintien de l'équilibre de puissance entre les deux Cours, on a témoigné regarder jusqu'ici comme indispensable; & dans ce dernier cas, S. M. l'Impératrice - Reine entend ne renoncer à aucun de ses droits de féodalité ou autres, en faveur de qui que ce soit; sans prétendre se retracter néanmoins, même dans ce cas, des assurances, qu'Elle a déjà données à tous les Interessés à la Succession Bavaroise, de la Justice qu'Elle est prête à Leur rendre, & des satisfactions qu'Elle ne se refusera jamais à Leur donner sur toutes les prétentions, qu'ils seront dans le cas de pouvoir justifier & prouver d'une façon légale & par les voyes regulieres.

LL. MM. II. croient moïennant tout ce que ci-dessus, avoir satisfait à tous les devoirs de l'équité & de la reciprocité la plus parfaite.

Et il ne s'agit plus que de savoir par conséquent, si S. M. Prussienne croit pouvoir adopter leurs propositions pour base d'un Traité préliminaire, ou si Elle croit devoir s'y refuser.

Dans le dernier cas, tout arrangement amiable est impossible, & tout éclaircissement ulterieur seroit superflu.

Mais dans le premier cas au contraire tout pourra s'arranger; & dès que des articles préliminaires sur le pied des propositions contenues dans la lettre du Pr. de Kaunitz - Rietberg, communiquées en dernier lieu au Ministère de S. M. Prussienne, se trouveront être arrêtés, il n'y aura plus de difficulté à ce que les deux Cours puissent s'expliquer & s'entendre sur *le quomodo* des échanges reciproques, & sur la satisfaction des Prétendants à la Succession allodiale de Bavière. à Vienne le 24. Juin 1778.

KAUNITZ RIETBERG.

No. 12.

No. 12.

Réponse du Ministère Prussien à la réponse verbale de Mr. le Prince de Kaunitz, du 3. Juill.

Le Roi n'a pû voir sans surprise, que dans la réponse verbale du 24. de Juin, que Mr. le Comte de Cobenzl a remise au Ministère Prussien, & Mr. le Prince de Kaunitz au Baron de Riedesel, on ait donné au Plan d'un arrangement général de la Succession de Bavière, proposé de la part de Sa Majesté, une interprétation si contraire à son véritable sens, & qu'on en veuille attribuer un aux propositions de la Cour de Vienne & leur approprier une préférence, dont elles ne sont aucunement susceptibles. Pour ne laisser aucun doute sur cet énoncé, on en fera voir la vérité par une courte analyse de la susdite réponse verbale.

Quoique S. M. ne puisse en aucune façon reconnoître la validité des droits de S. M. l'Impératrice-Reine sur la Basse-Bavière, la prétention qu'on dérive d'une Investiture ou Expectative donnée en 1426. par l'Empéreur Sigismond à Albert Duc d'Autriche, & à ses héritiers, n'étant pas fondée, & donnant, si elle l'étoit, le droit de succession à la Maison de Brandebourg, comme descendante en ligne droite de la fille aînée du Duc Albert V. & non à la présente Maison d'Autriche, qui ne descend que de la fille puisnée de ce Prince; quoique la Convention du 3. Janvier, qui suppose la vérité de cette prétention, ne puisse selon toute justice donner un nouveau droit à S. M. l'Impératrice-Reine, le Roi n'a pourtant pas exigé, qu'Elle restitue à Mr. l'Electeur Palatin tout ce qu'elle posséde actuellement en Bavière, mais il a proposé, uniquement pour l'amour de la paix & de la tranquillité, qu'il seroit cédé à S. M. l'Impératrice-Reine deux grands districts de la Bavière, qui, du jugement de tous ceux qui connoissent le local, passent pour faire une des meilleurs parties de ce païs, qui arrondissent parfaitement la Bohème & l'Autriche, qui sont bordés par deux grandes rivières comme des limites naturelles, & qui sont par conséquent très-propres à faire la convenance de la Cour de Vienne, sans couper la Bavière par le milieu, & dont l'un fait déjà actuellement partie de ce que S. M. Imp. a fait occuper.

Dès que S. M. l'Impératrice-Reine obtient gratuitement & sans aucun titre légitime un arrondissement aussi considérable du corps de ses Etats, il est juste, qu'elle en donne un dédommagement quelconque à la Maison Palatine. Celui qu'on lui a proposé des Duchés de Limbourg & de Gueldres ne doit pas lui couter, ne consistant que dans deux petits districts détachés & fort éloignés du dit Corps de ses états, très-inférieurs tant pour la qualité que pour la grandeur aux parties de la Bavière qui devroient lui rester selon ce projet.

Ce qu'on a proposé pour la satisfaction de Mr. l'Electeur de Saxe sur ses prétentions allodiales, est conforme aux notions qu'on a de ces prétentions & auroit dépendu d'un arrangement amiable, qu'on auroit tâché de faire entre ce Prince & la Maison Palatine.

On a crû, qu'en assignant les Seigneuries de Mindelheim & de Wiesensteig à Mr. l'Electeur de Saxe, le susdit arrangement amiable auroit pû être facilité par ce moyen & peut-être par des échanges.

On croit, que la proposition qu'on a faite, de conférer à Mr. l'Electeur Palatin les fiefs de l'Empire vacans en Bavière, auroit fourni le moyen le plus équitable de dédommager la Mai-

Maison Palatine en quelque façon de la perte immense, qu'elle feroit toujours par le démembrement proposé de la Bavière.

On pense, que pour faciliter l'arrangement général de la Succession de Bavière, pour hausser un peu l'équivalent très-médiocre, que S. M. l'Impératrice-Reine donneroit par les Duchés de Limbourg & de Gueldres, contre la grande acquisition, qu'elle doit faire en Bavière, & pour s'en procurer par là une espece de titre, elle ne devoit pas faire difficulté, de renoncer aux droits de suzeraineté & autres qu'elle peut avoir comme Reine de Bohème sur quelques parties du Haut-Palatinat, de la Saxe, & du païs de Bareuth, droits, qui sont en partie litigieux, de peu de valeur & de rapport, & qui ne sont bons qu'à exciter des altércations entre les voisins.

Le Roi n'a besoin que du consentement des Membres de la Maison de Brandebourg pour disposer du sort futur des païs d'Anspach & de Bareuth. S. M. n'en a pas demandé le consentement à la Cour de Vienne, mais comme elle l'a offert elle-même dans son premier projet de Convention, que S. M. l'Empéreur a envoyé au Roi par sa lettre du 13. Avril & comme elle déclare hautement, qu'elle veut mettre obstacle à la réunion qu'on voudroit faire des dits Marggraviats à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg, S. M. a crû pouvoir profiter de cet offre, pour écarter l'opposition inattenduë qu'on lui annonce, & sans qu'elle veuille reconnoître par là aucun droit d'une opposition pareille, ni compter pour un sacrifice la renonciation que la Cour de Vienne voudroit y faire.

Il en est en quelque façon de même de l'échange des deux Marggraviats contre la Lusace. La Cour de Vienne a fait naître elle-même l'idée de ce troc, en offrant dans le quatriéme Article de son premier projet de Convention son consentement à tel échange volontaire, que le Roi voudroit faire avec ses voisins, & ensuite sa renonciation à son droit de rachat & autres sur la Lusace. On a reçû cet offre avec reconnoissance, quoique le sacrifice que la Cour de Vienne feroit par là, ne feroit que très-médiocre, quand on considere, combien l'exercice de son droit peut être éloigné, ne pouvant avoir lieu, qu'après l'extinction de la Maison de Saxe. En général, le Roi n'a eû qu'une idée passagere de ce troc; il n'y a jamais insisté; il l'a proposé sans aucune vuë d'aggrandissement, uniquement par le motif de la contiguité de ses Etats & dans l'intention de céder à la Maison de Saxe un païs contigu à son Electorat & à la partie de la Bavière où elle auroit pû recevoir l'équivalent de ses prétentions allodiales, païs égal, si non supérieur, à la Lusace, en revenus, en fertilité, & en population.

Les conclusions, qu'on affecte de tirer dans la réponse verbale de ces propositions, sont aussi peu justes que peu conformes aux intentions du Roi. On ne pouvoit rien accorder à la Maison Impériale pour son droit, parcequ'on n'en sauroit reconnoître aucun. Cette considération n'a pas empêché, que le Roi n'ait voulu consentir, qu'elle gardât une partie importante de la Bavière; S. M. auroit contribué par là à lui procurer un arrondissement considérable sans aucun titre & sans aucun retour pour elle-même.

Les équivalens très-médiocres, qu'on a demandés à S. M. l'Impératrice-Reine, sont si peu proportionnés avec l'acquisition qu'on lui a proposée en Bavière, que celle-ci auroit emporté la balance peut-être six fois en revenus, sans compter l'avantage considérable de l'arrondissement du corps de l'Etat. Tout juge impartial conviendra, qu'on n'auroit pû mieux choisir & déterminer le local & les limites de cette acquisition pour la convenance de la Maison d'Autriche. Il étoit bien juste, qu'en considération d'une acquisition si importante, elle

contribuât

contribuât un peu à la satisfaction des héritiers allodiaux par la cession de quelques droits qui ne rapportent rien.

On a déja observé, que le Roi n'a pas demandé le consentement de S. M. l'Impératrice-Reine à la réunion des Marggraviats de Franconie & à l'échange de la Lusace. S. M. n'a fait qu'accepter l'offre, qui lui en a été fait. Elle croit pouvoir provoquer aux sentiments élevés de cette auguste Princesse & à celui de tout le monde impartial, si l'on peut avec la moindre apparence d'équité & de justice comparer les droits de succession incontestables que la Maison de Brandebourg a sur ses Etats héréditaires en Franconie, avec une prétention destituée de tout fondement, qu'on fait au nom de S. M. l'Impératrice-Reine sur un païs tout-à-fait étranger à sa famille, & laquelle, selon ses titres produits par elle-même, n'appartient point à la présente Maison d'Autriche. L'équilibre de puissance est à la verité fondé en politique, mais il doit en même tems être déterminé par la justice. On est persuadé d'ailleurs, que la Cour de Vienne ne pense pas sérieusement, que l'équilibre entre elle & celle de Berlin ne puisse être soutenu qu'en mettant les Marggraviats de Franconie dans la balance contre son acquisition en Bavière.

On a lieu de croire, que si Leurs Majestés Imp. avoient voulu prêter quelque attention à toutes les considérations qu'on vient d'alléguer, elles auroient trouvé Elles-mêmes, que le Plan de Pacification proposé par le Roi, est non seulement conforme à la raison d'Etat & à leur intérêt, mais qu'il surpasse de beaucoup à leur avantage la juste reciprocité & tout ce qu'elles pouvoient souhaiter.

Il est impossible de dire & de soutenir la même chose des préliminaires que le Comte de Cobenzl a proposés au Ministère du Roi.

Quand Leurs Majestés Imp. offrent au Roi leur acquiescement à l'incorporation des Marggraviats de Bareuth & d'Anspach à l'Electorat de Brandebourg, & demandent en échange l'acquiescement reciproque de S. M. à l'acquisition des districts, que S. M. l'Impératrice-Reine prétend garder en Bavière, en vertu de sa convention avec Mr. l'Electeur Palatin, Elles mettent en parallele une succession légitime, mais éloignée, & nullement comparable pour la valeur intrinseque, avec une autre succession nullement fondée, dont la réalisation anéantiroit les droits beaucoup plus clairs & liquides de la Maison Palatine, & de celle de Saxe, & renverseroit la paix de Westphalie, toute la constitution & tout le systéme de l'Empire ainsi que l'équilibre de puissance, qui devroit y être établi.

S. M. n'a pas été insensible à la marque de complaisance, que Leurs Majestés Impériales ont voulu lui donner, en offrant de ne pas mettre obstacle à l'échange des dits Marggraviats; mais son intention n'a jamais été d'en profiter autrement, qu'avec justice, égalité & discretion, & elle ne sauroit trouver la reciprocité supposée dans la demande, que Leurs Majestés Imperiales font de ne mettre aucun obstacle à l'échange qu'elles se proposent de faire avec Mr. l'Electeur Palatin. Cette demande suppose toujours que la Convention du 3 Janvier & le démembrement de la Bavière, qui y est projetté, doit subsister, que selon cette Convention Leurs Majestés Impériales veulent conserver la liberté d'échanger la Bavière en partie & même en *totalité*; que le Roi ne doit prendre aucune part à l'arrangement de la Succession de Bavière, & nombre d'autres suppositions & conséquences, qui ne sauroient être conciliées ni avec les droits incontestables de la Maison Palatine, & de celle de Saxe, ni avec la dignité, la sûreté & l'intérêt de S. M. & de tout l'Empire. Ces mêmes circonstances rendent impossible le consentement

ſentement mutuel avec la Maiſon Palatine à des échanges & l'acquieſcement volontaire des parties, que Leurs Majeſtés Impériales & Royale croyent pouvoir ſuppoſer.

L'offre que font Leurs Majeſtés Impériales, de concourir à procurer aux héritiers allodiaux une juſte ſatisfaction, ne pourra jamais ſortir qu'un effet très limité, auſſi longtems qu'Elles perſiſtent à vouloir garder la moitié de la Bavière, ce qui mettroit l'Electeur Palatin toujours hors d'état de ſatisfaire les héritiers allodiaux.

La déclaration & l'offre générale, que Leurs Majeſtés Impériales font à la fin de la réponſe verbale, ainſi que dans le Mémoire du 7. de Mai, de vouloir rendre juſtice & ſatisfaction à tous les Intéreſſés à la ſucceſſion Bavaroiſe & nommément à Mr. le Duc de Deux-ponts, ſur les prétentions, qu'ils pourroient juſtifier par les voyes régulieres & légales, eſt à la vérité juſte & digne de leur façon de penſer, mais elle ne pourra produire ſon effet qu'autant que Leurs Majeſtés Imp. voudront ſe décider à rétablir la Maiſon Palatine dans la poſſeſſion de la Bavière, dont elle a été privée arbitrairement, & à convenir avec les Intéreſſés d'un Juge ou d'un Tribunal impartial devant lequel on puiſſe diſcuter & faire juger des cauſes auſſi importantes, d'autant plus que S. M. l'Empéreur ne voudra & ne pourra être juge dans ſa propre cauſe.

En général, quand on voudra faire un juſte paralléle des propoſitions faites de part & d'autre, on trouvera, que celles du Roi ſont claires, déterminées, juſtes & conformes à la dignité ainſi qu'au plus grand intérêt de Leurs Majeſtés Imp. & que d'un autre côté celles de la Cour de Vienne ſont vagues, & obſcures, qu'elles tendent à achever & à autoriſer le démembrement illégal de la Bavière, à priver la Maiſon Palatine de la plus grande partie de ſon Patrimoine, & les héritiers allodiaux de la poſſibilité d'obtenir une juſte ſatisfaction.

La Cour de Vienne ayant donc déclaré dans ſa réponſe verbale du 24. de Juin: *que ſi le Roi ne vouloit pas adopter ces propoſitions, tout arrangement amiable devenoit impoſſible & tout éclairciſſement ultérieur ſeroit ſuperflu;* S. M. ne ſauroit regarder cette déclaration que comme une rupture de la négociation, faite de la part de la Cour Impériale, & Elle ſe voit obligée de rompre cette négociation auſſi de ſon côté & de ſe dédire des propoſitions avantageuſes, que le ſeul déſir de maintenir la tranquillité générale lui a fait faire. Après avoir épuiſé inutilement toutes les voyes de la modération poſſibles, S. M. ſe voit forcée de recourir à la ſeule voye qui Lui reſte pour s'oppoſer au démembrement de la Bavière, & en prenant malgré Elle ce parti extrême, Elle croit n'avoir rien à ſe reprocher & pouvoir même compter ſur l'approbation générale de ſes Co-Etats de l'Empire & de l'Europe entière. Berlin le 3. Juillet 1778.

FINKENSTEIN. HERTZBERG.

No. 13.

No. 13.

Theilungs-Brief zwischen dem Pfalzgrafen Ruprecht und Rudolph an einem und Kayser Ludwig und seinen Söhnen am andern Theil, geschlossen zu Pavia 1329.

Wür Rudolph: und Rueprecht von Gottes Genaden Pfalzgrauen bey Rhein: und Herzogen in Bayern ꝛc. verjehen für Vns: und für Herzog Rueprechten vnsers Brueders Sun Herzog Adolphs seel. vnd für vnser Erben offentlich an diesem Brieue, daß Wür mit verdachten Mut: mit gutem Willen, und mit Rat unserer Landt, bej dem Rein zu Bayrn, zu Schwaben: und ze Oesterreich Freuntlich und Lieplich getailt haben mit vnserm lieben Herrn: und Vettern Kayser Ludwig von Rom: und mit seinen Kinden Ludwig Margrafen zu Brandenburg, Pfalzgrauen bey Rein: und Herzogen in Bayrn als hernach geschriben stet, daß Vns ist ze vnsern Theil angefallen, die Gut, die zu der Pfalz gehörent, und gehören sullen, Burg-Stet, Marckt-Grauen, Freyen, Dienstman, Ritter, knecht, Land: und Leut: und die Vessten.

Thub, Burg und Statt.
Der Pfalzgrauen stein.
Stalberg die Burg.
Stalegk die Burg.
Brumshorn die Burg.
Bachrach. Diepach. Stegen. Manheim. Heimbach. Trechterhausen. } die Teler.
Nimbull der Marckt.
Fürstnberg die Burg.
Reichenstein die Burg.
Strenberg die Burg.
Alßzej Burg: und Statt.
Wünheim Burg: und Statt.
Bachenheim die Burg.
Winzingen die Burg.
Wolffsperg die Burg.
Elbstein die Burg.
Erbach die Burg.
Lindenfehls die Burg.
Rinhausen die Burg.
Heidlwerg die Ober: und Nider Burg: und die Statt.
Welsenloh Burg: und Statt.
Herpfnberg die Burg.
Obeinkrinn die Burg.
Landefer die Burg.
Turnau die Burg und die Pfalz: und was darzue gehört.
Stainberg die Burg.
Wellersen die Burg.
Neustatt die Statt.
Hillerspach die Statt.
Agersheim die Statt.
Vnd waß zu den vorgenanten Burgen: steten: und Märckten gehörent.
Vnd darzu so ist vnnß geuallen zu unsern Tail aus dem Vitztum Ambt zu Lengueld:
Hilpoltstein die Burg.
Der Markt Hochenstein die Burg.
Harspurg der Markt.
Hertenstein die Burg.
Pagnuz. Velden. Plech. } die Marckt.
Franckenberg die Burg.
Waldeck die Burg.
Pressat Kemnaten Erndorf } die Märckt.
Turndorf die Burg.
Eschenbach der Marckt.
Aurbach der Marckt.
Uritstein die Burg.
Neuenmarkt die Statt mit der Hofmarch zu Perngau.
Hennsperg die Burg.
Perge die Burg.
Meckenhausen die Burg halb.
Pfaffenhouen die Burg.
Lauterhouen der Marckt.
Grimspeck die Burg.
Sulzbach Burg: und Statt.
Werttenstein die Burg.
Rosenberg die Burg.
Hirsau der Marckt.
Amberg die Statt.
Napurg die Statt.
Nenstatt die Statt.
Stornstein die Burg.
Murach die Burg.
Viechtach der Marckt.
Neunburg die Statt.
Wetternfeld die Burg.
Rottingen Rittenau } die Märckt.
Draßwitz Peilnstein Segensperg } die Bürg.
Waldau die Burg halb.
Stephening Schwartzenegg } die Burg.
Vnd waß die Bürg: und die Märckte von dem Reich steen.
Schloß-Burg: und Märckt.
Pargstein die Burg.
Weiden Vahrndräs Au } die Märckt.
Vnd waß zu den vorgenanten Bürgen: steten: und Märckten gehört.

So

So ist vnserm Herrn: und Vettern Kayser Ludwigen von Rom: und seinen Kinden Ludwig Margrauen zu Brandenburg Pfalzgraven bey Rein: und Herzog in Bayrn: und ir Erben zu ihrem thail angefallen.

München die statt.
Vohburg, Signburg, Mainburg } Burg- und Marckt.
Gerolfingen die Burg.
Kösching Burg: und Marckt.
Neuburg Burg: und Statt.
Fridberg Burg: und Statt.
Mühlhausen die Burg.
Schnaittach die Burg.
Schiltberg die Burg.
Aichach, Schrobenhausen, Möringen } die Marckt.
Schwabegg die Burg.
Landsperg Burg: und Statt.
Lechsperg die Burg.
Wolfertshausen Burg: und Marckt.
Tölz Burg: und Marckt.
Grünenwalt die Burg.
Ayblíng die Burg: und Statt.
Schwaben Burg: und Marckt.
Wasserburg Burg: und Statt.
Hadmarsperg die Burg.
Kuefstein Burg: und Statt.
Aurburg die Burg.
Rattenberg Burg: und Marckt.
Werberg die Burg.
Kützbichel die Statt.
Epps die Burg.
Falkenstein die Burg.
Dachau Burg: und Marckt.
Haimbhausen die Burg.
Pål die Burg.
Widersperg die Burg.
Murnau Burg: und Marckt.
Rottenegg die Burg.
Reichertshouen die Burg.
Hechstatt Burg: und Statt.
Hagel die Burg.
Donersperg die Burg.
Peitenzau die Burg.
Schongau die Statt.
Valley die Burg.
Trewusheim die Burg: und Wartstetten.
Arnsperg Burg: und Marckt.
Neustatt die Statt.
Ingolstatt die Statt.
Alten Neuburg die Burg.
Rain die Statt.
Gamersheim, Geisenueld, Ebenhausen, Pfaffenhouen } die Marckt.
Weilham, Werde, Laugingen } die Statt.
Gundolfing Burg: und Statt.
Manching die Burg.
Vnd was zu dem Vitzdom Ambt München gehört: und gehören soll: vnd zu demselben Tail gefelt, auch aus dem Vitzdom Ambt zu Lengenueld.
Lengenueld Burg: und Statt.
Calmünzburg Burg: und Marckt.
Sundmühlen der Marckt.
Regenstauf Burg: und Marckt.
Die Vorstatt zu Regenspurg.
Weix die Burg.
Velburg Burg: und Marckt.
Leutmanstain die Burg.
Hembau die Statt.
Riedenburg Burg: und Statt vnd alle die Rechten zu Regenspurg in der Statt, die zu der Burgschaft ze Riedenburg gehören.
Vnd der Werde in der Donau zu Regenspurg.
Tahenstein die Burg.
Egersperg die Burg.
Altmanstain die Burg und Marckt.
Holenstein die Burg.
Viechhausen die Burg.
Schwangdorf der Marckt.
Vnd was zu den vorgenanten Burgen, Stett: und Märckten gehörent.

Vnd sullen Wür: und Unser Erben den Unsern Vnser vorgenanter Herr: vnd Vetter Kayser Ludwig seine kind Ludwig: und Stephan: und ir Erben, den Jren tail Jnne haben mit allem dem, daß zu denselben Vesten: und Guten gehört, mit Leuten an Guten, an Gerichten, Dörfern, Weilern, Wälden, Vörsten, Holzern, Wassern, Vischwain, Wiltpen, Strassen, Gelaiten, Circken, sältzen, Manlehen, Herrschaften: und Land gerichten: und anders, was darzu gehört, besuechts- und Vnbesuchts, vnd erpauens: und Vnerpauens, als es von vnsern Vordern herkommen ist.

Wür sullen auch leihen alle die Lehen, die zu Vnserm tail gehörent, als sullen sy auch leihen alle Lehen, die zu ihrem tail gehörent: und mit Nammen sullen Wür leihen, Cholenberg die Burg: vnd als der Strich geet, von Cholenberg: gen Weissenburg: vnd auf gen Franken und den Behammer Wald, so sullen sy mit Nammen leihen alle die Lehen, als der strich geet von Weissenburg auf gen den gepurg gen Schwaben: und gen Ober Bayrn ꝛc.

Vnd

Vnd die Vesten: und gut. Wasser Truchendingen. Chorwlfsheim. Hochenart. Löhr. Stoffenhaim: und Lerpau. sullen Wür: vnd sy miteinander eingewinnen: vnd miteinander thailen, als vil Wür gewinnen mügen.

Auch sullen Wür: und sy die Wachau in Oesterreich: und Was darzu gehört mit einander lesen: und gleich haben. und niessen.

Wür sullen auch: und Vnser Erben vnserm Herrn: und Vettern: und seinen Kindn Ludwigen: vnd Stephan: vnd Iren Erben mit Leib: und Gut mit gantzen Treuen zu legen: und geholfen sein gen allermenigklich, Wie er genant sey yedman zu seinem Recht, also sullen sy vns herwider thun.

Wür sullen auch Vnser Herrschaft, Vest: und Gut niemand geben noch Verkauffen, und Was Wir ye Verkauffen miessen, die sullen Wür Jne zekauf geben, und anders niemand, das sullen sy vns herwider thun.

Wür sullen auch vnser Vesst: und Gut, wie die genant sind, nichts Versetzen, keinem kunig noch Fürsten, er Pfaff- oder Lay, also sullen sy auch thun.

Wür sullen auch Vnser Herrschaft, bürg, stet, noch gut niemand Leihen, Versetzen- noch Verwexlen mit geuärdt auf Jhrn schaden desselb sullen sy vns herwider thun.

Vnd ob der Herrn Dinstmanen, Ritter- oder knecht ainer- oder mer, die zu vnserm Land gehörent, von vns: und von dem Land keren wolten, so sullen Wür baidenthalben auf den- oder sy einander Geholffen sein, als lang vnnz das wür, es darzu bringen, das sy bey der Herrschafft: und bei dem Land beleiben.

Wür sollen auch ire Diner, die Jn mit dem tail geuallen sind, oder in iren Landen gesessen sind, wider sy nit Versprechen, noch sye die vnsern wider vns.

Wür sullen auch den ersten Römischen kunig wehlen. für vns: und vnsern tail, so sullen vnsers lieben Herrn: vnd Vetern Kayser Ludwigs kind Ludwig: vnd Steffan- oder ir Erben den andern Römischen Kunig wehlen, und also sull die Wechslung der Wal des Reichs zwischen vns: und vnsern Erben fürbas ewiglich bleiben.

Vnd Wene es darzu kumt, das Wür den Römischen kunig wehlen sullen, so sullen Wür: und vnser Erben vnser vorgenant Vetern Ludwig: vnd Steffan vnd ir eruen bewarnen: vnd besorgen gen dem Römischen kunig, als vns selben, das in Wideruar vm Lehen, um Satzung: und vm ander Recht, die sy haben sullen von dem Reich: und die zu iren Landen gehörent, die Unser baid Vettern gehabt haben: und an vns und an sich bracht habent, dasselb sullen sy: und ir Erben vns: und vnsern Erben herwider thun, al offt die Wal des Reichs an sy kumbt.

Vnd ob Wür- oder Vnser thail, oder vnsen sy- oder ir Erben Jrrten, oder yberfürn an der Wal des Reichs- und sy nicht wolten lassen welen, als sy billich solten, als vorgeschrieben stet, so sullen Wür vnser thail: und vnser erben die Wal des Reichs verloren haben, vnd sull danne die Wal des Reichs an sy: und ihr erben geuallen: und ewigelich an in beleiben.

Zu gleicher weiß sull die Wal des Reichs an Vns vnsern tail: vnd unser Erben gefallen: vnd ewigelich an vns beleiben, Ob sye oder ir Erben vns vnsern tail: vnd unsern Erben Jrrten, oder yberfuren an der Wal, so wir welen solten.

 Vnd

Vnd Ob Wür vnser tail: oder vnser erben on Erben Verfaren, so sullen vnser Land-Leut: und Herrschafft: und die Wal des Reichs auf sy: und ir Erben geuallen, vnd Erben, auch sullen herwider ir Land, Leut, und Herrschafft: vnd die Wal des Reichs auf vnsern tail: vnd vnser Erben geuallen: vnd erben, Ob sy on erben Verfarn.

Vnd was krieg, misshellung- und aufleuff geschehen zwischen Herren, Dinstmanen, Rittern: und knechten, die in vnsern landten baiden halben gesessen sind, darum sullen Unser Vitzdum baidenhalben täg geneinander suechen auf ain Recht, auf Syben Man, und sull ieder Vitzdum von seinem vnterthan ain recht thuen, also das der vnß den Man clagt, soll 4. Man haben: vnd der Clager soll 3. Man haben, und was die Siben enntailen, auf ir ayde, das sull darum geschehen, als vnßherr sittlich: vnd gewönlich ist gewesen, zwischen dem Obern: und Niedern-land ze Bayrn, vor dem Wald.

Vnd was grosser Aufläuff geschech, die die Vitzdum nit Vernichten mechten, darum sullen die Herren selb täg suechen geneinander auf Sieben- oder auf Neun Man, die sy unter iren leuten baidenthalb darzu nemmen, vnd sy sullent ain recht darum sprechen in der Beschaidenheit- als vor geschriben steet.

Vnd welcher vntern Herrn die vorgeschriben sach yberfuhr: vnd des nit widertät, wen er zu rede wurd gesetzt darnach in ainem Monnat, so soll des Herrn land: vnd leut, der überfaren hat, dem andern, der überfahren ist, geholffen sein, als lang vnß das ausgericht, vnd widertan wird.

Wür sullen auch vnser tail; vnd Unser erben die landgericht alle besitzen, die zu dem landgericht gehören, das von dem landgrauen von dem leutnberg bekaufft ward, an das, was zu den Guten gehört, zu lengenueld: vnd zu dem tail, der neun zu München gelegt ist, das sullen Unser Herr, und Vetter der Kayser seine kind ludwig: vnd Steffan: vnd ir erben selb richten: vnd die landgericht: vnd all andere Gericht selb in iren tail besitzen: vnd richten, oder ir Ambtleut.

Sy sullen auch alle die landgericht besitzen, die zu der Graffschaft Hirschberg gehörent: vnd damit sullen Wür vnser tail: vnd vnser Erben nichts zeschaffen haben, doch sullen Wür Unser tail: vnd vnser Erben alle andere Gericht in vnserm tail richten- oder vnser Ambtleut.

Wür sullen auch vnser tail: vnd Unser erben in vnsern tail lösen, was darin Versetzt, oder Verkimmert ist, also sullen vnser Herr: vnd Vetter der Keyser seine kind ludwig: vnd Steffan und ir Erben tun in irem tail.

Wür sullen auch vnser tail: und Unser erben in vnserm tail gelten, Grauen, Freyen, Dinstmanen, Rittern, knechten, Reichen: vnd Armen alles, das man in gelten soll, Vnß biß auf den heuntigen tag, gar: und gentzlich, als ir Brieff sagent, alß sullent vnser Herr vnd Vetter der Kayser seine kind ludwig: vnd Steffan: vnd ir erbe thun in irem tail.

Auch sullen vnser Herr: vnd Vetter der Kayser sein kind ludwig: vnd Steffan: vnd erben gelten, gen Augspurg, gen Vlm: vnd in das Niderland ze Bayrn, vnd damit sullen Wür vnser tail: vnd vnser erben nichts zeschaffen haben.

Jst auch, daß unser offtgenannter Herr: und Vetter der Kayser ander erben gewinnet, mit dem sullen Wür vnser tail: vnd erben leben, und gen in die tädingen, gedingen, gelübden: vnd Ordenung sein in aller weis, alles gen vnserm offtgenanten Vetern den Kayser: und seinen kinden Ludwigen und Steffan: und ihren erben: vnd sy allsam herwider gen vns, vnsern tail: und vnsern erben.

Vnd das Wür vnser tail: und Vnser erben die vorgeschriben tailunge: und Täding in allen ihren stucken, articlen vnd Puncten stätt: und gantz haben: und halten, das haben Wür gehaissen: und gelobt bey vnsern Treuen vnd leiblich zu den Heiligen geschworen.

Vnd ob Wür vnser tail oder vnser erben das yberfarn, so sullen vnser Land: vnd Leut vnserm Herrn: und Vettern dem Kayser seinen kindn Ludwig: und Steffan: und iren erben, Wartten, gehorsam, und beholfen sein, als lang vntz das widertan wird, das yberfarn ist, alsdann soll vns auch geschechen, Ob sye uns yberfieren, vnd des sullen auch Land: und Leut baidenthalben schwören zu den Heiligen: vnd darüber zu Urkundte geben Wür diesen Brieff mit vnsern Jnsiglen Versiglten, und mit den gezeugen, die hernach geschriben stenndt.

Der Wohlgebohrn Herr Herzog Pallden von Polon. Vnd Ludwig Herzog zu Deckh. Graf Gerlach von Nassau vnser Oehem. Graf Berchtold von Grayspach von Martstettn, genannt von Neiffen vnser Schwager. Marckhart von Seueld. Heinrich von Geisoltzried. Heinrich von Ettenstatt. Heinrich von der Wisen Ritter. Heinrich Probst von Jllmünster. Johanns Gunst ze Spalt. Heinrich Chorherr zu Jllmünster. Vnser Schreiber. Mer Wortschreiber. Albrecht Sielstorffer kirchher ze Puech. Simon Noderdorffer schreiber: und ander genueg.

Das ist geschehen: vnd der Brief ist gegeben ze Pavia an dem Freytag vor oswaldi da man zallt von Christi geburt, drey zehenhundert Jar: und darnach in dem Neun: und zwainzigisten Jare.

No. 14.

Verzicht der Pfalzgrafen auf Nieder-Bayern, nebst eventuellem Succeßions-Vorbehalt. 1348.

Wir Rudolf und Ruprecht gebrüder und Ruprecht Hertzog Adolfs seligen Sun von Gots genaden Pfallentzgrafen bi Rin und Hertzogen ze Beyrn, bekennen vnd tun kunt für vns vnd für alle vnser Erben offentlichen mit diesem Brief, daz wir vns lautterlichen vnd gentzlichen verzigen haben, gen den hochgebornen fürsten vnd herrn, herrn Ludwigen, Stephan vnd Ludwigen Marchgrafen ze Brandburg, Pfallenzgrafen bi Rin vnd Hertzogen ze Beyrn, vnsern lieben Vettern, vnd allen irn Gebrüdern vnd Erben, aller Ansprach vnd Vorderung, die wir zu dem Niedern Land ze Beyrn von vnsers Vettern Hertzog Heinrich seligen todes wegen gehabt haben, aso daz wir fürbaz dar vf dhein ansprach noch Vorderung nimmermer gehaben sullen. Ez wär dann, daz vnser vorgenannt Vettern, ir gebrüder oder Erben nicht enweren, vnd daz es vns oder vnser Erben von todes wegen angeuiel. Vnd wan si vns, vnd vnsern Erben für dieselben vnser ansprach versezt und verschriben habent, für Sechtzig Tausend Gulden florin, vnd für Sechs Tausendt Mark silbers Nürnberger gewichtes, die Junchfrawen Annen vnsers vorgenanten Hertzog Rudolphs Tochter für ire Muter Heymstewr geuallen sullen, die nachgeschriben Vestt, Gut vnd gült, daz ist Valkenstein, Regenstauf, Zweinckkendorf, Hembawe, Vihhausen, Holnstein Mezingen, den Zehenden ze Heilprunn, Rotenuels, Gemünde, Lauden, Jagsperg vnd Werdegt, als die brief sagent, die sie vns darüber geben habent. Geloben vnd geheizzen wir in, swann daz ist, daz si die vorgenant Vesst und Gut von vns lösen wellent, daß wir oder vnser Erben in die vmb die vorgenant summ geltz, vnd öch vmb als vil geltz, als wir ettlich der vorgenant Pfand, die si vor versezt habent, erledigen, dann an alles verziehen vnd widerred zu lösen geben sullen nach der brief sag, die wir von in dar über haben. Vnd des ze einem Urkund der wahrheit, haben wir in diesen Brief geben, versigelten mit vnsern Insigeln. Der geben ist ze Ingolstat, an Mitwochen vor sancd Agnetis tag. Nach Christus geburt Driuzehen hundert jar, vnd darnach in dem acht und Vierzigsten jar.

No. 15.
Erneuerter Hausvertrag der Churf. v. Bayern und Pfalz. Sept. 1766.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfaltz-Graf bey Rhein, des H. R. Reichs Erz-Truchseß, und Churfürst, Landgraff zu Leichtenberg ꝛc. ꝛc. Und Wir von Gottes Gnaden Carl Theodor, Pfalzgraff bey Rhein, und Churfürst, in Bayern, zu Gülch, Cleve, und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergopzoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Marck, und Ravensperg, Herr zu Ravenstein ꝛc. ꝛc.

Urkunden, und bekennen hiermit, gegeneinander für Uns, und Unsre Erben und Nachkommen sammentliche Pfalz-Grafen bey Rhein und Herzogen in Bayern, die da, vermög der gemeinschaftlichen Abkunft von einem Stamm-Vater, unter gleichem Schild, Namen und Stammen mit beständiger Blutsverwandtschaft in ein Haus zusammen gehören. Wasmassen Wir während Unsrer Regierung sowohl aus eigner Erfahrung als im Gegengehalt der vorhergehenden Handlungen Unsrer Vorfahren wahrgenommen, daß, um Unsre beede Erbverbrüderte Häuser zu gebührendem Aufnemmen zu beförderen, und bey ihrem altväterlichen Herkommen, Würde, und Ansehen zu erhalten, auch zu Beywürkung der allgemeinen Ruhe und Wohlfahrt Unsrer Unterthanen, und in dem H. R. Reich, als Unserm werthesten Vaterland, Uns, und Unsern Nachkommen an der Beybehaltung und genauen Beobachtung der in Unserm Haus zum öftern wiederholt und erneuerten Haus-Union und Erb-Einigungs-Verträge fast alles gelegen, und gleichsam die Seele Unserer beederseitigen Haus-Verfassung ausmachen. Hingegen aber auch beobachtet haben, das hauptsächlichen die dazwischen gekommene Glaubensspaltung in den vorigen Zeiten ganz widerwärtige Gesinnungen und Folgen nach sich gezogen, und gleich anfänglich nicht nur in derjenigen Erb-Einigungs-Erneuerung einen Unterbruch und Einhalt veranlasset, welche durch die in den Jahren 1552. bis 1563. zwischen Pfalz-Grafen Friderich II. Ott Heinrich und Friderich III. dann Herzog Albrecht V. in Bayern mit Zuziehung samtlicher Agnaten zum Besten des gesammten Hauses und der vereinigten Landen und Leute gepflogene Unterhandlungen schon wirklichen zum Beschluß und allseitigen Einverständniß gebracht worden; sondern auch nach der Hand so lang ein Gegenstand von dieser ersten Abneigung, und Ungleichheit in der Religion übrig ware, in den weiteren Handlungen noch immer etwas zurückgelassen haben, so sich mit der angebohrnen Blutsfreundschaft und dem gemeinschaftlichen Interesse beeder Erbverbrüderten Häuser, nach den Gesätzen und Vorschriften Unserer Vor-Eltern nicht wohl vereinbahren läßt, minder bey Uns und Unsern Nachkommen in der Aufrichtigkeit Unserer Gemüthsbeschaffenheit und freundschaftlichen Gesinnung neben der vorzüglichern Achtung, und Zuneigung gegen Unser Gemeinschaftliches Haus fernerhin Platz finden solle.

Nachdem also unterdessen auch jener Stein des Anstosses selbsten auf allen Seiten gänzlichen aus dem Weg geräumet worden, und durch göttliche Fügung erfolgt ist, das nunmehr sammtliche Pfalz-Grafen und Herzogen in Bayern wiederum in

der alten Mutter-Kirche vereiniget, und Wir also dadurch auf das neue in den Stand gesetzt worden, nach dem Sinn, Willen und Meynung Unserer Vor-Eltern und Stamm-Väter und nach ihrem Beyspiel in die vorige durchgehends unbedingte Haus- und Erb-Einigung mit gleicher Verbindlichkeit allerseits einzutreten, dieselbe zu wiederholen, zu erneuern, und zu erläutern: Als haben Wir Uns in solcher Absicht und sonderbaren Betrachtung, daß bey unerwarteten Erfolg und Abgang, ein oder des andern Haupt-Stamms sowohl die Wohlfahrt Unsers gesammten Hauses zu Vermeidung alles Mißverstands und fremden Eintrags, als auch das Heil Unserer Lande und Leute, zu Beybehaltung künftiger Ruhe, Frieden, und Sicherheit davon abhangt, vorläufig bis zu fernerer weitern Berichtigung des ganzen Vorhabens unter anhoffenden Beytritt der übrigen im Leben sich befindenden Agnaten über nachfolgende puncta mit reiffem Bedacht und vieler Ueberlegung entschlossen, vereint, und verglichen.

1°. Gleichwie der zwischen Kayser Ludwig *IV.* und seinen dann seines Bruders Pfalz-Grafen Rudolphs Söhnen, als den Stamm-Vätern Unser beeder Häuser zu Pavia im Jahre 1329. An St. Oßwalds Tag getroffene, und mit Beybriefen von den Churfürsten und dem Römischen Reich beståttigt und angenommener Theilung und Erb-Einigungs-Vertrag bey allen übrigen nachgefolgten Hauß-*Unions* und Erbverbrüderungs-Erneuerungen zum Grund genommen worden, und das eigentliche *Pragmati*sche Haus-Gesetz unserer Vor-Eltern ist, welches schon von der Zeit an, da Bayern und Pfalz zusammengekommen, nach den gemeinen Lehen-Rechten also hergebracht und durch beståndige *Observanz* für und für beobachtet worden ist, dergestalten, daß die unter den Manns-Stammen vertheilt altvåterliche Stamm-Güter und Lande mit denenjenigen, so nach der Hand an Lehen, oder eigen weiter erobert worden, unter der beståndigen Erbeinigungs-Verbindlichkeit vereinigt verblieben, und mit Ausschluß der Weiblichen *Descendenz* an den überlebenden Manns-Stämmen von einer Linie auf die andere zurückgefallen sind: wie es sich bald darauf *A°* 1340 mit der Erbschaft des Landes in Niederbayern zugetragen hat; als wird gedacht *Pragmati*sches Hausgesetz auch Unsers Orts allhier bey gegenwärtig Vorhaben der Erb-Einigungs-Erneuerung zum Grund genommen, und zufolg desselben Inhalts, zuvorderst alle mit Namen benante Lande, Herrschaften, Pfleg- und Land-Gerichte, Stådt, Märkt, Schlösser, und Güter, mit ihrem ganzen Umfang und Zugehörungen, in Bayern und am Rhein, in der Oberen Pfalz, in Schwaben, oder wo sie sonst gelegen, auch das Land in Nieder-Bayern, so weit Wir im Innhaben, und solches zu gewehren im Stand sind, wiederum auf das neue versichert, und mit dem beständigen *pacto mutuae successionis* wiederhohlter belegt.

2do. Nachdem aber mittler Zeit verschiedene in dem Pavischen Vertrag benamste beträchtliche Orte von Bayern und Pfalz durch Krieg oder in andre Weege hinweg gekommen, andere hingegen von den nachfolgenden Pfalz-Grafen, und Herzogen

gen in Bayern erobert worden, und sich auf solche Art gleichsam selbsten zugetragen hat, daß die leztere den Ersaz der ersteren ausmachen; welches noch mehr aus dem Grunde folgt, daß der Paviische Vertrag sich auf alle Erben und Nachkommen, mithin auch nach diesem Geseze und Beyspiele der Stammväterlichen Verordnung hinwiederum auf ihre acquisita in gleicher Maas und Verbindlichkeit erstrecket: so sind Wir zwar entschlossen, und miteinander weiters dahin verstanden, daß diese Unsere Erb-Verbrüderungs-Erneuerung auf samtliche Acquisita, so nach dem Paviischen Vertrag bis auf unsre Zeiten erobert worden, oder noch künftig herbeykommen, absonderlich da sie ab intestato verlassen, und dadurch a primo acquirente gleichsam selbsten denen übrigen Landen einverleibt worden, ohne Unterschied und Ausnahme zu erstrecken, und zu erweitern.

Wann nun aber, um allen künftigen Widerspruch und Anständen bestmöglichst vorzubeugen, vorläufig noch erforderlich ist, samentliche auf beeden Seiten vorhandene besondere Hausverträge, Linealpacta, Verzichte, Testamenta, und dergleichen dispositiones einander gemeinschaftlich zu machen, und ohne allen Hinterhalt vorzulegen, um deren Verstand und rechtliche Würkung sowohl, als auch die übrige entgegen stehende Umstände mit und nebeneinander in reife Ueberlegung zu ziehen, auch die Mittel und Weege, im Fall zur gänzlichen Berichtigung unsers Vorhabens noch einige erforderlich seyn sollten, zu unterreden, als welches noch eine weitere vorläufige Zusammenkunft, und längere Zeit erfordert; so haben Wir Uns, um in diesem wichtigen Werke nichts ohne genugsame Vorbereitung zu übereilen, wegen der übrigen Unterhandlung auf solche Weiß verstanden, das dasselbe in zwey Theil abgesondert, und neben obigen Erläuterungen in Ansehung der Acquisiten derjenige Theil berichtigt werden solle, welchem keine sonderbare Verordnungen, und Anstände im Weege stehen.

3tio. Da nun der Paviische Vertrag obverstandenermassen, schon vor sich selbsten alle Erben, so hieran Theil nehmen, zur gleichmässigen Erb-Einigungs-Bey-Pflichtung und Einschaltung ihrer Acquisiten verbindlich machet, und in beeden Häusern, nach ihrer ersten Abtheilung, unter denen sich noch weiters vermehrten Linien zwar besondere Hausverträge, oder Pacta linealia, als nemlichen auf Seiten Pfalz Ao. 1357. und 1395. und auf Seiten Bayern Ao. 1349. 1353. und 1392. geschlossen worden, welche aber nicht nur gegen den erstern Haupt- und Stammvertrag zu Pavia nichts enthalten, noch sonsten von der Erbeinigung eine Ausnahm machen, sondern jenes altväterliche Hausgesez vielmehr selbsten zum Grund haben, und mit einerley Absicht gänzlichen erreichen, da vermög derselben einstimmigen Verordnung, und beständig beybehaltenen Observanz von den mannlichen Geschlechts-Linien eine nach der anderen die unbewegliche Güter, Land und Leute der vorabsterbenden, mit Ausschluß der Nächstgesizzten Töchter und übrigen Allodial-Erben an sich gebracht. Wie dann hernach samtliche Agnaten durch den Ao. 1490. wiederholten Unions-Tractat nicht undeutlich zu erkennen gegeben, das sie als samtlich Erb-Verbrüderte Bluts-Verwandte an jenen sonderbahren Verträgen, auch überhaupt modo reciproco, gemeinschaftlichen Antheil nehmen, und durch den zu Cölln Ao. 1505 wegen dem Testament und Erb-

schaft

schaft des Herzogs Georgens in Nieder-Bayern erfolgten Königlichen Spruch, die Altväterliche Stammgüter mit den neuern Acquisitis also untermischt, und mit einander vereinigt worden, daß dieser Unterschied von selbsten hinweggefallen, und dadurch abgethan worden ist, ingleichen da mehrmalen samtliche Agnaten bald darauf zu Nürnberg den 15ten Merz 1524. in die bekannte Haus-Union und Erb-Einigung zusammen getreten, und neben dem Paviischen Vertrag absonderlich denjenigen Theil- und Erbeinigungs-Brief, welchen die Herzoge in Bayern Ao. 1392. am Erichtag vor St. Catharine unter sich geschlossen, und in dieser Art der deutlichste ist, gemeinschaftlich zum Grund und allseitiger Verbindlichkeit angenommen, auch sich alle diese zusammengetragene Erbeinigungs-Pacta der Erneuerungs halben durch mehrfache Vidimus versicheren lassen; also nehmen Wir hier gegenwärtig gar keinen Anstand, dieß unsre gemeinschaftliche Erbeinigungs-Verbindlichket nicht nur bis auf gedachte Zeiten, und auf samtliche bis dahin mit unsern übrigen Stammväterlichen Gütern vereinigte Acquisita zu erstrecken: sondern nachdem sowohl die Pfalzgrafen in den Jahren 1545. 1551. und 1557. mit ihren besondern Pactis successoriis auf die vorige Art fürgefahren als auch Herzog Albrecht der V. in Bayern während denen, obverstandener massen, mit ihnen von Ao. 1552. bis 1563. gepflogenen Unterhandlungen auf einer durchgehends gemeinschaftliche Erbeinigungs-Erneuerung ohne alle Wider-Rede und Ausnahm verstanden gewesen, von diesen jahren an noch weiters, und zwar auf Seiten Bayern bis Ao. 1578. da nemlichen Herzog Albrecht V. kurz vor seinem Ende die von Kayser Ferdinand I. bestätigte Primogenitur und Fidei-Commiss-Constitution zurückgelassen und hierauf unter Herzog Wilhelm V. und Maximilian I. die Religions-Dissidia schon ihren Anfang genohmen haben, und auf Seiten Pfalz bis auf 1702. zu verlängern, in welchem jahre wegen der Orleanischen Succeßions-Strittigkeit das Päbstliche Laudum erfolgt, und nach Zeugnus letzteren Acten-Vorwurfs nichts anzutreffen ist, so diesen terminum zu erwählen hinderlich scheinen könnte; daß also die bis dahin in beeden Häusern erworbene Lande, Herrschaften und Besitzungen mit den bonis avitis ohne Ausnahme consolidirt und unter der nemlichen Erbeinigungs-Verbindlichkeit unwiderruflich begriffen seyn sollen, als wenn sie wirklichen in dem Paviischen Vertrag mit Namen benamset wären; mit der weiterm in Ansehung des ungleich bestimmten Zeit-Puncts, beygefügten Erläuterung, daß hierdurch von den übrigen spätern acquisitis eben noch nichts ausgenommen, sondern derselben vollständigern Untersuchung indessen nur bloß auf den zweyten Theil verschoben seyn solle.

4to. Es mag sich aber wegen denen übrigen Acquisiten ein Anstand oder Zweifel hervorthun, oder nicht, wie der immer beschaffen ist, so gehet derselbe und der Vorbehalt der weiteren deliberation nur diejenige weibliche Descendenten, und Allodial-Erben an, deren Verzicht nicht hinlänglich zu seyn scheinen, und in Zweifel gezogen werden dörfften, ob dieselbe wegen dem vorbehaltenen ledigen An- und Ruckfall der unbeweglichen Allodial-Verlassenschaft nur auf den Abgang eines von beeden Häusern, oder nach deren gänzlichen Erlöschung auf Absterben samtlicher von Ludwig dem Strengen als gemeinsamen Stammvater herkommenden Agnaten zu verstehen sind, welches nem-

nemlichen bloß allein die vergangenen Zeiten angeht, in welchen auf die Erläuterung der Verzicht eben keine Obacht getragen, sondern die Sache vielmehr bey dem Verstand der in beeden Häusern auf die letztere Art üblichen Herkommens gelassen worden ist, wohingegen Wir Uns für das künftige unterredet, und dahin entschlossen haben, wann auch zu Gunsten der weiblichen Descendenz durch vorgängige Dispositiones und Testamenta, auf ein oder die andere Weiß vorgesehen worden wäre, daß sie nichts destoweniger quoad immobilia schuldig sind, und angehalten werden sollen hierauf insonderheit zu renunciren, und sich deßen so lang ein Männliches Sproßen von beeden Häusern übrig ist, ausdrücklichen zu begeben: damit also künftighin in denen Verzichten bey beeden Häusern eine mehrere Gleichheit beobachtet werde, so haben Wir Uns weiters unterredet, daß derjenige Aufsatz, welchen samtliche Agnaten in denen mit Herzog Albrecht V. in Bayern Ao. 1552 bis 1563 gepflogenen Erbeinigungs-Unterhandlungen bereits damals gutgeheißen haben, zur gemeinschaftlichen Verzichts-Formul angenommen und unwiderruflich beybehalten werden, folglich denen weiblichen Descendenten auf Abgang ein oder des andern Hauses kein ander Ausnahm und Vorbehalt, als die Allodia zu statten kommen, und unter denen letztern die Mobilar-Verlassenschaft: (außer dem Geschütz, und Munition, oder was Wir und Unsere Nachkommen von derselben für Land und Leute noch weiters auszudingen billig erachten) allein verstanden, und den Allodial-Erben, so bey dem voraussterbenden Hauß den nächsten Zuspruch haben, mit und neben derjenigen Geld-Summa zugetheilt werden solle, welche Wir für dieselbe in Ansehung gedachter Verzicht und der bey beeden Häusern schon zum öftern erfolgt und beobachteten Vermittelungen per aversum zu bestimmen Vorhaben sind.

5to. Wir haben uns ingleichen wegen denen sonderbaren Reichslehen, so Wir neben Unsern übrigen Landen besitzen, und vom Römischen Reich sonderbahr zu Lehen empfangen, in soweit unterredt, und verglichen, daß auch dieselbe in diesem Pacto mutuæ succeſſionis eingeschloßen, und ohne Unterschied darunter verstanden seyn sollen ob hernach Primus Acquirens die anfängliche investiturs-Briefe namentlich für beede Häuser und samtliche Erbverbrüderte Agnaten oder nur überhaupt für seine Erben und Nachkommen erhalten, und angesucht hat; wie Wir Uns dann deßen, so wohl nach dem eigentlichen Verstand gedachter Lehen-Briefe, als auch in Kraft der Kayserl. Wahl-Capitulation und nach der Gewohnheit der bey andern Altfürstlichen Häusern hergebrachten üblichen Observanz allerdings, doch dem Lehens-Herrn im übrigen ohne allen Schaden und Abbruch, berechtiget zu seyn erachten.

Sollten aber gleichwohl einige Lehens-Stücke wirklichen darunter begriffen seyn, welche ausdrücklichen nur einer Linie allein, mit Ausschluß der andern, durch die Belehnung zugedacht worden, oder die letztere mit glaubwürdigen Anzeigen dahin ausgedeutet werden können, oder wo natura, und qualitas feudi, diesem Unsern Vorhaben selbsten in Wege steht: da machen Wir Uns anheischig, und versprechen einander auf das kräftigste alle Gelegenheit zu Hülfe zu nehmen, und zu allen Zeiten nach möglicher Thunlichkeit dahin zu verwenden, damit auch solche feuda linealia vel impropria durch besondere Verträge, und investitur-Briefe auf das gesammte

Haus

Haus gebracht, und die reciprocirliche Lehensfolge gegen einander, wie in den übrigen feudis avitis versichert wird: da im übrigen die Belehnung mit gesammter Hand bey Unsere beeden Häusern keineswegs Herkommens ist, außer was in dem Westphälischen Friedens-Schluß wegen der Oberen Pfalz sonderbahr verordnet worden, so sollen dergleichen *investiturae simultaneae*, wie in der Kayserl. Wahl Capitulation verordnet ist, auch künftig nicht angesucht, sondern es dißfals bey dem alten Herkommen gelaßen werden.

6to. Betreffendt die gemeinschaftliche Hülfe und Beystand in Fällen und Umständen, in welchen dieselbe einander zu leisten, auch die Art und Weiß, wie solches geschehen soll, schon vorhin bedungen worden ist; desgleichen die Beobachtung jenes freundschaftlichen Vernehmens belangend, welches fast in allen wichtigern Haus-Reichs- und Crais-Angelegenheiten, oder bey dergleichen vorfällenden Handlungen, mit auswärtigen Mächten, und andern Reichs-Mitständen zu Errichtung des gemeinschaftlichen Haus-Interesse erforderlich ist, und künftighin desto mehr beobachtet werden solle, als solches die wesentliche Verbindlichkeit der Unsern beeden Häusern angebohrnen Blutsfreundschaft, und Erbeinigung selbsten mit sich bringt: dißfals wollen Wir die in Annis 1724. 1728. 1734. 1746. und letzlichen den — — — getroffenen Unions-Tractat, soweit einer durch den andern erläutert wird, gegenwärtig bestättigt, und wiederholt haben. Dahero soll ein Theil, nach seinem besondern Nutzen, oder Vortheil allein mit des Andern Schaden oder Nachstand niemals trachten, sondern einander nach aller füglichen Thunlichkeit zu gleichen Aufnehmen und gleicher Beförderung, vorzüglich aber bey seinen Landen, Leuten Herkommen, Freyheiten, Dignitäten, rechtlichen Ansprüchen, und guten Gewohnheiten allweg dabey bleiben, und an solch freundl. Vätterlichen Willen und Bestreben sich weder durch ungleichen Schein, noch sonsten durch widerwärtigen Eintrag abwendig machen laßen, minder dergleichen schädlichen, und fremden Absichten oder auswärtigen Andringungen ein Gehör geben, sondern im Falle ein erhebliches und billiges Bedenken vorhanden zu seyn scheinet, solches einander sogleich selbsten, ohne allen Hinterhalt, in Erwartung freundschaftlicher Gegen-Erklärung zu erkennen zu geben, und auf solche Weise in unverruckter Aufrichtigkeit, und beständigen Wohlwollen verbleiben.

7to. Wie nun bereits oben erwehnet worden, soll gegenwärtig vorläuffiger Tractat zwar nur den ersten Theil des vorhabenden Haupterbeinigungs-Vertrags ausmachen; doch hat es dabey den Verstand und Meynung, daß bey allen vorberichten Puncten itzt als dann, und dann als jetzt eine unwiderruffliche Verbindlichkeit seyn, und gleichviel gelten soll, als wann dieselbe dem Haupt-Vertrag schon wirklichen einverleibt und alles andere zu Stand gebracht worden wäre, wie dann hiermit einander feyerlich versichert wird mit Untersuchung deren, nach gesetztem Ziel in beeden Häusern errichteten particular dispositionen ohne Zeitverlust weiters fürzuschreiten, um mit Gottes Beystande auch den übrigen Theil, folglich das ganze Werk ehestens zu Stand zu bringen.

Nimphenbourg den 6ten Sept. 1766. und Schwetzingen den 22ten Sept. 1766.

No. 16.

No. 16.
K. Sigmunds Lehnbrief über Nieder-Bayern an H. Albrecht von Oesterreich 1426.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Römischer Kunig zu allen Zeiten, Merer des Reichs und zu Ungern, zu Boheim Dalmacien, Croatien ꝛc. Kunig bekennen und tun kunt offenbar mit diesem Brief, allen die In sehen, oder hören lesen. Das für uns kommen ist der Hochgebohrn Albrecht Herzog zu Oesterreich und Marggrave zu Mähren, unser lieber Sun und Fürste, und hat uns demüticlichen gebeten, daß wir Im sin Recht, das er an dem Niederland zu Bayrn hat oder haben sol, zu verleihen und zu reichen gnediclich geruchten, des haben wir angesehen solch sin redlich und demütig Bete und auch betracht, nuz, getrew und willige Dienste, die vns der vorgenannt Herzog Albrecht oft williclich getan hat, täglich tut und fürbaß tun sol und mag. Dorumb mit wolbedachten Mute, gutem Rate Unser Fürsten und Getreuen und rechter wißen haben wir dem vorgenannten Albrechten sin Recht das er zu den vorgenannten Land in Niederbayrn hat oder haben soll, gnädiclich gericht und gelihen, reichen und leihen Im das von Römisch Kuniglicher Macht in craft dieses Briefs so vil wir Im dann von Rechtwegen doran liben sollen oder mogen von Uns und dem Reiche mit sampt sinen Erben zu Lehen zu haben zu halden und des zu gebrauchen und zu genießen, als solcher Lehnrecht ist. Von allermänniglich vngehindert Doch uns und dem Reiche an Unsern und sußt allermanniglich an seinen Rechten unschädlich. Uns hat auch der vorgenannte Herzog Albrecht gewöhnliche Eide und Gelübde darauf gethan, alsdann eyner des Richs Fürste von solchen Lehen pflichtig ist, zu tun. Mit Urkund dieß Briefs versiegelt mit unsern anhangenden Innsiegel. Geben zu Wien nach Christs Geburt Vierzehnhundert Jahre und darnach in dem Sechs und Zwanzigsten Jahre an dem Sonntag Lätare in der Vasten Unser Reiche im Ungarischen ꝛc. in dem Neun und dreissigsten, des Römischen in dem Sechszehenden und des Boheimischen im Sechsten Jahre.

No. 17.
Teidigungs-Brief K. Siegmunds mit H. Albrecht von Oesterreich 1426.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Römischer Kunig zu allen Zeiten Meerer des Reichs und zu Ungern, zu Beheim, Dalmacien, Croacien ꝛc. Kunig bekennen und tun kunt offenbar mit diesen Brief allen den die In sehen oder hören lesen. Sindtemahl Uns der allmächtige Got zu römischer kuniglicher Würdigkeit erhöhet und damit milticlich gezieret hat, dasselbe Reich zu verwesen und ob Wir andern Unsern und einem yglichen worzu er Recht hat zu fürdern, so sein Wir uns und demselben Reiche besunders verbunden, unser Recht einzubringen und damit das Reich zu würdigen und seine Zugehörung zu erfordern. Wann nun von göttlichen Verheng-

hengnis das Niderland zu Niederbaiern nach redlichen und göttlichen Anfall an Uns und an das heilig römische Reich kommen und geuallen ist und wann Wir in demselben land um deswillen, daß wir dadurch offt gen deutschen landen zu ziehen haben eyns solichen Verwesers bedürfen, an den Wir uns genzlich gelaßen mögen. Und wenn uns der Hochgebohrne Albrecht Herzog zu Oesterreich und Marggraf zu Mähren und unser lieber Sun und Fürst also gewant ist daß wir Im die Hochgebohrne Elisabeth Unser eygene Tochter zu Gemahl gegeben haben und an den wir uns genzlich mogen verlaßen, darumb mit wohl bedachtem Mute, guten Rathe und rechten Wißen sein wir mit dem vorgenannten Herzog Albrecht in soliche Tending getreten als hernach begriffen ist. Zum ersten so wollen Wir desselben lands Unser Leb=tage seyn auch sein lebtage die mit seinen pflegern zu besetzen. Daß dieselbe pfleger und hulden und globen getreu und gehorsam zu sein, auch soll der egenannt Herzog Albrecht unser lieber Sun aller Rent und Nutze desselben lands geweldig seyn und die an unsern Stat einnemen und die nach Unsern willen geheissen und wohlgefallen handeln. Wenn auch daz wir erben gewinnen Mannsgeschlecht, so soll dasselbe land bey demselben unsern Erben Mannßgeschlecht bleiben, gewinnen wir aber nicht erben Mannsgeschlecht, do Got für sei, so sollen dieselben lande Niederpayern ansterben, und erben auf die vorgenannt Hochgebohrn Elisabeth unser lieb Tochter Herzogin zu Oesterreich des vorgenannten Herzog Albrechts Gemahl und die soll alsdenn dieselben land als Ir väterlich erbe und als eine rechte Erbfrau mit samt Ihren Erben, die Sy von Gotes Gnaden mit dem vorgenannten Herzog Albrecht gewinnen wird, die zu besitzen ynn zu haben und zu halten und davon einzunehmen und zu empfahen alle Rent Gult und Nutze. Doch daß die vorgenannt Elisabeth nicht Gewalt habe kein Stat oder Schloz zu vertun oder zu verkaufen on Ires vorgenannten Gemahls Herzog Albrechts wissen und willen. Doch so soll sy daz vorgenannt land ihr lebtag lediclich haben, und der vorgenannt Herzog Albrecht soll sy in ganzer Gewehre und on alle Gedringniß desselben landes behalden und laßen beleiben. Wenn sy aber abgieng, so sollen dieselben lande in allem dem Rechte als sy den gehabt hat, an Ire Erben geuallen; wäre auch daß Herzog Albrecht vorgenannt andere Erben mit einem andern Weib gewünne, die sollen mit unser vorgenannten lieben Tochter Erben und Erbes Erben die Sone wenn sein und leben dieweil sollen sy Herren des egenannt landes sein. Es were denn dz sy alle abgiengen, so sollen und mögen erst des egenannten Herzog Albrechts Erben, die er mit einem andern Weib gewünne, das genannt land erben haben und besitzen. Auch soll sich Herzog Albrecht vorgenannt gen seiner vorgenannten Gemahl und unser lieben Tochter verschreiben und verbriefen, daß sy bey dem vorgenannten land Ir lebtag gerulich laßen beleiben. Auch wollen wir daß der vorgenannt Herzog Albrecht keynen Hauptmann Pfleger Viztum und Burggrauen nicht setzen, Es sey denn daß er unser vorgenannt lieben Tochter vormals ferneren geloben, und hulden solle, und desgleichen soll unsere Tochter vorgenannt auch wiederum tun, daß sy an unsers vorgenannten lieben Suns Herzog Albrecht willen oder wißen nymand hab zu setzen, oder zu entsetzen seine lebtage.

Wer

Wer auch daß sy nach Herzog Albrechten vorgenannten blieb, und hätt mit ihm nicht Erben, do auch Got vor sey, so mag sy dennoch als oben geschrieben staat, das Land Nieder-Bayern mit allen Renten Nutzen und Zugehörungen halten und ynne haben. **Wär auch daß wir on erben Mannes Geschlecht abgiengen, da Got vor sey und unser vorgenannt Tochter Frau Elisabeth auch on Eben verschied, und Jr Gemahl Herzog Albrecht vorgenannt im Leben belieb, so soll das vorgenannt Land Nieder Bayern lediclich und mit aller Herlichkeit an den vorgenannten Herzog Albrechten und seine Erben gevallen,** alles geuerde allen Irsal und allen Inntrag geistlich und weltlich ausgescheiden. Mit Urkund dieß briefs versiegelt mit Unserm Kuniglichen anhangenden Innsiegel. Geben zu Wien nach Christs Geburth Vierzehn hundert Jar und darnach in dem Sechs und zwanzigsten Jaren. am Donnerstag vor dem heiligen Palmtag. Unserer Reich des Ungarischen ꝛc. in dem neun und dreyssigsten, des Römischen in dem Sechzehnden und des Bohemischen in dem Sechsten Jahren.

(L. S.) Ad Mandatum domini regis.
Michael Propositus Boleslaviensis.

Daß vorstehende Abschrift mit dem in dem K. K. geh. Hauß-Archiv verwahrten Originale von Wort zu Wort vollkommen übereinstimme, bezeugt meine Hand und Petschafts-Fertigung. Geschehen, den 13ten Martz 1778.

(L. S.) Theodor Anton Trantler von Rosenthal.
K. K. würklichen Hofrath und erster Geh. Hauß-Archiv.

No. 18.

Convention Ihro Majestät der Kayserin Königin von Ungarn und Böhmen, mit des Herrn Churfürsten von der Pfalz Durchlaucht. Wien, der 3. Januar 1778.

Demnach Ihro Kayserl. Königl. Apostolische Majestät und Ihro Churfürstl. Durchlaucht zu Pfalz nichts sehnlicher wünschen, als die Wolfahrt und den Ruhestand des teutschen Reichs aufrecht zu erhalten, und dahero all dasjenige sorgfältigst zu entfernen, was diesen patriotischen Gesinnungen entgegenstehen könnte; so haben Sie sich in dieser Absicht veranlaßt gesehen, bey dem sich ergebenen leidigen Fall, da das Churhaus Bayern in seinem Mannsstamm erloschen ist, wegen der Succeßion in die Bayerische Lande, in so weit sowohl das Churhaus Pfalz als auch das Erzhaus von Oesterreich Anspruch darauf zu haben vermeynen, in ein freundschaftliches Einverständniß zu treten, und sich über nachstehende Punkten verbindlich zu vergleichen.

Erstlich: Erklären Ihro Churfürstl. Durchlaucht von Pfalz für sich, ihre Erben und alle ihre Nachfolger an der Chur auf das feyerlichste, den von Ihro Kayserl. Königl. Apostol. Majestät und dem Erzhaus Oesterreich, vermög der von Kayser Sigmund dem Herzog Albrecht von Oesterreich ertheilten Belehnung gemachten Anspruch auf alle jede Bayerische Lande und Bezirke, vermög der Theilung von 1353. der Bay-

Bayerische Herzog Johann besessen hat, als vollkommen gegründet anzuerkennen, doch mit dem Vorbehalt, daß es dem Churhaus Pfalz obliegen werde, bey sich ergebendem Zweifel über die Gränzen dieses Antheil documentirte Beweise vorzulegen.

Zweitens: Versprechen dahero Ihro Churfürstl. Durchl. bey dem nunmehro erloschenen Wilhelminischen Mannsstamm, nicht nur ohne einige Hindernuß geschehen zu laßen, sondern auch aus allem Vermögen dazu behülflich zu seyn, daß diese Lande ohne alle Ausnahm von Seiten des Erzhauses von Oesterreich in würklichen Besitz genommen werden mögen.

Drittens: Auf gleiche Weise versprechen auch Ihro Churfürstl. Durchlaucht von Pfalz für sich, ihre Erben und Nachfolger, daß die Herrschaft Mindelheim Ihro Kayserl. Königl. Apost. Majest. und Dero Erzhaus Oesterreich vermög darauf habender Exspectanz und anderer rechtlicher Ansprüche frey, ungehindert, und ohne einiger unter was immer für einem Titul machender Anforderung zufallen solle.

Viertens: Erklären Ihro Churfürstl. Durchlaucht den rechtsbeständigen Rückfall der Königl. Böhmischen Lehen in der Obern-Pfalz bey dem dermaligen Ausgang des Chur-Bayerischen Mannsstammes, zwar unter keinerley Vorwand widersprechen zu wollen, dennoch aber hoffen Dieselbe, daß Ihro Kayserl. Königl. Apost. Majestät zur weitern Ueberlassung dieser Lehen an das Churhaus Pfalz ex nova gratia auch allenfalls des dominii directi und superioritatis territorialis über solche Lehen gegen annehmliche Bedingnisse sich geneigt finden laßen dürften.

Fünftens: Hingegen geben Ihro Kayserl. Königl. Apost. Majestät für sich, Ihre Erben und Nachkommen die feyerlichste Zusage von sich, das Erb- und Lehenfolge-Recht Ihro Churfürstl. Durchlaucht und des gesammten Rudolphinischen Hauses in ganz Ober- und Nieder-Bayern, jedoch mit Ausschluß der obgedachten an Oesterreich zufallenden Distrikten aus dem Grund der Abstammung von dem Erwerber anerkennen, und zum Behuf des Churpfälzischen Succeßions-Rechts bey Kayser und Reich, oder wo sonst nöthig, nach aller Thunlichkeit sich verwenden zu wollen, und dahero auch geschehen zu laßen, daß bey sich ergebenem Abgang des Churbayerschen Manns-Stamms das Churhaus Pfalz von diesen Landen Besitz nehme.

Sechstens: Uebrigens behalten sich Ihro Kayserl. Königl. Apostol. Majestät und Ihro Churfürstl. Durchlaucht von Pfalz bevor, über einen Austausch entweder der Ihro Majestät und dem Erzhaus verglichnermaßen ohnstreitig zufallenden Distrikten oder des ganzen *Complexus* oder aber einiger Theile mit allmähligem Abzug des dießseitig richtig gestellten Antheils, nachdem es die beyderseitige Convenienz erheischen werde, einen weitern Vergleich anzugehen.

Zu wahrer Urkund alles deßen sind zwey gleichlautende Exemplare verfertiget, und von beyderseits bevollmächtigten Ministris mit Vorbehalt allerhöchst und höchster Genehmigung, deren Beybringung und Auswechselung innerhalb 14. Tagen, von der Unterschreibung anzurechnen, oder noch ehender stipuliret wird, Kraft habender Vollmacht unterschrieben und mit den angebohrnen Insiegeln bekräftiget, und gegeneinander ausgewechselt worden. So geschehen Wien, den 3. Jenner im 1778. Jahre.

Kaunitz. **Ritter.** No. 19.

No. 19.

Vergleich des mutui constituti possessorii von den Churfürsten von Bayern und Pfalz, vom 19. Jun. 1774.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph, in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfalz-Graf bey Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erztruchses, und Churfürst, Landgraf zu Leuchtenberg ꝛc. ꝛc. und Von Gottes Gnaden Wir Carl Theodor, Pfalz-Graf bey Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erz-Schatzmeister, und Churfürst, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen-Opzoom, Graf zu Veldenz, Spanheim, der Mark, und Ravensberg, Herr zu Ravenstein ꝛc. ꝛc.

Bekennen für Uns, und Unsere Erben, was gestalten Wir zu desto mehrern Feststellung Unserer im Jahr 1766. und 1771. erneuerter Haus-Union und Erbverbrüderung, wie auch des würklichen Vollzugs derselben, und damit Casu eveniente ein Dritter mit anmaßlicher Possešions-Ergreifung das Prævenire zu spielen, desto minder im Stand seyn möchte, uns weiter mit einander dahin unterredet, und einverstanden haben, daß

1mo. das Constitutum Possessorium auf alle und jede in dem Pacto mutuæ Successionis begriffene beyderseitige Lande, und Besitzthümer zuförderst Uns selbsten, und hiernächst auch allen darinnen eingeschlossenen Haus-Agnaten reciproce et eventualiter, jedoch dergestalten hiermit eingeräumt seyn solle, daß solches zwar contra quemcunque tertium die volle Würkung einer Compossession nach sich ziehen, jedoch kein paciscirender Theil dem andern annoch bey sein, oder seiner männlichen Descendenz Lebzeiten in dem freien Exercitio seiner Landes-Hoheits- oder anderen Gerechtsamen unter diesem Vorwand Einhalt erzeigen, noch bis dahin einigen Gebrauch machen mag. Und weil auch

2do. der in Gottes Händen stehende Succešions-Fall auf Unserer des Churfürstens von Bayern Seite dermalen nur auf ein paar Augen beruhet, mithin dieser von Gott zu verhütende Fall eine mehrere, und zeitlichere Vorsorge erfordert, so ist ferner zwischen Uns abgeredet, und beschlossen worden, alle jene Instrumenta, und Expeditiones, welche seiner Zeit auch zu Ergreifung der natürlichen und solitarischen Possešion immer dienlich und nötig seyn mögten, ohne längern Verschub prepariren, und völlig zu Stande bringen zu laßen, sofort solche dahier in München dem Geheimen Raths-Canzlern, und Conferenz-Ministern Baron von Kreitmayer, mit der Instruction in die Verwahr zu übergeben, daß derselbe, so bald nur der Fall sich ereignet, die bis dahin in albo verbleibende Data zu ersetzen, und alles an seine Behörde in instanti mit möglichster Beschleunigung zu dirigiren haben solle.

Urkunde dessen ist gegenwärtiges Instrument in duplo hierüber errichtet, und einem jedem compaciscirenden Theil ein Exemplar unter Unserer beyderseitiger Handunterschrift und Sigills Vordruckung zugestellet worden, München, den 19. Junii, 1774.

No. 20.

No. 20.

Nachdem Ihro K. K. Apostol. Majestät Allerhöchst-Dero wirklichen Cämmerer und Hofrath, Herrn Ludwig Freiherrn von und zu Lehrbach, zu dem Ende hieher abzuordnen geruhet haben, um die Urkunden einzusehen, auf welchen bey ein- oder anderem Anstand der Beweis wegen der in Besitz genommenen Ortschaften und deren Gränzen beruhen mögte: So haben Se. Churfürstl. Durchl. einigen aus Dero Ministerio, mit Zuziehung des geheimen Archivarii, den Auftrag gemacht, zuvorderist den Straubingischen Theilbrief von 1353. nicht nur in Originali dem Herrn Abgeordneten vorlegen, sondern hievon eine beglaubte Abschrift nehmen zu laßen, und dies in dem vollkommenen Vertrauen, daß man jenseits auch den von Kayser Siegmund an Herzog Albrecht Ao. 1426. ertheilten Belehnungs-Brief auf gleiche Art zu communiciren um so mehr sich gefallen laßen werde, als diese beyde Urkunden bey der den 3ten Januar geschlossenen Convention zur Grundlage sind genommen worden, und als ein Anhang derselben betrachtet werden dürften.

Wenn sich nun bey Einsicht des Original-Briefes veroffenbahren wird, daß in demselben nachstehende Gerichter und Ortschaften, welche doch alle, dem Vernehmen nach, mit K. K. Truppen besetzt seyn sollen, nicht enthalten sind; als:

Jenseits der Donau,

das Gericht Riedenburg, mit dem dazu gehörigen Mautamt zu Regensburg; Altmanstein; Stadt am Hof; Weichs; Wetterfeld; Schwarzach; Zwiesel; Weisenstein; Regen; Diessenstein; Bernstein; Bergamt Bodenmeiß.

Und disseits der Donau,

das Gericht Abensperg; Rottenburg; Eckmuhl; Teysbach; Reisbach; Leonsberg; Osterhofen; Griesbach; und vielleicht noch andere, von welchen man sichere Nachrichten noch nicht hat erholen können.

So setzet man disseits auf die weltbekannte Billigkeits- und Gerechtigkeitsliebe Sr. K. K. Apostol. Majestät das stete Vertrauen und die zuversichtliche Hofnung, daß durch Einsicht des Theil-Briefs dieser Irrthum gehoben, und obgemeldte Distrikte Sr. Churfürstl. Durchlaucht vor allem wiederum eingeräumet werden wollen. Wobey man übrigens sich auch vorbehält, wegen denen im Theilbrief dem Namen nach zwar enthaltener, aber nur mit gewissen bestimmten Gerechtigkeiten zur Straubingischen Erbschaft gewesenen Ortschaften, die nothwendige Erläuterungen derenfalls geziemend mitzutheilen. München, den 22. März, 1778.

Table

Stamm-Tafel des Pfalz-Bayerschen Hauses und der Succeßions-Fälle von 1425. und 1778.

- **Otto I.** Herzog von Bayern aus dem Hause Wittelsbach † 1183.
  - **Ludwig I.** Herzog in Bayern und erster Pfalzgraf am Rhein † 1231.
    - **Otto II.** der Erleuchtete Herzog von ganz Bayern und Pfalzgraf am Rhein 1231, † 1253.
      - **Ludwig** der Strenge Herzog in Oberbayern und Pfalzgraf am Rhein † 1294.
        - **Rudolf** Churfürst von der Pfalz und Stammvater des Hauses Pfalz † 1319.
          - **Adolf** † 1327.
            - **Ruprecht II.** † 1398.
              - **Ruprecht III.** † 1410.
                - **Stephanus** † 1459.
                  - Heutiges Haus Pfalz.
        - **Ludwig** Röm. Kayser. Herzog in Oberbayern 1314, Kayser 1340, auch Herzog in Niederbayern 1340. † 1347. Gem. 1. Beatrix v. Glogau † 1323. 2. Margaretha v. Holland † 1356.
          - **Stephan I.** † 1377.
            - **Stephan II.** zu Ingolstadt † 1413.
              - **Ludwig** † 1441.
                - **Ludwig** † 1445. unbeerbt.
            - **Friedr.** zu Landshut † 1393.
              - **Heinr.** † 1450.
                - **Ludwig** † 1479.
                  - **George** der reiche † 1503. als letzter dieser Linie.
            - **Johann** zu München † 1397.
              - **Ernst** † 1438. **Wilhelm** † 1435.
                - **Albrecht III.** † 1460.
                  - Das im Mannsstamm 1777. ausgestorbene Haus Bayern.
          - **Albrecht** † 1404. Stifter der Straubingischen Linie.
            - **Johannes** Bischof zu Lüttich 1390-1418. Herz. v. Niederbayern zu Straubing † 1425. letzter Besitzer von Niederbayern nach der zweyten Theilung.
            - **Johanna** oder Sophia Gem. 1390. Albrecht IV. Herzog von Oesterreich.
              - **Albert V.** Herzog von Oesterreich, Kayser 1438. als Alb. II. † 1439. Gem. Elisabeth, Tochter Kayser Sigismunds.
                - **Anna** † 1462. Gemahl. Wilhelm III. Marggr. zu Meissen 1446. † 1482. ohne männl. Erben.
                  - **Margaretha** † 1511. Gem. Johannes Cicero Churf. v. Brandenburg.
                    - Heutiges Haus Preußen und Brandenburg.
                - **Elisabeth** † 1505. Gem. Casimir IV. König in Polen 1454, † 1492.
                  - **Wladislaus IV.** König in Böhmen 1471. in Ungarn 1490. † 1516.
                    - **Anna** † 1547. Gem. Ferdinandus I. Erz-Herzog von Oesterreich, verm. 1521. König in Böhmen 1526, in Ungarn 1527. Kayser 1556, † 1564.
                      - Heutiges Haus Oesterreich.
                - **Ladislaus** posthumus König in Ungarn und Böhmen, † 1457. unvermählt.
      - **Heinrich** Herzog in Niederbayern † 1290.
        - **Stephan** geb. 1271. † 1311.
          - **Heinrich** zu Landshut † 1339.
            - **Johannes** † 1340. letzter Besitzer von Niederbayern nach der ersten Theilung.
          - **Beatrix** G. Ruprecht II. von der Pfalz, Stammmutter des Hauses Pfalz.
            - **Rupr. III.** von der Pfalz † 1410.
          - **Elisabeth** Gem. Otto, Herzog von Oesterreich.
            - **Friedr.** v. Oesterr. † 1334. unbeerbt
            - **Leopold** v. Oesterr. † 1344. unbeerbt

und 1778.

† 1290.

Elisabeth
Gem. Otto,
Herzog von
Oesterreich.

Friedr. v. Oesterr. † 1334. unbeerbt

Leopold v. Oesterr. † 1344. unbeerbt

...s
...önig
...nd
...457.

...erzog
...nig in
...7.

...ch.

STAATL. BIBL. BAMBG.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Hertzberg, Ewald Friedrich <<von>>,

Sr. Königl. Majestät von Preußen und Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg Erklärung an Ihre hohe Mit-Stände des teutschen Reichs über die Bayerische Succeßions-Angelegenheit und über die Ursachen, welche Höchstdieselbe nö thigen, sich der widerrechtlichen Trennung des Herzogthums Bayern zu

Berlin den 3ten Juli 1778

Bamberg, Staatsbibliothek -- Pol.q.69
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11765199-3
VD18 14450879